

Grundsätze

Benjamin Mikfeld

Die blockierte Republik, die Krise der Sozialdemokratie und die nötige Suche nach einem neuen Paradigma

Claudia Bogedan

Warum zeigt die SPD beim 8-Studentag so wenig Mut?

Nikolaus Kowall

Die Formierung einer ökologischen Klasse

Markus Dicks

Sozialdemokratie im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz und Robotik

Uwe Kremer, Christina Schildmann

Der spw-Orientierungsrahmen in den sozialdemokratischen Strategiedebatten

Konstantin Vössing

Wir müssen aufhören mit diesem Narrativismus!

Nina Netzer, Catrina Schläger

Was die SPD aus internationalen Erneuerungsversuchen lernen kann

Susan Neiman

Man muss Macht und Gerechtigkeit voneinander unterscheiden!

Folke große Deters

Neuer Republikanismus oder: Wie liberal soll die SPD sein? – Ein Essay



Thilo Scholle

Kurzum.....	4
-------------	---

MEINUNG**Arno Gottschalk**

Wer die Reproduktion kontrolliert

Eine Theorie des Neoimperialismus (und eine Antwort auf Wolfgang Zellner)	6
---	---

SCHWERPUNKT: GRUNDSÄTZE**Folke große Deters, Dirk Meyer**

Einleitung zum Heftschwerpunkt.....	10
-------------------------------------	----

Benjamin Mikfeld

Die blockierte Republik, die Krise der Sozialdemokratie

und die nötige Suche nach einem neuen Paradigma.....	12
--	----

Claudia Bogedan

Warum zeigt die SPD beim 8-Studentag so wenig Mut?.....	18
---	----

Nikolaus Kowall

Die Formierung einer ökologischen Klasse	23
--	----

Markus Dicks

Sozialdemokratie im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz und Robotik	28
---	----

Uwe Kremer, Christina Schildmann

Der spw-Orientierungsrahmen in den sozialdemokratischen Strategiedebatten	33
---	----

Konstantin Vössing

Wir müssen aufhören mit diesem Narrativismus!

Konstantin Vössing im Gespräch über Grundsatzprogramme und

wertebasierte Kommunikation	40
-----------------------------------	----

Nina Netzer, Catrina Schläger

Von Vanilleeis und einem linken „Wir“ –

Was die SPD aus internationalen Erneuerungsversuchen lernen kann	44
--	----

Susan Neiman

Man muss Macht und Gerechtigkeit voneinander unterscheiden!

Gespräch über die geistigen Grundlagen sozialdemokratischer Programmatik.....	50
---	----

Folke große Deters

„Neuer Republikanismus“ oder: Wie liberal soll die SPD sein? – Ein Essay	54
--	----

ANALYSE & STRATEGIE

Norbert Sievers
Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik – geht das noch? 58

Frank Schauff
Zum 90. Jahrestag des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkrieges 62

REZENSIONEN

Franziska Drohsel, Ingo Siebert
Ralf Hoffrogge, Das laute Berlin – Deutsche Wohnen & Co
enteignen und die Wiederkehr der Vergesellschaftung 68

Michael Krätke
Rezension I zu: Sven Beckert, Kapitalismus – Geschichte einer Weltrevolution.....70

Andreas Fisahn
Rezension II zu: Sven Beckert, Kapitalismus - Geschichte einer Weltrevolution.....73

Thilo Scholle
Otto Bauer, Der Kampf um Wald und Weide.....75

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber*innen:
Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Matthias Miersch (Laatzen), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Rösper (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrück (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Folke große Deters, Dirk Meyer

Redaktion: Leon Billerbeck, Maximilian Blesch, Arno Brandt, Folke große Deters, Ole Erdmann, Hildegard Kaluza, Milan Kielstein, Dirk Meyer, Viktoria Peter, Lasse Rebbin, Thilo Scholle, Sebastian Schmugler, Stefan Stache

V.i.S.d.P.: Ole Erdmann, redaktion@spw.de

spw erscheint mit vier Heften im Jahr als Mitgliederzeitschrift des Vereins für Demokratie und Völkerverständigung e.V.

Anschrift: Klöcknerstr. 11, 44229 Dortmund; verein@spw.de

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: © ChatGPT/Arno Brandt

Satz und Druck: Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, Auflage: 700 Stück, Oktober 2026

Kurzum von Thilo Scholle



⇒ **Thilo Scholle** ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Foto: © privat

Die soziale Demokratie steckt in einer tiefen Krise – in Deutschland und international. Zukunftsstrategien für die deutsche Sozialdemokratie müssen daher den internationalen Kontext beachten. Es ist gut, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung und andere Akteure begonnen haben, entsprechende Debattenforen zu bilden.

Konzentrieren wir uns im Folgenden auf die Lage in Deutschland. Demokratische Systeme leben von einem hinreichenden Grundvertrauen der Menschen in ihre Institutionen und deren Fähigkeit, gesellschaftliche Probleme zu bearbeiten. Wenn zu viele Bürger:innen den Eindruck empfinden, „dieses System“ arbeite gegen ihre Interessen, repräsentiere sie und ihre Lebensrealitäten nicht mehr, ist Gefahr im Verzug. Dies betrifft die Regelung persönlicher Anliegen – mit kommunalen Behörden oder Sozialversicherungen genauso wie mit Blick etwa auf den Zustand des Bildungssystems, der öffentlichen Infrastruktur oder der öffentlichen Ordnung. Der Eindruck, es mache doch eh keinen Unterschied wer regiere, ist Nährboden für den Erfolg der AfD.

Kurzum: Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und den Gestaltungswillen von Politik im Rahmen des demokratischen und sozialen Rechtsstaats zurückzugewinnen, muss ein zentrales Anliegen aktueller sozialdemokratischer (Regierungs-)Politik sein. Die Stärkung der tatsächlichen Handlungsmacht auf kommunaler Ebene ist dabei ein entscheidender Baustein. Bürokratiekritik lässt sich auch von links besetzen.

Wer nun fordert, man müsse „den Menschen einfach wieder zuhören“ oder ihnen „Politik besser erklären“, springt zu kurz. Natürlich geht es um Austausch und Interaktion, um Nachfragen und ausreden lassen. Aber der Aufstieg der Rechtspopulist:innen erfolgte nicht in erster Linie dadurch, dass sie Menschen besser zugehört haben, sondern vor allem, dass sie erfolgreich eine Interpretation der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit vermittelt haben. Dabei bewirtschaften sie Wut, Frust und Angst, die entstehen, wenn das politische System als zynisch und dysfunktional wahrgenommen wird. Und sie vermitteln eine „Wirklichkeit“, die sich zunehmend von den Wahrnehmungen der Realität des im weitesten Sinne demokratischen politischen Spektrums unterscheidet. Eine Erkenntnis der letzten Jahre ist doch auch, dass eine simple Ableitung des Wahlinteresses aus dem objektiven ökonomischen Interesse des Einzelnen kaum noch funktioniert – alle Versuche, die realen ökonomischen Folgen des AfD-Programms gerade für abhängig Beschäftigte herauszuarbeiten, haben dies gezeigt.

Kurzum: Die Sozialdemokratie muss wieder lernen, eine Interpretation unserer Gegenwart anzubieten. Ihre tatsächlichen Herausforderungen beschreiben, Ursachen benennen und daraus politische Lösungen ableiten. Es geht für die Sozialdemokratie nicht darum, schlicht ihr „altes Lager“ zurückzuerobern – sie muss durch eigene Arbeit zur Neuformierung eines ökonomisch solidarischen und gesellschaftlich fortschrittlichen Lagers beitragen.

Eine dabei kaum geklärte Baustelle ist der Umgang mit den Medienangeboten von Social Media und auf Online-Plattformen. Es mag sein, dass die SPD lange nicht verstanden hat, diese für sich zu nutzen. Viel besorgniserregender ist hingegen die Tatsache, dass ein erheblicher Anteil der Menschen ihre Nachrichten und Einordnungen der aktuellen gesellschaftlichen Lage über Medien erhalten, die keinerlei wirksamer öffentlicher Kontrolle unterliegen, über deren Ausspie-

lung Algorithmen entscheiden, die öffentlich nicht bekannt sind und die ausschließlich im Interesse privater Unternehmen entwickelt und gesteuert werden. Es war eine der überparteilich geteilten Ableitungen aus der Nutzung von Massenmedien in der NS-Zeit, diese eben nicht einfach einem privaten Spiel der Kräfte zu überlassen, sondern (damals vor allem Radio und später Fernsehen) öffentlich zu regulieren.

Kurzum: Die Wiedererlangung demokratischer Kontrolle der neuen medialen Räume muss ein zentrales Thema vor allem von sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung sein.

Gesellschaftliche Verständigung und politischer Diskurs braucht zudem Räume, in denen Menschen sich real begegnen – und vielleicht sogar diskutieren und einen Eindruck unterschiedlicher Meinungen bekommen. In denen auch der Abgleich unterschiedlicher Interessen und ggf. Konsensfindung stattfindet. Dies betrifft (jenseits aller mitunter vorhandenen Verklärungen des „Stammtischs“) Kneipen genauso wie Jugendzentren, Sportplätze, Gemeindehäuser, Volkshochschulen und vieles mehr. Rechte Akteur:innen wie die AfD sind hier in einigen Regionen längst auf dem Weg, eigene öffentliche Angebote zu schaffen.

Kurzum: Sozialdemokratische Politik ist gut beraten, alle Orte realer Begegnung von Menschen zu fördern oder ggf. zu erneuern. Und die eigene Präsenz vor Ort zu stärken – so schwierig das auch mit Blick auf den Mitgliederschwind an vielen Stellen werden wird.

Dies alles sind Beiträge für das Vertrauen in demokratisches Handeln insgesamt. Für die Sozialdemokratie geht es aber noch um mehr: Offensichtlich ist die SPD als politische Akteurin für viele Menschen schon lange nicht mehr spannend. Regierungshandeln, die öffentliche Selbstpräsentation sozialdemokratischer Funktionär:innen (beides auf allen politischen Ebenen), aber auch die begonnene Programmdebatte konnten bislang nicht viel daran ändern.

Kurzum: Es ist nötig, endlich die breite öffentliche Diskussion zu beginnen, und zwar über das große Ganze: In welcher Welt leben wir eigentlich, mit Blick auf die geopolitischen und geoökonomischen Herausforderungen genauso wie mit Blick auf die globale Umweltkatastrophe? Lässt sich ein Wirtschaftsmodell für Deutschland entwickeln, das industrielle Kerne mit der damit verbundenen Wertschöpfung weiterentwickelt, und das die Impulse (oder Schockwellen) der Digitalisierung aufnehmen kann?

Kurzum: In welchem ökonomisch-ökologischen Modell wollen wir leben? Es wäre wichtig, diese Debatte so breit wie möglich zu öffnen – für Gewerkschaften und Sozialverbände genauso wie für kritische Wissenschaft, Kulturschaffende und andere zivilgesellschaftliche Akteur:innen im weitesten Sinne. Die Arbeit an der Zukunft der Sozialdemokratie wird dauern – wer auf kurzfristige politische Schalter hofft, wird enttäuscht werden.

Dieses Vorhaben mit den realen Handlungsräumen ins Gleichgewicht zu bringen, wird eine der herausforderndsten Aufgaben der nächsten Zeit. ■

Wer die Reproduktion kontrolliert

Eine Theorie des Neoimperialismus (und eine Antwort auf Wolfgang Zellner)

von Arno Gottschalk



⇒ Arno Gottschalk ist Diplom-Ökonom und seit 2011 Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft.

Foto: © privat

Welchen Charakter hat unser Zeitalter? Diese Frage ist gestellt, und sie wird derzeit vor allem geopolitisch beantwortet, als Konkurrenz der Großmächte. Diese Antwort ist zu oberflächlich. Sie beschreibt, wer sich wie positioniert, aber nicht, wovon die Positionen abhängen. Wer Geopolitik und Großmacht Konkurrenz zum Erklärungsrahmen macht, sieht Flaggen und Zollandrohungen, aber nicht die stofflichen Verhältnisse dahinter, wer wessen Produktion und Versorgung tatsächlich kontrolliert.

Wolfgang Zellner hat in der Juni-Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ eine eindringliche Vermessung der europäischen Lage vorgelegt: Europa, eingeklemmt zwischen zweieinhalb Weltmächten, von denen keine mehr verlässlich ist.¹ Seine Diagnose ist materialreich und in ihren Schlussfolgerungen ehrlich. Und doch führt sie in die Irre, weil sie im geopolitischen Register verbleibt, das sie eigentlich sprengen müsste. Die Tatsachen, die Zellner zusammenträgt, stimmen; der Begriff, mit dem er sie ordnet, stimmt nicht.

Zellners Vorschlag: die Großmachtzange

Zellners Bild ist das der Zange. Die USA steigen vom Hegemon zum Imperium ab und werden vom Produzenten zum Agenten des Chaos. China holt auf, ohne globale Ordnungsverantwortung übernehmen zu wollen, während Russland sich als überforderter Imperialist von Chinas Gnaden geriert. Dazwischen liegt Europa, wirtschaftlich zurückfallend, militärisch von amerikanischer Zusage abhängig, technologisch erpressbar. Das Bild der „Großmachtzange“ verdichtet das zu einer Anschauung, die unmittelbar einleuchtet: Europa als Objekt zwischen drei äußeren Backen.

Dieses Bild ist zugleich das Problem, denn es transportiert eine theoretische Vorentscheidung, die Zellner von Ulrich Menzel übernimmt: die Unterscheidung von Hegemon und Imperium.² Hegemonen, so Menzel, liefern Ordnungsleistungen für alle; Imperien liefern sie nur für ihren Club und verlangen dafür Tribut. Gemessen wird Macht in dieser Taxonomie an einem einzigen Kriterium, der Ordnungsleistung. Sie fragt, wer Ordnung schafft und zu welchem Preis. Konsequenter misst Zellner auch China am Hegemonen-Maßstab: ob es globale Ordnungsaufgaben übernimmt, ob der absteigende amerikanische Hegemon durch einen chinesischen Aufsteiger ersetzt werden kann, wie einst Großbritannien durch die USA. Die Antwort fällt negativ aus, und Chinas Exportoffensive erscheint ihm „eher [als] Ausdruck innerer Widersprüche als von Stärke“. Aus dieser Diagnose folgt Zellners produktivistisches Programm: Binnenmarkt vertiefen, Innovation steigern, eine Euro-Nato aufbauen, nukleare Minimalabschreckung auf französischer Basis, ein Bündnis der Mittel-mächte. Sein Schlusssatz: Die EU-Regierung-

1 Wolfgang Zellner, Zwei Imperialismen und ein halber: Europa in der Großmachtzange, in: „Blätter“, 6/2026, S. 94-102

2 Ulrich Menzel, Das Zeitalter des neuen Imperialismus. Make America, Make Russia, Make China great again!, in: „Blätter“, 2/2026, S. 61-71

gen hätten „noch nicht verstanden“, dass sich Freiheit und Souveränität nur mit einer innovativen Wirtschaft verteidigen ließen.

Meine Position: eine Theorie des Neoimperialismus

Die entscheidende Frage des 21. Jahrhunderts ist eine andere als Menzels und Zellners. Sie richtet sich nicht darauf, wer Ordnung liefert, sondern darauf, wer die materiellen Reproduktionsbedingungen anderer Ökonomien kontrolliert. Das klingt nach begrifflicher Spitzfindigkeit, ist aber eine ontologische Verschiebung dessen, woran man imperiale Macht überhaupt misst. Gemessen wird sie an der Kontrolle über die stofflichen Voraussetzungen, unter denen andere produzieren, versorgen und sich verteidigen können, nicht an militärischer Stärke oder finanzieller Kommandogewalt für sich genommen. Diese Kontrolle setzt keinen territorialen Besitz voraus; sie wirkt durch Verflechtung, Lieferketten und ihre Engpässe, Infrastrukturen als Zugriffssysteme, technische Standards und Finanzströme samt Währungshegemonie. Militärische Gewalt ist darin nicht verschwunden, sie sichert dieses Gefüge, statt seinen Kern zu bilden. Ich nenne diese Konstellation, in bewusster Abgrenzung von Menzels großmächtropolitischen Lesart, neoimperial.

China

Am deutlichsten zeigt sich der Unterschied bei China. Zellner verbucht die chinesische Gegendrohung im Zollstreit mit Trump, den Export Seltener Erden zu beschränken, von denen China rund 70 Prozent fördert und 90 Prozent raffiniert, als taktischen Erfolg. Tatsächlich ist es der empirische Idealfall neoimperialer Strukturmacht: die Fähigkeit, die Produktion eines Gegenübers durch den Zugriff auf einen einzigen stofflichen Engpass zu konditionieren. China muss dafür kein Hegemon werden; es übt diese Macht längst aus, als Produktionsdominanz. Wer wie Zellner zählt, ganze Mächte, halbe Mächte, Fähigkeitslücken, findet China „unfertig“. Wer Formen unterscheidet, Finanzdominanz bei den USA, Produktionsdominanz bei China, Fragmen-

tierung in Europa, erkennt, dass das Template der Hegemonen-Sukzession aus dem 20. Jahrhundert nicht mehr greift.

Dollar

Auch bei der amerikanischen Finanzmacht liegt die Differenz offen. Zellner behandelt die Dollar-Hegemonie als Aktivum, das die Verschuldung bedroht. Was fehlt, ist die saldenmechanische Pointe: Das amerikanische Defizit ist der Überschuss der übrigen Welt. Die Ersparnisüberschüsse Chinas, der Öl- und Gasexporteure, Ostasiens und auch Europas finanzieren in ihrer Summe die amerikanischen Vermögenspreise. Für Europa bindet dieses transatlantische Recycling seine Überschüsse fest an die US-Märkte und damit Europa selbst in jene Struktur ein, die es beklagt. Solange Europa keinen eigenen tiefen Kapitalmarkt unterhält, finanziert sein Überschuss die amerikanischen Vermögenspreise, nicht als schließbare Lücke, sondern als Struktur, die sich reproduziert. Währungshegemonie ist deshalb eine autonome Kontrollsäule, kein Bilanzposten, der kippen kann.

Europa

Aus neoimperialer Sicht ist Europa nicht zwischen unabhängigen Mächten eingeklemmt, sondern in eine US-zentrierte materiell-finanzielle Struktur eingebunden und zugleich materiell von chinesischen Vorleistungen abhängig. Das Abkommen von Turnberry hat im Sommer 2025 genau das festgeschrieben: europäische Zusagen für Energie, Investitionen, KI-Chips und Rüstung in einer Größenordnung, die der Draghi-Forderung entspricht und die doch in amerikanische Strukturen fließt. Zellner zitiert den Draghi-Bericht zustimmend als Kompass der europäischen Revitalisierung,³ ohne die Anschlussfrage zu stellen: In welche Struktur fließt die vorgeschlagene Erneuerung? Hinzu kommt die operative Ebene: Europas Zahlungsverkehr, digitale Plattformen und Daten-Clouds laufen über US-kontrollierte Infrastruktur.

³ The future of European competitiveness, Part A. A competitiveness strategy for Europe, Luxembourg, September 2024 (Draghi-Bericht)

Zellner nennt Europa deswegen „erpressbar“, erkennt darin aber keinen eigenen Mechanismus neben dem Kapitalrecycling: Infrastruktur als Zugriffssystem, ein Hebel, der weder Soldaten noch Kapital braucht, um zu wirken.

Zellners Therapie hält dieser Prüfung nicht stand. Erstens reproduziert die Wettbewerbsdiagnose die Asymmetrie, die Europas Handlungsfähigkeit strukturell begrenzt. An Einsicht fehlt es nicht, es existiert eine Verfassungsordnung, die die geforderte strategische Intelligenz systematisch unterbindet: eine Zentralbank ohne politisches Gegenüber, ein fiskalisches Regelregime, freier Kapitalverkehr ohne Investitionsstruktur, ein Wettbewerbsregime, das Industriepolitik misstrauisch begäugt. Diese vier Säulen begünstigen Kapitalmärkte, Exportindustrien und finanzialisierte Sektoren und belasten öffentliche Investition und gesamtwirtschaftliche Nachfragesteuerung. Wer mehr Innovation fordert, appelliert an Akteure, wo er die Architektur benennen müsste, die ihr Handeln bindet.

Zweitens untergräbt Zellners eigenes Material seine militärische Lösung. Er dokumentiert die verschobene HIMARS-Lieferung an Estland, die europäische Lücke bei konventionellen Mittelstreckenwaffen, die Abhängigkeit von amerikanischen Munitionsketten, empirischer Beleg, dass Aufrüstung Abhängigkeiten vertieft, statt Souveränität zu schaffen. Was Europa mit einer Euro-Nato in die eigene Hand nähme, wäre die Kommandoebene, nicht die Reproduktionsebene. Das Rückgrat KI-gestützter Kriegführung liegt bei amerikanischen Anbietern: Palantirs Maven-System, das die Nato 2025 übernahm, hat nach Aussage des zuständigen Nato-Befehlshabers keinen ernsthaften Konkurrenten.⁴ Auch die Werkstoffe hängen an fremder Hand, an jenen Seltenen Erden, die Zellner selbst benennt, ohne sie mit seinem Rüstungsplädoyer zu verbinden. Eine Verteidigung auf amerikanischer KI und chinesischen Werkstoffen ist organisatorisch autonom und materiell beherrscht. Die

Zange, der die Aufrüstung entkommen soll, zieht sich enger.

Auch der naheliegende Einwand, Europa rüste doch wegen Russland, nicht wegen amerikanischer Hegemonie, trägt bei genauerem Hinsehen die neoimperiale Lesart. Russlands Bruttoinlandsprodukt entspricht dem Italiens, moderne Bauelemente müssen eingeschmuggelt werden, die technische Intelligenz wandert ab: mehr Masse als Klasse, wie Zellner selbst schreibt. Nach der Form typisiert ist Russland überhaupt kein Imperialismus, sondern eine materiell abhängige Rohstoff- und Rüstungsperipherie, die zusehends in Chinas Produktionssphäre aufgeht.

Zellners eigentliches Argument zielt dabei ohnehin weniger auf diese Form als auf den Zeithorizont, die seit 2024 wiederholte Warnung des Generalinspektors Carsten Breuer, Russland könnte ab 2029 zu einem Angriff auf Nato-Gebiet fähig sein,⁵ und auf den bereits laufenden hybriden Krieg gegen Europa. Das ist ernst zu nehmen, ändert aber nichts an der Systemfrage: Auch eine Aufrüstung unter Zeitdruck, die über amerikanische Kommandosysteme, Munitionsketten und Aufklärung läuft, vertieft dieselbe Abhängigkeit, gegen die sie helfen soll, und der hybride Krieg wird nicht durch mehr Waffen, sondern durch gesellschaftliche Resilienz und zivile Schutzinfrastruktur eingeeht. Das macht Russland nicht ungefährlich, die Gefahr liegt im Nuklearen und in der Eskalation aus Fehlkalkül, aber sie wächst mit der Aufrüstungsspirale, statt von ihr eingeeht zu werden.

Was daraus folgt

Besteht Europas Lage in struktureller Einbindung und nicht in äußerem Druck, dann heißt die vordringliche Aufgabe Rückgewinnung materieller Reproduktionsfähigkeit: eine koordinierte Industrie-, Bildungs- und Forschungspolitik, die nicht in transatlantische Strukturen abfließt, und eine gestärkte Bin-

4 Die Nato beschaffte das Maven Smart System im März 2025; SACT-Befehlshaber Adm. Pierre Vandier erklärte gegenüber „Politico“, es gebe derzeit keinen ernsthaften Konkurrenten zu Palantir.

5 Generalinspektor Carsten Breuer warnte seit Herbst 2024 wiederholt, Russland könnte ab 2029, unter Umständen früher, zu einem Angriff auf Nato-Gebiet fähig sein.

nennnachfrage als Bedingung wirtschaftlicher Eigenständigkeit. Die laufende Militarisierung von Politik und Ökonomie absorbiert dagegen die Ressourcen, die diese Rekonstruktion benötigte, und vertieft zugleich die Abhängigkeiten, die sie zu überwinden vorgibt: fiskalisch, weil Rüstung das knappste Geld bindet, strukturell, weil sie langlaufende Lieferbindungen zementiert, und als Verzicht, weil die Mittel der eigenen Reproduktionsbasis fehlen. Rüstung als Souveränitätssersatz ist die teuerste Form, die eigene Subordination zu verlängern.

Offen bleibt die Trägerfrage: Wer in Europa hätte ein Interesse daran, die Einbindung aufzubrechen? Die produktivistische Allianz aus Exportkapital, finanzialisierten Sektoren, Vermögenseigentümern und Stabilitätsbürokratien lebt nicht schlecht von der bestehenden Ordnung; sie ist der soziale Riegel, der die strukturelle Erosion daran hindert, politisch zu werden. Ein Gegenblock ist denkbar: binnenmarktorientierte Industrie- und Dienstleistungssektoren, die unter der Nachfrageschwäche leiden, Gewerkschaften, deren Verhandlungsmacht offene Kapitalmärkte und Standortkonkurrenz untergraben, Kommunen und öffentliche Investitionsträger, die an den Fiskalregeln scheitern sowie die wissenschaftlich-technische Intelligenz, deren Zukunft an eigenständiger Industriepolitik hinge statt am Export in transatlantische Ketten. Als politisches Subjekt existiert dieser Block bislang nicht; er müsste sich an der Systemfrage selbst bilden, nicht an ihrer außenpolitischen Verkleidung. Solange der alte Riegel hält, bleibt auch die schärfste Analyse folgenlos. Das ist kein Einwand gegen die Diagnose, sondern die eigentliche politische Aufgabe, die aus ihr folgt.

Ein letztes Symptom verdient Beachtung. Nahezu Zellners gesamtes Deutungsmaterial stammt aus US-amerikanischen Quellen, aus „New York Times“, „Wall Street Journal“, „Foreign Affairs“. Er bemerkt selbst süffisant, es sei bezeichnend, dass man derlei Informationen aus US-Medien beziehen müsse. Das ist mehr als eine quellenkritische Fußnote, es ist die epistemische Variante derselben Subordination: Der Deutungsrahmen, durch den Europa

seine eigene Abhängigkeit begreift, wird vom dominanten Pol mitgeliefert. Dass Europa sich als Objekt in einer Zange beschreibt, ist bereits Effekt der Struktur, die zu analysieren es versäumt. Den ersten Schritt aus der Einbindung müsste Europa darum nicht im Rüstungshaushalt tun, sondern im eigenen Begriff. ■

Transparenzhinweis: Für Kürzung und Umstrukturierung dieser Fassung wurde KI-gestützt gearbeitet; Thesen, Argumentation und inhaltliche Verantwortung liegen beim Autor.

Grundsätze

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Folke große Deters und Dirk Meyer



☞ **Folke große Deters** ist Mitglied der spw-Redaktion, Vorsitzender der ASJ NRW und lebt in Bornheim-Hersel.

Foto: © privat



☞ **Dirk Meyer** ist Historiker und Chefredakteur der spw.

Foto: © BMZ

Frei nach Mark Twain ließe sich nach jeder Krise der SPD ausrufen: Die Gerüchte über das Ableben der Sozialdemokratie sind eine Übertreibung. Aber sind sie das? Und was genau ist das Ableben? Hat das Ableben im Südwesten, in Bayern und im Osten des Landes nicht längst begonnen? Fakt ist: Die Krise der Sozialdemokratie ist existenziell. Für sie selbst und für eine liberale Gesellschaft. Wo sie verschwunden bzw. marginalisiert ist, wird es für alles Progressive schwer. Fakt ist auch: Es handelt sich um eine internationale Krise – und damit um ein strukturelles Problem, weniger eines besonders unfähiger Politiker:innen. Doch schon die Frage, wann genau diese Krise begann, ist nicht so leicht zu beantworten, noch schwieriger die Antwort auf die Gründe, was wiederum die Suche nach den Auswegen erschwert. Kurzum, die Krise scheint ein komplexes Problem zu sein – und selbst manchem Konservativen wird bang dabei, angesichts ähnlicher Herausforderungen im eigenen Spektrum.

Der aktuell eingeleitete Prozess zu einem neuen Grundsatzprogramm der SPD ist der Versuch, dieses Problems Herr zu werden, in kürzester Zeit, begleitet von Selbstzweifeln, ob Grundsatzprogramme nicht auch längst als Textgattung überholt seien. Was auch immer dabei herauskommen wird, zum Zeitpunkt dieses Heftes lagen noch keine Ersttexte zur Begutachtung vor. Es wird ein wichtiger Beitrag sein, eine erste Neuvermessung, aber vermutlich nicht mehr und auch nicht weniger. Grund genug für die spw, die sich für die „langen Linien“ interessiert, diese aufzuspüren - ohne den laufenden Prozess kleinzureden, im Gegenteil, ihm idealerweise denkenden Mut zu verleihen.

Alle Autor:innen dieses Schwerpunktes eint die Erkenntnis, dass fundamentale Veränderungen in Politik, Ökonomie, Gesellschaft und Kultur die Matrix politischen und damit auch des sozialdemokratischen Handelns verändert haben, national wie international, und ergo große Antworten auf große Fragen zu entwickeln sind.

Und so schwer es fällt: erst das Verständnis dieser Veränderungen kann die Basis sein, von der aus überhaupt angemessene Antworten gefunden werden können. Es eint allerdings auch alle Autor:innen, dass die sozialdemokratische Trias von Freiheit, Gleichheit und Solidarität immer noch der Kompass ist, um der Antwortsuche die richtige Richtung zu geben. Insofern verbinden wir in diesem Schwerpunkt Analyse mit Antwortangeboten, führen die Sozialdemokratie nicht in den Keller, um dann das Licht auszumachen, sondern leuchten aus, wo Neues entstehen kann.

Unsere Autor:innen betrachten die regulatorische Krise der Spätmoderne (Benjamin Mikfeld), die Gleichgültigkeitsdistanz von Gewerkschaften zur Sozialdemokratie (Claudia Bogedan), die disruptiven Herausforderungen der digitalen Produktivkräfte (Markus Dicks und Gordian Ezazi¹), die Krisenphänomene international (Catrin Schläger/Netzer), die Rolle

von Macht und Gerechtigkeit (Susan Neiman), fragen im digitalen Heftzulauf, für welche Zukunft ein Grundsatzprogramm geschrieben wird (Werner Kinds Müller) und diskutieren das aktuelle Schlagwort eines „neuen Republikanismus“ (Folke große Deters), den Orientierungsrahmen der spw (Christina Schildmann, Uwe Kremer), die grundlegende wirtschaftspolitische Orientierung der SPD für ein robustes europäisches Wirtschaftsmodell (Nikolaus Kowall) und loten die Chancen aus, die sich aus einer zeitgemäßen Programmatik und Kommunikation für die SPD ergeben können (Konstantin Vössing).

Bemerkenswert ist, viele der Autor:innen fordern einen Ort (oder besser Orte) ein, an denen Sozialdemokratie jenseits und über den Grundsatzprogrammprozess hinaus ihre Arbeit fortsetzen kann, auf die Höhe der Zeit kommt, neue Bündnisse schafft, alte Bündnisse erneuert, wieder darum ringen kann und darf, hegemoniales Zentrum des progressiven Spektrums dieses Landes zu werden.

All dies ist eingebettet in ein Heft, das außenpolitisch den Neoimperialismus begutachtet (Arno Gottschalk) und Kultur- als Gesellschaftspolitik begreift (Norbert Sievers) und damit den Schwerpunkt unterfüttert.

Auch diese Ausgabe ist eine Momentaufnahme. Die **Frühjahrstagung** der spw im kommenden Jahr in Hannover vom **12. bis zum 14. März 2027** hat den Grundsatz und soziopolitische Bündnisse zum Thema. Wir begleiten die Debatte in künftigen Heften und auch digital und wollen damit dabei mithelfen, die Gerüchte vom Ableben der Sozialdemokratie zu widerlegen. ■

1 Die spw bereitet in ihrem digitalen Programm seit einiger Zeit Heftschwerpunkte vor, siehe hierzu Artikel von Werner Kinds Müller, Joachim Rock, Klaus Dörre und Gordian Ezazi unter www.spw.de. Lesenswert auch die kurzen „Godesberg-Impulse“ von prominenten und weniger prominenten Genossinnen und Genossen.

Die blockierte Republik, die Krise der Sozialdemokratie und die nötige Suche nach einem neuen Paradigma

von Benjamin Mikfeld



☞ Benjamin Mikfeld ist Sozialwissenschaftler und Mit-Herausgeber der spw.

Foto: © privat

Hat sich das sozialdemokratische Projekt in der Spätmoderne erschöpft? Zumindest trägt das technokratische Prinzip „Regieren können wir“, das eine ganze Generation von Spitzenpolitiker:innen geprägt hat, nicht mehr. Die SPD erscheint eher nur noch Hausmeister der blockierten Republik¹ zu sein und nicht mehr eine Architektin der Zukunft. Wenn sie selbst noch eine Zukunft haben will, muss sie ihre innere intellektuelle und strategische Erschöpfung überwinden und die Energie aufbringen, eine neue Antwort auf die Widersprüche unserer Zeit zu finden. Sie muss ein neues Paradigma im Sinne eines tragfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zunächst denken und es dann auch hegemonial mehrheitsfähig machen.²

Zwei verschlungene Teufelskreise

Eine Voraussetzung dafür ist, sich von selbstbezüglichen Betrachtungen zu lösen. Die wesentliche Ursache für den seit knapp 20 Jahren fortschreitenden Bedeutungsverlust sind nicht das Personal, eine schlechte Kommunikation (das berühmte fehlende Narrativ) oder die falsche Themen- und Zielgruppenwahl. Wenn die Nachfrage nach einem Angebot schwindet, reicht es nicht, es besser zu

vermarkten, man muss ein neues Angebot in Konkurrenz zu anderen entwickeln. Die schwindende Nachfrage nach sozialdemokratischer Politik hat mit zwei Teufelskreisen zu tun.

Der erste Teufelskreis ist die Krise unseres ökonomischen und politischen Systems, die man als Regulationskrise bezeichnen kann und die das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft von Fortschritt, Sicherheit, Teilhabe und Anerkennung nicht mehr einzulösen vermag. Der Exportmotor stottert in der sich wandelnden Weltwirtschaft, die privaten und öffentlichen Nettoinvestitionen sind auf Tiefstand, die Innovations- und Produktivitätsentwicklung ist zu schwach. Zugleich binden immer neue Krisen staatliche Ressourcen, und die nationalstaatliche Handlungsfähigkeit wurde im Zuge der neoliberalen Epoche geschwächt. Auch haben gesellschaftliche Institutionen der Aushandlung (wie die Tarifpartnerschaft) an Bedeutung eingebüßt. Die Erwartungen an den Staat wachsen, aber seine strategische Problemlösungskompetenz und seine Ressourcen wachsen nicht mit, mit Ausnahme bürokratischer Vorgaben, die wiederum Quelle für Verdross und Legitimationsprobleme sind.³ Die hohe gesellschaftliche Unzufriedenheit und die allgemeine Vertrauenskrise der Politik führen schließlich bei Wahlen zu Konstellationen, die kohärentes Regieren noch schwieriger machen. Dies wiederum verstärkt die Problemlösungs-Inkompetenz und Legitimationskrise des politischen Systems.

Der zweite Teufelskreis betrifft die Sozialdemokratie selbst und dieser ist mit dem erstgenannten eng verflochten. Sie hat bislang keinen Ausweg aus der Regulationskrise gefunden und angesichts abnehmender poli-

1 Frank Trentmann: Die blockierte Republik. Deutschland zwischen Vergangenheit und Zukunft, Frankfurt/Main, 2025

2 Der Text basiert auf meinem Diskussionspapier „Ein neues politisches Modell“ (März 2026), zu finden unter: <https://benjamin-mikfeld.de/texte-und-analysen/>

3 Siehe dazu auch: Ezra Klein, Derek Thomson: Der neue Wohlstand. Was wir für eine bessere Zukunft tun müssen, Hamburg 2025

tischer Relevanz wird es ihr im Regierungshandeln noch weniger gelingen. Als eine technokratische Staatspartei besteht ihre Rolle nicht mehr darin, für eine Gesellschaftsvision zu werben und diese reformistisch durchzusetzen, sondern vor allem darin, als politisches Korrektiv den Status Quo zu erhalten oder das Schlimmste zu verhindern. Damit hat ihre Fähigkeit, eine breite politische Projektionsfläche für verschiedene Milieus zu sein, abgenommen. Auch ihr intellektuelles und kulturelles Umfeld schrumpft, ebenso die Verankerung in der Arbeitnehmer:innenschaft und der Zivilgesellschaft oder den lokalen Umfeldern. In der Konsequenz wird die SPD immer selbstbezoglicher und die Resonanzbeziehung zu ihrer potenziellen Wähler:innenbasis nimmt ab.

Die Sozialdemokratie lebt womöglich von sozioökonomischen und sozialmoralischen Voraussetzungen, die sie kurzfristig nicht wieder herstellen kann, schon gar nicht in Koalitionen, die ideologisch blockiert sind. Und doch muss sie in den Ideenwettbewerb um die Zukunft einsteigen. Im Kern muss es dabei um ein neues Wirtschaftsmodell gehen.

Der Gramsci-Polanyi-Moment

Es verwundert nicht, dass in diesen durch viele Krisen und ungelöste Probleme bewegten Zeiten zwei kritische Denker der politisch-ideologischen Transformation wiederentdeckt werden, die spw-Leser:innen nicht unbekannt sein dürften. Dies ist zum einen Antonio Gramsci mit seinem Blick auf krisenhafte Übergangszeiten: „Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.“⁴ Ähnliche Formulierungen finden wir auch bei zeitgenössischen progressiven Vordenkern wie dem Wirtschaftsnobelpreisträger Daron Acemoglu: „Ich glaube, wir erleben gerade die Geburtsschmerzen eines neuen Modells und wir wissen noch nicht, was das neue Modell sein wird.“⁵

Zum anderen ist dies Karl Polanyi mit seiner berühmten Formulierung zu Doppelbewegungen in Zeiten, in denen das wirtschaftliche System zunehmend in Konflikt mit den Sicherheiten und Traditionen der Lebenswelten gerät: „Der Markt erweiterte sich ständig, doch stieß diese Bewegung auf eine Gegenbewegung, die darauf abzielte, die Gesellschaft vor den Gefahren eines sich selbst regulierenden Marktes zu bewahren.“⁶

In einer gewissen Hinsicht haben wir seit einiger Zeit diesen Gramsci-Polanyi-Moment. Wir erleben, wie sich das seit den 1980er-Jahren dominante marktliberale Paradigma zwar nicht in Luft auflöst, aber ungelöste neue Probleme hervorbringt und auch mit widersprüchlichen Gegenbewegungen zu tun hat, die es herausfordert. Diese Gegenbewegungen sind in unseren modernen Gesellschaften nicht nur „materialistisch“ zu erklären, sie haben auch kulturelle und politische Ursachen, aber sie wurzeln in den ungelösten Problemen der Regulationskrise. Welche politischen Auswege bzw. Szenarien sind denkbar?

Das „Weiter so“-Szenario der blockierten Republik wäre je nach Koalition (zugegeben hier polemisch verkürzt) ein kleinster gemeinsamer Nenner und „Ideologiemix“ aus Ordoliberalismus, Sozialstaatsverteidigung und „Green Economy“.

Das „Anpassungs“-Szenario wäre eine womöglich gesellschaftlich befriedetere, aber auch etwas resignative Variante des „Weiter so“. Einige Gesellschaftsanalysen thematisieren eine wachsende „Verlusterfahrung“⁷ und den Wunsch nach „Gegenwartsverlängerung“⁸. Angesichts der inneren Konflikte sei so etwas wie eine sozial-ökologische Transformation nicht möglich. Daraus folgt eine Absage an jede Idee von Modernisierung und Fortschritt. Das leitende Paradigma wäre auf den Umgang

6 Karl Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien 1978, S. 182

7 Andreas Reckwitz: Verlust. Ein Grundproblem der Moderne, Berlin 2024

8 Philipp Staab: Systemkrise. Legitimationsprobleme im grünen Kapitalismus, Berlin 2025. Derselbe: Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft, Berlin 2022

4 Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Band 2, Heft 3, §34, S. 354, Hamburg 1991

5 Interview in der FAZ vom 10.12.2024

mit Krisen, knappen Ressourcen sowie auf Resilienz und Selbsterhaltung ausgerichtet.

Das Szenario eines „Nationalen Autoritarismus“ liegt angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen auf der Hand. Es auf einen schlüssigen Begriff zu bringen ist nicht leicht, denn es ist ja (national unterschiedlich) ein Hybrid, u.a. aus völkischer Innen- und Sozialpolitik, Protektionismus, fossiler Zukunftsignoranz, Kulturkampf, autoritärem Staatsumbau und zugleich technolibertären Elementen. Aber diese Heterogenität ist womöglich eine Stärke, weil sie die dem liberalen Denken zu eigene Sichtweise rational nach materiellen Eigeninteressen urteilender Bürger:innen nicht teilt, verschiedene Gegenbewegungen aufnehmen und durch eine Emotionalisierung von „Wir-Die“ und „Innen-Außen“-Konflikten⁹ politisch bewirtschaften kann.

Für eine Bewertung der Erfolgchancen dieser Szenarien ist hier nicht der Raum. Entscheidender ist jedoch: In all diesen Szenarien hat die historische Mission der Sozialdemokratie keinen Platz mehr.

Hegemonie, Liberalismus und progressiver Republikanismus

Lauter werden Stimmen von links, auch aus der Selbstreflexion, sich zu sehr auf „identitäre“ Nebengleise begeben zu haben, die zentrale Konfliktlinie müsse nun die „Klassenfrage“ sein. Dies mag für manche Kräfte eine plausible, auch eine elektorale Strategie sein. Auch populäre Kampagnen zur „Affordability“ mögen Stimmen bringen. Sie lösen aber die erwähnte Regulationskrise nicht.

Die Crux an hegemonialen Strategien ist, dass sie nicht allein aus der Perspektive der kurzfristigen Parteitaktik, aber auch nicht der des politischen Aktivismus oder wissenschaftlicher Erkenntnisse geführt werden können. Sie müssen in der Lage sein, gesellschaftliche Strömungen zu verstehen und dürfen sich nicht davor scheuen, auch konkurrierenden

Strömungen und Interessen mit einem gewissen Verständnis zu begegnen. Hegemonie bedeutet: Zunächst widersprüchliche Elemente als Ressourcen zu verstehen und diese in Bezug auf ein „allgemeines Interesse“ zusammenzubringen.

Eine zu den genannten Szenarien etwas querliegende hegemoniale Ressource ist die zunehmende Debatte über den „Postliberalismus“¹⁰, zumindest als analytischer Begriff. Er verweist auf die Defizite liberaler Politik, die von rechts und links gleichermaßen adressiert werden. Ich stelle diesen Defiziten die Idee eines „progressiven Republikanismus“ entgegen, weil ich der Überzeugung bin, dass die Sozialdemokratie sich zu sehr dem liberalen Denken verschrieben hat und der republikanische Zweig der Demokratietheorie zu sehr in Vergessenheit geriet. Dabei ist dieser sperrige Begriff weniger als Fahnenwort oder als Programm gemeint, sondern eher als Methode, die eigene Politik stets zu überprüfen, auch im Sinne einer „materialistischen Tugendethik“¹¹ daraufhin, welche Auswirkungen Politiken, Institutionen, Diskurse, etc. auf die sozialmoralische Substanz unserer Gesellschaft haben.

Das erste Defizit betrifft den ökonomischen Liberalismus, gerade in den reifen Industrienationen. Er vermag es nicht mehr, in der globalen und finanzialisierten Ökonomie positive Kreisläufe von Innovation, Wachstum, öffentlichem Wohlstand und gerechter sozialer Teilhabe zu schaffen. Die Antwort darauf wäre eine Politik der „wirtschaftspatriotischen“ und demokratisch zu erringenden Verpflichtung, dass die wirtschaftlichen Eliten und Unternehmen wieder mehr zu einem solchen und auch klimaneutralen Kreislauf beitragen.

Das zweite Defizit betrifft den politischen Liberalismus. Er hat den Feudalismus niedergelassen und auch in den modernen Demokratien wichtige Freiheitsrechte erkämpft. Als

⁹ Steffen Mau et al: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023

¹⁰ Veith Selk, Julian Nicolai Hofmann: Der Aufstieg des Postliberalismus und die Frage nach der Zukunft des Liberalismus, in: neue politische literatur, 2/2026 sowie Nils Schniederjann: Die Machtfrage – Muss sich die Linke von ihrem Liberalismus befreien?, in: Deutschlandfunk, <https://www.deutschlandfunk.de/postliberalismus-krise-der-linken-demokratie-100.html>

¹¹ Hannes Kuch: Wirtschaft, Demokratie und liberaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2023

isolierte Ideologie hat er aber keine Antwort auf das, was eine Gesellschaft im Inneren zusammenhält. Eine republikanische Antwort darauf wäre, in der Frage von politischer Macht zum einen nicht neutral zu sein und zum anderen Institutionen und Infrastrukturen zu erhalten und zu schaffen, die mehr Gemeinsinn stiften.

Das dritte Defizit ist politisch-praktischer Natur und bezieht sich auf einen eher „methodischen“ Liberalismus, den auch die Sozialdemokratie mehr oder weniger unreflektiert praktiziert. Ein wesentlicher Kritikpunkt zielt auf die Praxis des „Deliverism“¹² ab, also dem Glauben, wenn man einzelne Maßnahmen an die eigenen politischen „Zielgruppen“ liefert, führe dies zu politischer Zustimmung. Bürger:innen werden eher als Kund:innen oder Zielgruppen gesehen und weniger als demokratische Subjekte. Eine republikanische Antwort wäre, nicht nur den Output der Politik, sondern auch den Input, also die demokratische Verständigung im vorpolitischen Raum, als wesentliches Element der eigenen Strategie zu verstehen.

So weit, so abstrakt. Was bedeutet das nun für die Sozialdemokratie, sofern sie noch die Energie und den Mut aufbringt, an einem neuen Paradigma zu arbeiten?

Erstens: Sie muss den Mut zu Konflikten haben. Eine Mitte-Links-Partei, die 30 oder gar 40 Prozent gewinnen kann, mag sich mit „Maß und Mitte“ und „gutem Regieren“ durchwursteln können. Eine Partei, die bei 15 Prozent oder weniger dümpelt, kann das nicht.

Zweitens: Sie muss auf Mittelstrecke gehen. Die neoliberale Wende wurde intellektuell, kulturell und politisch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorbereitet. Politisch reif war sie erst drei Jahrzehnte später. So viel Zeit haben wir nicht. Aber es muss ein hegemonialer (auch international vernetzter Prozess) unabhängig von Wahlterminen sein.

Drittens: Aus der Addition der Interessenvertretung von Einzelgruppen entsteht keine Meinungsführerschaft. Aber auch die Phrase „Wahlen werden in der Mitte gewonnen“ entspricht nur einer reaktiven Taktik. Entscheidend ist: Hegemonie erringt, wer die politische Mitte definiert und dabei Teile der Ränder einbindet.

Viertens: Eine hegemoniale Antwort auf die Regulationskrise muss die ökonomischen, sozialen und kulturellen Brüche der aktuellen Lage verstehen und darauf eine kohärente und gesellschaftlich anschlussfähige Antwort liefern. Grundsätzlich geht es nicht nur um einzelne Instrumente oder die richtigen „Themen“, sondern auch darum, zunächst die Probleme „zweiter Ordnung“, in den Blick zu nehmen. Gemeint sind damit die grundlegenden gesellschaftlichen Institutionen und Prinzipien, die entweder als negative oder positive Verstärker fungieren. Diese betreffen nicht nur die konkreten Probleme und den Mangel an sich, sondern die „Praktiken und Institutionen, das heißt, die sozialen Ressourcen, die es möglich (oder eben unmöglich) machen, auf diese zu reagieren“.¹³ Nicht Einzelmaßnahmen für bestimmte Gruppen oder Reformen für Teilprobleme sind der zentrale Hebel, sondern gesellschaftlich vermittelnde und für eine demokratische Machtbalance sorgende übergreifende Konzepte und diese effektiv umsetzende Institutionen.

Zu politisierende Konfliktlinien für ein neues Paradigma

An dieser Stelle seien nur einige nötige ökonomische Konfliktlinien bzw. Denksportaufgaben benannt, auch für einen im Kontext der spw zu erarbeitenden Orientierungsrahmen, die aber auch soziale und kulturelle Aspekte aufgreifen:

In der aktuellen Koalition einer blockierten Republik folgt die Krisenbewältigung alten Mustern. Also einer Mischung aus konservativem Ordoliberalismus und sozialdemokratischer „Restverteidigung“. Das schulden-

12 Julia Reuschenbach: „Lieferrn“ als politisches Konzept?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/2026

13 Rahel Jaeggi: Fortschritt und Regression, Berlin 2024, S. 148f.

finanzierte Sondervermögen vermag einige Probleme zu lösen, aber eine nachhaltige Strategie ist es auch nicht. Es wird sich zeigen, dass uns all das nicht zu einer neuen Prosperitätskonstellation führen wird. Die Frage ist also, wie man der „LOST-Politik“ des liberal-konservativen Lagers, also dem Vierklang aus Lohnzurückhaltung, Ordoliberalismus, Sozial- und Rechteabbau sowie Technologie-offenheit begegnet. Die Denksportaufgabe ist: Wie bekommt man die Idee des „Staats als Pionier“, um einen zentralen spw-Begriff aufzunehmen, politisch popularisiert? Wenn China und die USA auf staatliche Interventionen setzen, müssen das Deutschland und die EU auch tun. Aber eben im Sinne einer klugen Lenkung von Investitionen und Nachfrage in auch post-fossile Zukunftsfelder. Wie können wir das innovationspolitische Konzept der „Missionsorientierung“¹⁴ sinnvoll auf Deutschland übertragen?

Ein noch so kluges Konzept für eine strategische Industrie- und Innovationspolitik oder auch Wiederherstellung eines binnenwirtschaftlichen Kreislaufs bleibt abstrakt und ist schwer zu politisieren. Die zentrale und politisch zu emotionalisierende Konfliktlinie, die eine Linke bzw. die Sozialdemokratie zu ziehen hat, wäre die zwischen Makers und Takers, also zwischen Wertschöpfung und Wertabschöpfung bzw. zwischen Produktivbeitrag und Rent-Seeking.¹⁵ Es geht um eine „Klassenallianz“ zwischen denen, die neue Werte in einer arbeitsteiligen Gesellschaft schaffen oder dies ermöglichen (von der Pflegekraft bis zum mittelständischen „hidden champion“) und jenen, die den gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand nicht wieder sinnvoll in den ökonomischen Kreislauf von Investition und Konsum einspeisen (von den digitalen „Plattformen“ über steuervermeidende Familienstiftungen und Windfall Profits bis zum Eigentümer von Wohnungsbeständen, der seine Mieter:innen auspresst). Nötig ist also eine Repolitisierung der Verteilungsfrage. Aber eben

nicht im Sinne eines linkspopulistischen „Tax the rich“, sondern indem der Widerspruch aus Gewinnen und Vermögen und dem volkswirtschaftlichen Investitionsdefizit zum Thema gemacht wird. Die Antwort darauf muss ein neues politökonomisches „Regime“ sein, von der Steuerpolitik, der öffentlichen Vergabe bis hin zu einer Revitalisierung der Sozialpartnerschaft. Die Denksportaufgabe besteht darin, diese Konfliktlinie analytisch zu erhärten und sie politisch umsetzbar und kommunikativ vermittelbar zu entwickeln.

Noch näher an der „sozialrepublikanischen“ Idee ist der Gedanke, das „Öffentliche“ zum Markenzeichen sozialdemokratischer Politik zu machen. Die goldene Zeit der Sozialdemokratie hatte auch etwas zu tun mit dem Ausbau des „Öffentlichen“ im erfahrbaren Alltag. Die Denksportaufgaben wären zum einen, welche öffentlichen und auch gemeinwohlorientierten Strukturen (auch Genossenschaften) im Sinne eines „Infrastruktursozialismus“¹⁶ auszubauen sind und zum Teil auch an die Stelle privater Angebote oder der Subjektförderung (durch Transfers, Strafsteuern für Böses, Steueranreize für Gutes und Förderprogramme für dies und jenes) treten sollten. Zweitens sollten steuerfinanzierte Transfers, Subventionen und Beschaffung sowie Ausgaben der Sozialversicherungen als „Bürgereigentum“ verstanden und somit sozial konditioniert werden. Viele Sozialausgaben subventionieren letztlich private Profite von Wohneigentümern oder Pflegekonzernen, was ja nicht zwingend sein muss. Schließlich ist die Frage zu klären, wie angesichts der knappen Kassen die Kommune als investierender und sozialer Ort wieder gestärkt werden kann.

Ein programmatisches Ökosystem

Die hier skizzierten Ideen für einen Paradigmenwechsel sind nicht wirklich neu. Sie sind darum aber auch nicht falsch. Wie erwähnt, brauchten die Neoliberalen auch drei Jahrzehnte, um ihre Politik durchzusetzen. Nun wäre die Erwartung illusorisch, dass sich

14 Siehe diverse Bücher und Beiträge von Mariana Mazzucato und ihrem Institut

15 UCL: Labour Squeezed, Investment Stalled: The Hidden Cost of Financialisation in Europe's Corporate Sector, London 2026

16 Hierzu auch: Sighard Neckel: Katastrophenzeit. Die Gesellschaft im Klimawandel und die Fallstricke der Transformation, München 2026

so ein Projekt allein aus dem Parteiapparat oder gar dem Regierungsapparat heraus entwickelt. Diese Einsicht ist für die erfahrenen spw-Leser:innen ebenfalls nicht neu und sie deckt sich mit der Erfahrung des Autors, der viele Jahre in beiden Apparaten mitwirken durfte.

Auch das sozialliberale Projekt der späten 1990er wurde zunächst intellektuell vorgeacht, insbesondere von Anthony Giddens¹⁷. Es gab in Deutschland auch führende Sozialdemokrat:innen, die konzeptionelle Vorarbeiten jenseits der Parteidebatten beauftragt haben. Am Ende stand eine Blaupause wie das „Schröder-Blair-Papier“, als ein Versuch, sozialdemokratische Werte in einer neoliberalen Hegemonie zu einem neuen Konsens zu formen. Heute ist es anders. Der Versuch einer Synthese zwischen Neoliberalismus und klassischer Sozialdemokratie ist gescheitert. Wir brauchen einen radikaleren Bruch und eine Antwort auf die lähmende Situation von Interludium/Regulationskrise.

Das geht nur, wenn die – auch internationale – Sozialdemokratie sich zunächst wieder ein intellektuelles und kommunikatives Vor- und Umfeld organisiert. Wie erwähnt, es geht um eine Mittelstrecke. Politische Entscheider:innen, sofern sie keine Populist:innen sind, sind risikoavers. Sie greifen dann zu, wenn eine Idee gesellschaftlich gereift ist.

Diese Reifung muss auch von außen kommen. Die Sozialdemokratie braucht wieder ein Ökosystem der Zukunftsdebatte. Dazu gehören auch im Sinne Gramscis „organische Intellektuelle“, zum einen im engeren Sinne, wenn auch nicht als ein naives „listen to the scientists“. Aber der Austausch mit „public intellectuals“ muss wieder stärker stattfinden. Aus der Wirtschaftsgeschichte können wir lernen, wie ökonomische Paradigmen in eine Krise gerieten und welche Faktoren dazu beitrugen, diese durch ein neues Paradigma abzulösen. Progressive Ökonom:innen und Innovationsforscher:innen entwickeln zu-

mindest „Bauteile“ einer progressiven Wirtschaftspolitik und liefern Aufschluss über die Dysfunktionalitäten des gegenwärtigen Kapitalismus. Die politische Soziologie kann uns darüber aufklären, welche Konfliktlinien die heutigen Gesellschaften durchziehen und welche im progressiven Sinn politisierbar sind. Die Sozialphilosophie kann u.a. einen Beitrag dazu leisten, wie staatliche Praxis auch die sozialmoralischen Ressourcen einer Gesellschaft prägt, usw.

Aber letztlich braucht es zum anderen „organische Intellektuelle“ in den Betrieben, den (auch sozialen) Medien, der Zivilgesellschaft, überall dort, wo Meinungen gemacht werden. Die Sozialdemokratie muss sich auf diese Mittelstrecke für ein neues progressives Paradigma begeben. Sie muss wieder Nukleus für eine linke Zukunftsdebatte werden und somit auch als Partei wieder attraktiver. Als technokratische Staatspartei und bloßes soziales Korrektiv in der blockierten Republik wird sie keine gute Zukunft haben. ■

¹⁷ Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/Main 1999

Warum zeigt die SPD beim 8-Studentag so wenig Mut?

Interview mit Claudia Bogedan



☞ **Dr. Claudia Bogedan** ist Sozialwissenschaftlerin und Mit-Herausgeberin der spw.

Foto: © Hans-Böckler-Stiftung

spw: Am Anfang von Grundsatzprogrammprozessen muss immer eine Ausgangsanalyse der Wirklichkeit stehen – und die Annahme, diese habe sich seit dem letzten Programm grundlegend verändert. Wie hat sich diese Wirklichkeit seit dem Hamburger Programm verändert? Wo stehen wir heute?

Bogedan: Unser Maßstab für Analyse und Handeln sind die Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Gemessen daran hat sich die Wirklichkeit stark verändert. Angesichts aktueller wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Veränderungen stellt sich uns die Frage, wie man diese Werte heute noch interpretieren kann. Ein paar Beispiele: In den letzten Jahren haben wir erlebt, dass wir von einer regelgebundenen Weltordnung in eine zurückgekehrt sind, in der die Macht des Stärkeren bestimmt. Der Klimawandel bedroht unser aller Lebensverhältnisse. Und wir leben in einer Welt, in der der Faschismus global wieder erstarkt, auch bei uns. Die Verhältnisse haben sich also gegenüber dem letzten Grundsatzprogramm vor fast 20 Jahren dramatisch verändert.

Damals, ich war zu der Zeit im Juso-Bundesvorstand, war eine zentrale Fragestellung, wie wir die neoliberale Wende der SPD zurückdrehen können. Wir haben uns dafür eingesetzt, die Gleichstellung der Frau zu verteidigen. Wir konnten aus einer anderen Kontinuität heraus denken. Heute ist es grundsätzlicher: Wie übersetzen wir unsere Werte in einer Welt, in der die Ankerpunkte viel flüid geworden sind?

...und das Digitale?

spw: Du hast die ökonomischen Veränderungen angesprochen, die planetare Krise, das Digitale aber noch unerwähnt gelassen.

Bogedan: In der Tat gibt es hier eine eklatante Lücke zum Hamburger Programm und was die Digitalisierung für die ökonomische Basis bedeutet. Immerhin hat sich die SPD zwischen dem Hamburger und dem jetzigen Programmprozess vor gut zehn Jahren ein digitales Grundsatzprogramm gegeben. Da war die SPD tatsächlich ihrer Zeit voraus, weil wir verstanden haben, wie grundlegend das Digitale die Verhältnisse verändert.

Aber: Der Spin ist noch mal stärker geworden. Mit der künstlichen Intelligenz erleben wir einen technologischen Sprung, von dem wir alle nur schwer einschätzen können, wie er sich auf alle Lebensbereiche auswirkt...

spw: ...zumal wir in den USA den Aufstieg des „digitalen Beutekapitalismus“, die Verschmelzung von Tech-Oligarchie und staatlicher Macht erleben, die Europa ins Visier nimmt...

Bogedan: ...absolut, tatsächlich hat die Sozialdemokratie die theoretischen und historischen Grundlagen, um zu verstehen, dass Kapitalismus und Demokratie keineswegs beste Freunde sind. Das haben Liberale zwar immer versucht zu suggerieren. Aber es stimmt weder historisch noch aktuell. Kapitalismus in Reinform ist nicht gut für die Demokratie. Das Kapital muss sich mehren. Und es sucht sich Macht, um dies ungestört zu tun. Das passiert mit den digitalen Technologien anders als vorher – weil es ganz andere Dimensionen der Machtkonzentration erlaubt. Und die werden jetzt ausgespielt.

Einhegung von Macht war und ist das Ziel sozialdemokratischer Politik. Hier hängt Politik der Entwicklung dramatisch hinterher. Und: Gerade in Deutschland und Europa ha-

ben wir ein doppeltes Problem. Wir sind noch zu schwach bei der neuen Technologie und der Rest der Infrastruktur ist auch nicht mehr in Schuss. Beides bedroht unsere Grundlagen des Wirtschaftens.

spw: Wie sieht es bei den sozialen Veränderungen im Vergleich zum Hamburger Programm aus?

Bodegan: Ich beginne mal mit der Gesellschaftspolitik. Handlungsleitend für mich war der Satz, dass, wer die menschliche Gesellschaft will, die männliche überwinden müsse. Das steht so auch im Hamburger Programm. Und tatsächlich gibt es hier Fortschritte, unsere Gesellschaft hat sich weiterentwickelt. Die Welt ist heute vielfältiger.

Gleichzeitig ist es nicht gelungen, die Gesellschaft dabei trotzdem zusammenzuhalten. Was die einen als Fortschritt für ihr Leben wahrnehmen, löst bei anderen Unbehagen oder Unsicherheit aus. Damit kann die Sozialdemokratie nicht zufrieden sein. Ziel muss es ja sein, die Gesellschaft als Ganzes zusammenzuhalten, Menschen nicht auszuschließen.

Das betrifft alle Ungleichheitsdimensionen, erst recht die sozialen. Wer morgens die Springerpresse anklickt, der erlebt tagtägliche, spalterische Hetze: Faulenzer überall, die vom Arbeitslosengeld leben und uns arbeitenden Menschen das Leben schwer machen – das ist die Melodie. Eine billige Trennlinie, so als wären Arbeitslose jene, die dem Staat das Geld stehlen. Dabei verläuft die wahre Spaltungslinie zwischen Arm und Reich. Darauf wird das neue SPD-Programm eine Antwort finden müssen.

Der fortwährende Gegensatz von Arbeit und Kapital bleibt die Analysedimension der Sozialdemokratie auch im 21. Jahrhundert. Gleichzeitig werden wir diesen Gegensatz und seine Ausprägungen neu übersetzen müssen. Die Stilbilder von Kapitalisten mit dicker Zigarre aus der Zeit der ersten Grundsatzprogramme sehen heute anders aus...

spw: ...die Peter Thiels rauchen in ihren Geheimclubs mit Leuten wie Jens Spahn vielleicht

keine Zigarre mehr, weil sie sich in exklusiven Sportstudios muskulös und ewig jung machen, T-Shirts statt Nadelstreifen...

Bodegan: ...genau, mit einem Unterschied: Mit selbstorganisierter Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung konnten unsere Leute diese Bilder zunehmend entschlüsseln. Dafür gab es Parteizeitungen, damit Menschen Zugang zu Informationen bekommen. Dafür gab es Parteischulen, damit die Leute geschult und gebildet werden. Unsere Leute sind rausgezogen und haben andere geschult und gebildet, die Wirklichkeit zu lesen und zu verstehen.

Später dann haben wir Schulen gegründet, freien Zugang zu Bildung erreicht. Uns ging es dabei nicht darum, Wahlversprechen zu machen, sondern wir hatten ein klares Gesellschaftsbild: Man braucht Bildung, um die gesellschaftlichen Verhältnisse verstehen, analysieren und dann überwinden zu können. Zum Besseren für alle.

Erst kürzlich habe ich „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel noch einmal gelesen – und war verblüfft: Weite Teile dieses Buches sind hoch aktuell und könnten heute veröffentlicht werden. Niemand würde merken, wie alt das Buch ist. Bebel spricht darin von der großen Verunsicherung der Zeit, über die umwälzenden Veränderungen in der Wirtschaft und Gesellschaft. Das empfinden die Menschen damals wie heute. Und genau da setzt Bebel an, er weist der Sozialdemokratie die Aufgabe zu, in den großen umwälzenden Prozessen den Menschen Orientierung, Halt und Orte des Austausches zu geben.

Ich würde mir wünschen, dass es uns wieder gelingt, den kleinen eigenen Kompass in der Hand zu behalten, uns nicht mehr ablenken zu lassen von all den Nebekonflikten, die andere für uns bereithalten und über deren Stöckchen wir zu oft springen.

Die lange Linie der Mitgliederverluste

spw: Die Rückgewinnung von politischer Bildung lohnte ein extra Gespräch. Du hast die ökonomischen, sozialen, gesellschaftlichen Ver-

änderungen im Vergleich zur Zeit des Hamburger Programms beschrieben. Wie hat sich denn die SPD seither verändert?

Bogedan: Die Frage finde ich tatsächlich schwer zu beantworten. Vermutlich hat die Veränderung der Sozialdemokratie in einem schleichenden Prozess schon vor Hamburg begonnen. Abgesänge auf die SPD gab es schon damals, den Verweis auf die Dienstleistungsgesellschaft und damit erodierende soziale Basis von Partei und Gewerkschaften, etc. Der Mitgliederverlust hatte längst begonnen, was ebenfalls zeigt, dass der Veränderungsprozess länger zurückreicht.

Wenn man das mit den Gewerkschaften vergleicht, dann fällt auf: Auch die haben noch Nettoverluste, brutto sind ihnen aber in den letzten Jahren Mitgliederzuwächse gelungen. Zieht man die letzten Betriebsratswahlen und die steigende Wahlbeteiligung hinzu, auch die Stimmzugewinne für die DGB-Gewerkschaften, dann muss man sagen: Hier es ist offenbar gelungen, authentisch zu sein. In den Betrieben haben die Kolleginnen und Kollegen das Gefühl gehabt: Hier werden die richtigen Antworten auf die Krise gegeben.

Damit bin ich beim Punkt der Glaubwürdigkeit. Offensichtlich ist das den Gewerkschaften besser gelungen. Es stellt sich die Frage, ob es einen Zusammenhang zur langjährigen Regierungsarbeit der SPD gibt. Ich sage das sehr vorsichtig, denn auch ich habe mich dafür eingesetzt, dass die Sozialdemokratie Verantwortung übernimmt in diesem Land, um die Verhältnisse zu gestalten. Deshalb geht es mir gar nicht um die Frage, ob man in der Opposition besser „reine Lehre“ betreiben kann.

Die Frage ist aber: Wo war der Raum, uns wirklich programmatisch zu erneuern?

Da habe ich im Moment Zweifel, ob der Grundsatzprogrammprozess dazu geeignet ist, ob er unter den gegenwärtigen Bedingungen die richtigen programmatischen Antworten geben kann.

spw: Was meinst Du damit?

Bogedan: Ich will es konkret machen. Im besten Fall führt ein Programmprozess dazu, sich zu vergewissern, was der Markenkern der Sozialdemokratie ist, wo man grundsätzlich hart sein muss. Da gibt es gute Beispiele aus der Geschichte der Sozialdemokratie – und ein schlechtes heute.

Ich verstehe nicht, wie man ein so hohes Gut wie den 8-Stunden-Tag angreifen lassen kann, keinen Mut zeigt. Die Sozialdemokratie ist dabei, einen der wichtigsten Erfolge der Arbeiterbewegung zu verkaufen. Und sie setzt den völlig irren Argumentationsmustern nichts entgegen.

Wer Yasmin Fahimi auf dem Bundeskongress zugehört hat, weiß: Tarifverhandlungen sind erwiesenermaßen der richtige Ort, um maßgeschneiderte Flexibilisierungen zu verhandeln. Die Antwort der SPD wäre einfach: Wenn Ihr mehr Flexibilität haben wollt, liebe Arbeitgeber, dann bitte sorgt für Tarifbindung. Je mehr Tarifbindung wir hätten, desto besser ließen sich Flexibilitätserfordernisse kollektiv aushandeln.

Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz dagegen verschieben den Konflikt auf das Individuum und sorgen eben nicht für organisierten Interessenausgleich. Wenn die SPD an dieser Stelle nicht politisch dagegenhält, bereitet sie den Boden für weitere Angriffe der Arbeitgeber auf den „Rheinischen“, regulierten Kapitalismus. Das verschärft die Ängste und Sorgen.

Wem nützt diese Verunsicherung in einer Gesellschaft, die sowieso schon aufgrund der externen Krisen im Mark erschüttert ist? Und warum hält die SPD nicht lautstark dagegen?

SPD und Gewerkschaften

spw: Mit der Auseinandersetzung um den 8-Stunden-Tag hast du ja schon eine Schnittmenge zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften angesprochen. Man könnte vielleicht sagen, dass das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften sich einerseits seit der Agenda-Politik ein Stück weit entspannt hat. Andererseits, so wäre zumindest meine Diagnose, ist es weit weniger eng als es mal war. Da

hat sich etwas verändert im Verhältnis zueinander. Wie siehst du das?

Bogedan: Das ist eine gute Analyse. Was ich stark beobachte, ist, dass tatsächlich eine gemeinsame Analyse der Verhältnisse, in denen wir leben, fehlt – also genau das, womit wir ins Gespräch gestartet sind. Für den Grundsatzprogrammprozess wäre es gut gewesen, sich so ein gemeinsames Bild zu erarbeiten. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren unter dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation hart daran gearbeitet, insbesondere die Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften zusammen zu bringen, einen Sektor nicht gegen den anderen auszuspielen, sondern klarzumachen: Beide Bereiche bedingen sich: Ohne eine starke Daseinsvorsorge kein erfolgreicher Industriestandort, und ohne Industrie fehlt die Basis für Dienstleistungen in der Wertschöpfungskette. Es hilft nicht, nur beschützte Sektoren in der Industrie zu haben, auch die Dienstleistungsbereiche sind zentral, ohne die wichtige andere gesellschaftliche Funktionen nicht bedient werden können. Das sehen wir in diesem Sommer und den Niedrigständen der Flüsse beim Thema Logistik und der Industrieproduktion. Die Branchen müssen zusammenwirken können.

Was uns fehlt, ist ein gemeinsames Verständnis dafür, wie die ökonomischen Grundlagen für gute Arbeit und gutes Leben zukünftig geschaffen werden können. Diese Verständigung sollte über Parteigrenzen hinweg gemeinsam mit den Sozialpartnern erfolgen. Der gemeinsame Dialog war, ist und bleibt der Garant für Lösungen, die für die Gesellschaft insgesamt gut sind. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es diesen gemeinsamen Konsens. In der SPD markiert das Godesberger Programm diese Wende. Die Gewerkschaften des DGB sind seither Einheitsgewerkschaften. Mitbestimmung war in diesem Verständnis Fundament für eine stabile Demokratie. Dieser Konsens wird aktuell aufgekündigt. Nehmen wir als Beispiel die Tarifflucht vieler Arbeitgeber. Wenn wir die Tarifbindung als Gewerkschaften hochhalten, dann ist das keine Nostalgie. Denn über Tarifverträge wird dafür Sorge getragen, dass die Gesellschaft nicht auseinanderdriftet, weil die Einkommen beieinanderbleiben.

Betriebliche Mitbestimmung, Unternehmensmitbestimmung und Tarifpolitik sind zusammengehörige Bausteine, die Einfluss auf viele weitere Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens haben. Es geht also um ein gemeinsames Verständnis eines eingetragenen Kapitalismus. Dies scheint uns abhandengekommen zu sein. Nur mit diesem geteilten Grundverständnis ist es möglich, politisch die richtigen und nötigen Weichen zu stellen. Verkommt jedoch das „soziale“ der Marktwirtschaft zu einer vermeintlichen Klientelpolitik, dann gerät die systemische Bedeutung aus dem Blick und gewerkschaftliche Forderungen finden sich nur noch als austauschbare Spiegelstriche in den Wahlprogrammen oder Koalitionsverträgen. Es ist daher dringend geboten, diese gemeinsame Basis im Dialog zu festigen.

Das ist ausdrücklich kein SPD-Bashing, wenn man weiß, was an Krisenbewältigung in den letzten Jahren anstand. Da gab es genug andere Fragen, die sofort und im Hier und Jetzt beantwortet werden mussten und wenig Zeit für Grundsätzliches.

Deshalb bin ich sehr skeptisch, ob der Grundsatzprogramm-Prozess unter diesen Bedingungen funktionieren kann, weil relevante Personen im Alltag so stark gefordert sind, dass sie keine freien Kapazitäten für kreativen Überschuss haben. Das ist jedenfalls ein großes Spannungsverhältnis: Wir sind in Abwehrkämpfen gebunden, nicht der beste Zeitpunkt, kreativ und visionär zu sein – gleichzeitig ist das, was wir am allermeisten brauchen, kreativ und visionär zu sein.

spw: Mal weitergeblickt und über die Arbeit am gemeinsamen Verständnis hinaus: Was erwarten Gewerkschaften eigentlich von der Sozialdemokratie? Und was kann diese von den Gewerkschaften in neuer Zeit erwarten?

Bogedan: Erstmal, sie haben gemeinsame Wurzeln. Und sie brauchen diese für ihre Zukunft. Eine Sozialdemokratie kann nicht ohne Gewerkschaften, aber auch eine Gewerkschaft nicht ohne eine lebendige Sozialdemokratie

erfolgreich sein. Das sind die beiden Flügel der Arbeiter:innenbewegung. Arbeitnehmer:innen brauchen die starke Stimme der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Denn sie können sich nicht mit viel Geld die Macht kaufen, wie ein Elon Musk das kann, sondern sie müssen sie in freien und gleichen Wahlen erringen.

Und die Sozialdemokratie kann im Parlament nur erfolgreich wirken, wenn sie ihre Wähler:innenbasis nicht vergisst. Als Volkspartei ist die Sozialdemokratie in hohem Maße den Interessen der Arbeitnehmer:innen verpflichtet. Das heißt nicht, dass man unternehmerfeindliche Politik macht, die Beschäftigten wissen gut, was es braucht, aber man muss sich jedes Mal neu anschauen, was tatsächlich die Bedürfnisse der Arbeitnehmer:innen sind und wie man diese in Politik übersetzen kann.

In diesen Zeiten ist das mehr denn je „Sicherheit im Wandel“, ein altes Motto, das neu übersetzt werden muss. Die Botschaft: In einer Welt, die sich tagtäglich dramatisch verändert, wirst Du getragen und fällst nicht ins Bodenlose. Wir machen ein Politikangebot, das auch Dich als Individuum tragen wird. Die starke Gesellschaft wird Dich tragen und wenn Du arbeitslos wirst, zu krank oder zu alt zum arbeiten bist. Dieser Kern einer sozialen Demokratie wurde gemeinsam von Gewerkschaften und Sozialdemokratie errungen. Er darf in diesen Zeiten nicht preisgegeben werden.

Was kann die Hans-Böckler-Stiftung beitragen?

spw: Du bist Geschäftsführerin eines der Think Tanks dieser Republik. Du hast das fehlende Ökosystem für gemeinschaftliche Analysen eben angesprochen. Wie würdest Du Dir ein solches Ökosystem denn in Kombination mit den Parteien vorstellen, die die Interessen der Arbeitnehmer:innen im Fokus haben? Was könnte Euer Beitrag dabei sein?

Bogedan: Ich sehe da zwei große Aufgaben für die Hans-Böckler-Stiftung, die zugleich den Werten Hans Böcklers nach seinen Erfahrungen im Nationalsozialismus entsprechen.

Er hat das Verbindende gesucht. Die Gewerkschaften haben sich nach 1945 für die Einheitsgewerkschaft entschieden und gleichzeitig dafür gesorgt, dass Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmern Demokratie auch in den Betrieben und in der Wirtschaft erleben können, durch die betriebliche Mitbestimmung, aber eben auch in den Aufsichtsräten der Unternehmen. Die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit wurden somit in institutionalisierte Bahnen gelenkt. Damit sollte im verbindlichen Gespräch und nicht im Kampf das Ringen um den besten Weg stattfinden.

Das brauchen wir insgesamt wieder stärker: Orte und Foren, in denen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen gemeinsam nach Lösungen gesucht wird.

Dazu braucht es auf der anderen Seite auch Fakten - und das ist der zweite große Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

Fakten für eine faire Arbeitswelt zusammenzutragen, das ist unser Credo. Dies ist heute wichtiger denn je. Wir sind davon überzeugt, dass Fakten das Fundament für das eben genannte Ringen um die besten Lösungen sind. Wir alle haben unterschiedliche Werte und Gewichtungen, die sich aus unseren Interessen speisen. Die kommen in diesem Ringen zum Tragen – aber eben auf der Basis von akzeptierten Fakten.

Genau das wird derzeit infrage gestellt. Als Hans-Böckler-Stiftung sind wir aber überzeugt davon, dass eine demokratische Gesellschaft genau das zwingend braucht.

Zusammengefasst, mit Orten und Fakten wollen wir als Hans-Böckler-Stiftung einen Beitrag leisten, diese Gesellschaft zusammenzuhalten.

spw: Vielen Dank, Claudia, für das Gespräch und die Spuren, die Du gelegt hast, um über den Grundsatzprogramm-Prozess hinaus Strukturen zu verbessern. ■

Die Fragen für die spw stellte Dirk Meyer

Die Formierung einer ökologischen Klasse

von Nikolaus Kowall



⇒ Nikolaus Kowall ist Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft & Gesellschaft in Wien und engagiert sich ehrenamtlich in der SPÖ Wien.

Foto: © Markus Sibrawa

Der österreichische Ökonom, Nikolaus Kowall, argumentiert: Die planetare Krise rekonfiguriert alle bisherigen (partei-)politischen Deutungsmuster. Das progressive Spektrum sollte sich darauf konzentrieren, mithilfe der entstehenden „ökologischen Klasse“ neue Bündnisse zu schmieden und die darin liegenden sozio-ökonomischen Potentiale zu heben.

Der Hitzesommer 2026 kann als ein weiteres Indiz für die Erkenntnis von Latour und Schultz (2022) gewertet werden, wonach die Ökologie die zentrale politische Frage unserer Zeit ist, entlang derer sich politische Fragen und ideologische Lager neu sortieren. Eine Einsicht, die viele Progressive – von Linksliberalen über Sozialdemokrat:innen bis zu Marxist:innen – zu lange ignoriert haben.

Die deutschen Grünen mögen die Agenda 2010 mitgemacht und sich bei Themen wie Energiearmut mehr für die Energie als für die Armut interessiert haben. Spätestens jetzt, wo unsere Lebensgrundlagen buchstäblich vor unser aller Augen verbrennen, ist aber klar: Sie hatten mit ihrem konstitutiven Thema recht. Nachhaltigkeit ist die Herausforderung unserer Zeit. Darum übernehmen Grüne in Teilen Europas sukzessive die Führung im geschwächten Mitte-links-Lager.

Dabei gäbe es in Zeiten, in denen konservative Parteien mit Rechtsradikalen und liberale Parteien mit libertären Antidemokraten flirten, durchaus Raum für eine progressive

Mehrheit. In Milieus gedacht, könnten mittelständische Maschinenbauer, die Wechselrichter für Solarstrom herstellen, nicht nur mit ihrem eigenen Betriebsrat eine Allianz bilden, sondern auch mit Krankenhauspersonal, das mit Hitzeanpassungsmaßnahmen zu kämpfen hat, sowie mit urbanen Linken, die autofreie Innenstädte wollen. Dies wäre, um erneut mit Schultz und Latour (2022) zu sprechen, die Organisation einer *ökologischen Klasse*.

Hinderlich auf dem Weg zu dieser Allianz sind nicht nur Klischees und Feindbilder, sondern auch weltanschauliche Gräben. Da Klimapolitik primär Wirtschaftspolitik ist, sind die tradierten Bruchlinien besonders tief. Darum müssten die beteiligten Gruppen Überzeugungen neu konfigurieren und historischen Ballast über Bord werfen. Vor allem müssen sie lernen, zu differenzieren: Wann fungiert der Markt als Entdeckungsverfahren? Wo braucht es Regulierung, um die Innovationskraft der Unternehmen zu lenken? Wann braucht es keynesianische Nachfragesteuerung? Welche Rolle spielt Umverteilung?

Die planetaren Grenzen

Erhebliche Teile der Linken haben die Tragweite der ökologischen Dimension nicht annähernd internalisiert – und halten an Forderungen nach unendlich skalierbarem Lebensstandard für alle fest. Aus ökologischer Perspektive ist aber schon der Konsum eines typischen Haushalts in Westeuropa absoluter Luxus. Man bräuchte 2,5 Erden, um den Ressourcenverbrauch der deutschen Mittelschicht auf die gesamte Menschheit auszuweiten (Global Footprint Network 2026). Nachdem die Linke 150 Jahre für *mehr* gekämpft hat, muss sie jetzt einen sparsameren Umgang mit natürlichen Ressourcen vermitteln. Damit macht man sich keine Freunde, weshalb die Grünen in vielen Milieus, gemäß dem Prinzip „kill the messenger“, als Feindbild herhalten müssen.

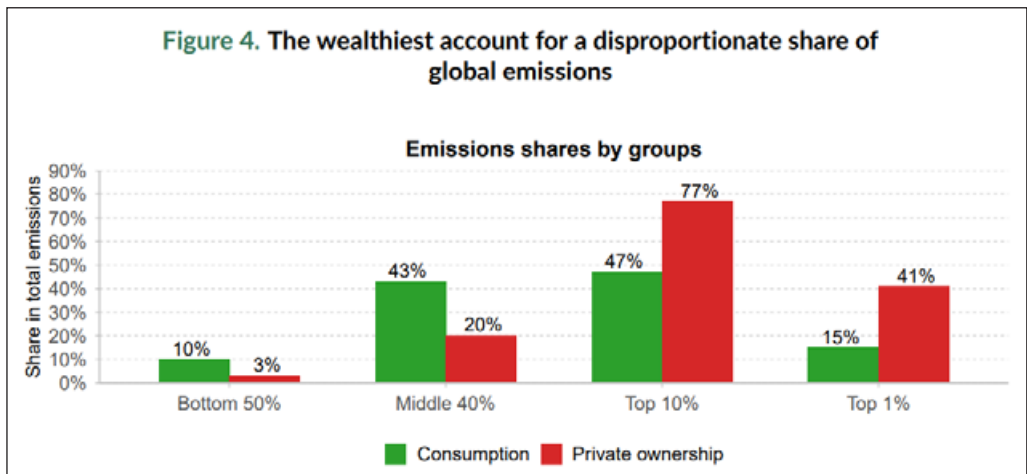
In diesem Lichte muss die *gewerkschaftlich-sozialdemokratische Linke* verinnerlichen, dass quantitatives Wachstum im 21. Jahrhundert keine Lösung sozialer Konflikte mehr ist. Keynesianische Wirtschaftspolitik ist eine effektive Krisenfeuerwehr sowie eine Möglichkeit, Binnenmärkte zu stärken. Als ewige konsumsteigernde Wachstumsmaschine hat sie ausgedient. Diese Erkenntnis reichte in der Sozialdemokratie der 1980er-Jahre bis ins Grundsatzprogramm (Kowall 2018). Auch zeitgenössische keynesianische Denkschulen wie die Modern Monetary Theory (MMT) sind *kein* ökonomisches Allheilmittel. Sie legen richtungsweisend offen, dass die Rolle des privaten Finanzsektors für die volkswirtschaftliche Finanzierungsfunktion oft überschätzt wird. Ihr Fokus auf monetäre Steuerungsmechanismen suggeriert aber eine Entkoppelung von den realen, endlichen Ressourcen der Erde – eine Prämisse, die angesichts planetarer Grenzen physikalisch unmöglich ist.

Die *Bewegungslinke* wiederum muss verstehen, dass Umverteilung nur ein Bestandteil, nicht aber die Essenz der ökologischen Frage ist. Der renommierte *World Inequality Report 2026* beziffert den Anteil des obersten Prozents an den globalen konsumbezogenen Emissionen auf rund 15 Prozent (Piketty et al. 2026). Das ist eine erhebliche Überrepräsentation. Allerdings umfasst das globale Top-1-Prozent rund 90 Millionen Menschen und damit ein Vielfaches

der weltweit etwa 3.500 Milliardäre. Die Top-10-Prozent umfassen bereits rund 900 Millionen Menschen. Auf diese Gruppe entfällt zwar fast die Hälfte der konsumbezogenen Emissionen, sie reicht aber weit in die Mittelschichten wohlhabender Industriestaaten hinein. Viele Facharbeiter:innen in Deutschland gehören bei den konsumbezogenen Emissionen zu den globalen Top-10-Prozent.

Steigende Einkommen übersetzen sich nicht eins zu eins in Konsum, weil insbesondere an der Spitze ein erheblicher Teil gespart und veranlagt wird. Konsumausgaben sind daher weniger ungleich verteilt als Einkommen und diese wiederum weniger als Vermögen. Die exorbitante globale Vermögensungleichheit lässt sich daher nicht auf konsumbezogene CO₂-Emissionen übertragen.

Neben der konsumbezogenen weist der Report eine eigentumsbezogene Verteilung der Emissionen aus. Hier ist die Konzentration wesentlich größer: Dem vermögendsten globalen Prozent werden 41 Prozent, den vermögendsten zehn Prozent 77 Prozent der Emissionen zugerechnet. Nur bleibt diese Zurechnung ohne Blick auf den Verbrauch unvollständig. Stahlwerke oder Rechenzentren produzieren nicht primär für den persönlichen Konsum ihrer Eigentümer:innen, sondern für ihre Kund:innen. Würde man diese Anlagen morgen gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilen oder vollständig



Quelle: World Inequality Report 2026

in öffentliches Eigentum überführen, würde sich ihre statistische Eigentumsverteilung radikal verändern – ihr CO₂-Ausstoß jedoch um keine einzige Tonne. Um es zuzuspitzen: Die Konzerne gehören zwar wenigen, produzieren aber für viele. Insofern lässt sich die ökologische Frage keineswegs auf Verteilungsfragen reduzieren.

Wir brauchen also unabhängig von Technologie und Eigentumsfragen eine Veränderung des Konsumverhaltens. Die gute Nachricht ist, dass die Überwindung der fossilen Wirtschaft technologisch schon viel weiter ist als politisch. Der Weltklimarat hat wegen der globalen Energietransformation die Wahrscheinlichkeit des bisherigen Worst-Case-Szenarios der Erderhitzung kürzlich herabgestuft (Umweltbundesamt 2026). Die schlechte Nachricht ist, dass die Biodiversitätskrise ein mindestens ebenso hohes Risiko birgt. Wie wir Haushaltsgeräte verschleifen, Urlaube gestalten und Kindergeburtstage als Kunststofforgien zelebrieren, ist nicht nachhaltig. Die Anpassung von Fleischkonsum, Individualverkehr, Fast Fashion und Zersiedelung an ihre realen gesellschaftlichen Kosten ruft in den westlichen Mittelschichten enorme Widerstände hervor. Fossile Lobbys, einige Silicon-Valley-Milliardäre sowie von beiden Gruppen finanzierte Rechtsradikale erklären Konsumentensouveränität zur Essenz von individueller Freiheit, bekämpfen die Transformation durch Desinformation und mobilisieren weltweit Feinde der Demokratie (Stöcker 2024). Ihre mediale Macht zu begrenzen, ist klima- wie demokratiepolitisch relevant – das ist aber keine genuine Verteilungsfrage im ökonomischen Sinne.

Wenngleich die Verteilungsfrage nicht die Essenz der ökologischen ist, ist sie ein integraler Bestandteil ihrer Lösung. Und zwar in zweifacher Hinsicht: Erstens muss es alle treffen, um die Diskussion über Einschränkungen überhaupt führen zu können. Die Superreichen in ihrer Verschwendung – Privatjets, Superyachten etc. – einzuschränken, ist eine Mindestvoraussetzung dafür. Zweitens geht es um den Übergang: Selbst Optimist:innen haben nicht damit gerechnet, wie wirtschaftlich Strom, Batteriespeicher oder E-Mobilität

gegenüber fossilen Systemen werden (Meyer 2025). Trotz unvermeidbarer Einschränkungen können wir durch technische Lösungen und effizientere Organisation des Ressourcenverbrauchs – Stichwort Kreislaufwirtschaft – mit ziemlicher Sicherheit einen hohen Lebensstandard bei sinkendem Materialabdruck und CO₂-Neutralität erhalten. Dennoch erfordert der Umstieg erhebliche Investitionen. Ein Teil der Transformationskosten bleibt bei den Haushalten hängen. Hier braucht es Umverteilung von jenen, die sich Klimaneutralität leisten können, zu jenen, für die 25.000 Euro für eine Wärmepumpe eine Phantasiesumme sind.

Unabhängig von klassischer Umverteilung lässt sich an historische progressive Ideen mit postmaterieller Dimension anknüpfen. In den 1920er-Jahren konnte man sich den späteren Massenwohlstand nicht annähernd vorstellen, weshalb es weniger um „Luxus für alle“ ging als um Kultur, Hygiene, Gesundheit und Lebensqualität für alle. In den Gemeindebauten des Roten Wien wurden für jeweils Dutzende Bewohner:innen eine Großküche und ein Großwaschraum eingerichtet. Heute werden andere öffentliche Güter gefragt sein, aber Wohlstand über die Effizienz kollektiver Nutzung herzustellen, weist in eine relevante Richtung. Ein attraktives öffentliches Freibad kann beispielsweise die Errichtung von 50 privaten Swimmingpools obsolet machen. Weil sich die Klimakrise weder durch quantitatives Wachstum noch durch Umverteilung allein lösen lässt, sollten wir diese postmateriellen Denktraditionen wiederbeleben.

Die Marktkräfte nutzen

Das Verhältnis der demokratischen Linken zum Markt war in den Nachkriegsjahrzehnten relativ klar: Märkte sind sinnvoll in der Gütererzeugung, in der Daseinsvorsorge sind sie dysfunktional; im Finanzsektor und Außenhandel brauchen sie starke Regulierungen. Während der neoliberalen Globalisierung wurden Märkte je nach Sichtweise Institutionen von nahezu göttlicher Schaffenskraft – oder Bestandteil einer ominösen Bedrohung. Die Weltfinanzkrise von 2008 und ihre sozioökonomischen Folgen bestätigten für viele letztere Perspektive.

Heute sehen wir jedoch, welche Kräfte Märkte entfalten können, wenn sie realwirtschaftliche Bodenhaftung haben. Skaleneffekte bei Solarmodulen, Batteriespeichern, Elektrolyseuren und Windkraftanlagen haben die Aussicht auf eine Welt ohne fossile Verbrennung drastisch verbessert. Dabei ist viel staatliche Grundlagenforschung im Spiel, kluge Regulierung etwa durch das deutsche EEG und gezielte chinesische Industriepolitik. Es handelt sich um Musterbeispiele für Mariana Mazzucatos (2013) Hinweis auf die erfolgreiche Verschränkung privaten und öffentlichen Agierens in der Wirtschaft. Wichtig ist aber anzuerkennen, dass Skalierung und Kostendegression Folgen unternehmerischen Innovationswettbewerbs waren. Damit sind wir wieder bei der Nachkriegssichtweise auf Märkte angelangt: Der Markt ist kein Selbstzweck, sondern ein Funktionsprinzip, das politisch wünschenswerte Ziele erfüllen kann (Kowall 2019).

Den Binnenmarkt stärken

Nachdem zwei Lehren für die traditionelle Linke herausgearbeitet wurden, gibt es noch eine wirtschaftspolitische Ableitung für Bürgerliche und Grüne. Ja, keynesianische Wirtschaftspolitik darf nicht Beefsteak-Sozialismus (Schumpeter) sein, bei dem der Pro-Kopf-Konsum Jahr für Jahr wächst. Aber wir brauchen sie, um die Dekarbonisierung der Produktion und den Umbau zur Kreislaufwirtschaft in Europa anzuschieben. Diese Zielrichtung war im Green Deal der EU bereits angelegt, wurde aber nicht mit der industriepolitischen Konsequenz Chinas durchgezogen, weshalb Europa nun mit Hüh und Hott strategiefrei dahinwankt.

Es geht dabei um den gezielten Aufbau bzw. Weiterentwicklung strategischer Branchen. Dabei wird unterschätzt, wo Europa bei der Transformation weit voraus ist. Mit einem erneuerbaren Anteil von 48% an der Stromproduktion liegt die EU 2025 noch deutlich vor China mit 37% (Ember 2026). Auch bei der Dekarbonisierung der Grundstoffindustrie, der Kreislaufwirtschaft und der Clean-Tech-Forschung ist die EU führend. Ökologische

Regulierungen haben zudem internationale Standards gesetzt, die europäischen Unternehmen als „early adapters“ teilweise Wettbewerbsvorteile verschafften – Stichwort „Brussels Effect“.

Wie daraus industrielle Wertschöpfung entsteht, zeigt die österreichische Kreislaufwirtschaft. Strenge Deponievorschriften ließen neue Wertschöpfungsketten für Aufbereitung und Recycling entstehen und förderten einen spezialisierten Maschinenbau für Sortier-, Schredder- und Regranulierungsanlagen. Ähnliche industrielle Verflechtungen entstehen rund um die Energiewende: Österreichische Unternehmen produzieren Komponenten für Windkraftanlagen, Automatisierungselektronik, Leistungselektronik und Wechselrichter. Die ökologische Transformation bedeutet damit nicht bloß Einschränkung bestehender Produktion, sondern schafft neue industrielle Wertschöpfungsketten und hochwertige Arbeitsplätze. Auf europäischer Ebene geht es dabei um Millionen Jobs.

Die EU ist bekanntlich ein Regulierungsriese – Klimaneutralität 2050, Green Deal, CO₂ oder Lieferkettenregulierung –, aber ein Budgetzwerg: Der EU-Haushalt entspricht nur rund einem Prozent des BIP, während die Ausgaben des US-Bundeshaushalts bei knapp einem Viertel liegen. Mario Draghi (2024) betonte in seinem Bericht zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit den erheblichen zusätzlichen Investitionsbedarf für Dekarbonisierung, Energiewende und grüne Technologien. Im Vergleich zu den USA und China erschwerte Europas begrenzte fiskalische Kapazität die Mobilisierung dieser Investitionen.

Jedes Gramm Kupfer, das wir recyceln, und jede Kilowattstunde Strom, die wir selbst herstellen, verringern Europas Importabhängigkeit. Gleichzeitig lenken Investitionen vom Windpark bis zur Sortiermaschine für Kunststoff industrielle Kapazitäten auf den europäischen Binnenmarkt. Es geht nicht darum, die EU vom Weltmarkt abzukoppeln – das hätte fatale Konsequenzen. Das Ziel muss vielmehr sein, wirtschaftliche Dynamik nicht mehr primär aus dem Export, sondern stärker aus dem

Binnenmarkt zu generieren. In diesem Kontext könnte man von einem ökologischen Akkumulationsregime sprechen (Kowall 2024). Regulierung allein wird dafür nicht reichen.

Dieser strategische Keynesianismus ist kein unendliches Programm zur Steigerung der privaten Nachfrage und zur Vergrößerung des sonntäglichen Schnitzels. Im Rahmen eines ökologischen Akkumulationsregimes ist er eine gezielte industriepolitische Strategie, um die Produktion zu dekarbonisieren und Europa wirtschaftlich an die Innovationsspitze zu bringen. Das hat nicht nur ökonomische Implikationen. Mehr Autonomie vom Weltmarkt bei Rohstoffen, Energieträgern und Schlüsseltechnologien bedeutet weniger außenpolitische Erpressbarkeit. Welches Level an Investitionen in Verteidigung und Resilienz vonnöten ist, ist eine gesonderte sicherheitspolitische Frage. Aber hohe Energieabhängigkeit kann durch Aufrüstung nicht wettgemacht werden (Götze & Joeres 2025). Das konsequente Vordringen der Energiewende, der Aufbau einer strategischen Kreislaufwirtschaft und nicht zuletzt die Rohstoffgewinnung in Europa sind sicherheitspolitische Basisaufgaben – lange vor Wehrpflichtdebatten und Ähnlichem.

Damit lässt sich die ökologische Klasse des 21. Jahrhunderts grob umreißen. Sie inkludiert die Belegschaft und die Eigentümer:innen (!) eines mittelständischen Unternehmens, das Fräsmaschinen für Windtürme herstellt. Sie inkludiert zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit Klimapolitik beschäftigen, von der Begrünung des Stadtteils bis zum Kampf gegen Hochseeborungen nach Erdöl. Sie inkludiert Bundeswehroffiziere, die die Abhängigkeit von globalen Lieferketten verringern wollen. Sie inkludiert Erwerbstätige im Finanzsektor, die sich mit nachhaltiger Veranlagung beschäftigen. Und sie inkludiert alle Menschen, die wegen ausgetrockneter Brunnen oder überhitzter Wohnungen aus elementarem Eigeninteresse die Instandhaltung der Natur befürworten.

Die historisch gewachsenen und heute weitgehend antiquierten parteipolitischen Grenzen sind mit der politischen Organisation einer ökologischen Klasse nicht mehr verein-

bar. Wer heute die Verteidigung der Demokratie gegen ihre Feinde als wichtigste politische Mission erachtet, den Klimawandel als bedeutendste gesellschaftliche Herausforderung ansieht und Europa als wirksamstes Instrument für beides, steht auf der Seite der ökologischen Klasse. Meinungsunterschiede wird es im Detail viele geben, über die man konstruktiv streiten kann. Aber die eigentliche politische Bruchlinie verläuft zu jenen, die der ökologischen Klasse feindselig gegenüberstehen. ■

Literatur:

- Draghi, Mario (2024): The Future of European Competitiveness. European Commission, Brüssel
- Ember (2026): Electricity Data Explorer: <https://ember-energy.org/>
- Global Footprint Network (2026): National Footprint and Biocapacity Accounts. Global Footprint Network
- Götze, Susanne / Joeres, Annika (2025): Die Sicherheitslücke. Wie Europa sich mit Waffen schützen will – aber mit Öl & Gas erpressbar macht. Eine Streitschrift. oekom, München
- Kowall, Nikolaus (2018): „Kern-Axiome sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Eine historische Herleitung“. In: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 3/2018
- Kowall, Nikolaus (2019): „Was ist eigentlich Sozialdemokratie“. In: Perspektiven DS, 36. Jg., Heft 1
- Kowall, Nikolaus (2024): Raus aus der Globalisierungsfalle. Wie wir die sozial-ökologische Transformation schaffen. Kremayr & Scheriau, Wien
- Latour, Bruno / Schultz, Nikolaj (2022): Zur Entstehung einer ökologischen Klasse. Ein Memorandum. Aus dem Französischen von Bernd Schwibs. Suhrkamp, Berlin
- Mazzucato, Mariana (2013): The Entrepreneurial State. Debunking Public vs. Private Sector Myths. Anthem Press, London
- Meyer, Tim (2025): Strom. Über Nostalgie, Zukunft und warum der Markt uns alle reich macht. Books on Demand, Norderstedt
- Piketty, Thomas et al. (2026): World Inequality Report 2026. World Inequality Lab, Paris
- Stöcker, Christian (2024): Männer, die die Welt verbrennen. Der entscheidende Kampf um die Zukunft der Menschheit. Ullstein, Berlin
- Umweltbundesamt (2026): „Zu erwartende Klimaänderungen bis 2100“. Umweltbundesamt: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/zu-erwartende-klimaänderungen-bis-2100>

Sozialdemokratie im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz und Robotik

von Markus Dicks



➔ **Markus Dicks** ist Alumnus der Hans-Böckler-Stiftung und gibt in diesem Artikel seine persönliche Meinung wieder. Er war für das Bundesministerium für Bildung und Forschung tätig, wo er u.a. die Plattform Lernende Systeme des BMBF (2017) aufgebaut und an der Entwicklung und Umsetzung der KI-Strategie der Bundesregierung mitgewirkt hat. Von 2019 – 2022 war Leiter des KI-Observatoriums des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Foto: © privat

Markus Dicks fragt nach der politischen Ökonomie der KI, wem was nützt und wem nicht und schlägt Antworten für die Sozialdemokratie vor. Er verbindet seine Analyse mit Vorschlägen für die Programmatik der SPD.

Die technologische Frage ist eine Machtfrage

Die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI), Robotik und digitalen Plattformen sind die zentralen technologischen Treiber der Umbrüche unserer Zeit. Aus Sicht der Politikwissenschaft ist diese Entwicklung vor allem eines: eine Neuordnung von Machtverhältnissen. Die digitale Transformation von Arbeit, Wirtschaft und Infrastrukturen hat die Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals verändert. Im Januar 2026 hatte das US-amerikanische Unternehmen NVIDIA allein eine Marktkapitalisierung von etwa vier Billionen US-Dollar, die sieben größten Tech-Unternehmen zusammen erreichen einen Börsenwert von etwa 18 Billionen Euro. Dies entspricht in etwa dem kumulierten jährlichen Bruttoinlandsprodukt aller EU-Staaten.

In der Folge verändern sich auch die Voraussetzungen einer demokratischen Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Wer über Datenbestände, Rechenkapazität, Infrastrukturen und Künstliche Intelligenz verfügt, verfügt über die Fähigkeit, soziale Wirklichkeit zu strukturieren und zu kontrollieren: Märkte, Öffentlichkeit,

Arbeitsprozesse, Aufmerksamkeit und letztlich politische Handlungsräume.

Als diese Entwicklungen ihren Anfang nahmen, waren die programmatischen Grundlagen der etablierten Parteien auf eine Welt ausgerichtet, in der soziale Netzwerke noch in den Anfängen waren, Künstliche Intelligenz keine alltagsprägende Technologie war und digitale Ökonomien ihre heutige strukturelle Macht noch nicht entfaltet hatten. Was damals eine Nebenrolle spielte, ist heute zu einem der zentralen Treiber umfassender Veränderungen geworden. Mit der digitalen Transformation der vergangenen zwei Jahrzehnte müssen Macht-, Verteilungs- und Demokratiefragen neu gestellt und beantwortet werden.

Worum es damals ging und heute geht

Im 19. Jahrhundert entstand die Sozialdemokratie aus der Arbeiter:innenbewegung als politische Antwort auf die industrielle Revolution. Die zentrale Konfliktlinie verlief damals zwischen jenen Teilen der Gesellschaft, die über die Mittel zur Erzeugung von Wohlstand und Reichtum verfügten, und denen, die diese Zugänge nicht hatten. Aus dieser Auseinandersetzung entstanden Gewerkschaften, Mitbestimmung, Sozialgesetzgebung und schließlich die politische Organisation der Arbeiter:innenklasse in der Sozialdemokratie.

Heute stellt sich diese Frage in neuer Form: Die zentralen Produktionsmittel der in den letzten 20 Jahren entstanden digitalen Ökonomie sind heute nicht mehr primär Maschinenparks und Fabrikhallen, sondern Daten, Algorithmen, Rechenzentren, Netzinfrastrukturen und digitale Ökosysteme. Wertschöpfung entsteht durch Kontrolle über Informationsflüsse, Datenverfügbarkeit, Cloud-Kapazitäten und KI-Modelle.

Eigentum und Verfügungsmacht konzentrieren sich erneut, diesmal bei globalen Technolo-

gieunternehmen und Staaten mit strategischer Technologiefähigkeit.

Die historische Parallele liegt dabei nicht im technischen Detail, sondern in den strukturellen Umbrüchen: Wie im 19. Jahrhundert verändert eine technologische Revolution die Produktionsweise und stellt etablierte Strukturen in Frage, verschiebt Machtverhältnisse und stellt damit die soziale Frage neu. Damals ging es um die gesellschaftliche und soziale Einhegung industrieller Kapitalmacht. Heute geht es um die demokratische Einbettung digitaler und algorithmischer Macht, die ihresgleichen in der Wirtschafts- und Technikgeschichte sucht.

Gründungs idee reloaded

Für die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert bedeutet das: Ihre Gründungsidee, wirtschaftliche und strukturelle Macht politisch zu gestalten und gesellschaftlich einzubetten, erhält eine neue Dimension. Die Sozialdemokratie vertrat historisch nie nur eine Idee der Verteilungspolitik innerhalb gegebener Strukturen. Zu ihrem Wesenskern zählte stets auch der Anspruch, Machtasymmetrien auszugleichen und Freiheit durch soziale Sicherung zu ermöglichen. Aus dieser Tradition betrachtet, ist die digitale Transformation kein Nebenthema, sondern Kernherausforderung der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Gerade weil technologische Entwicklungen neue Machtkonzentrationen, Abhängigkeiten und Ungleichheiten erzeugen, wird ihre demokratische Gestaltung selbst zu einer Voraussetzung sozialen Fortschritts und damit zu einer Frage der Freiheit, der Gleichheit und der unbedingten Würde des Menschen. Dazu drei Perspektiven:

1. Politische Ökonomie der Technologie: Von Marx zur digitalen Produktionsmacht

Die politische Ökonomie hat technologische Entwicklung nie als neutralen Fortschrittsprozess verstanden, sondern als Motor gesellschaftlicher Veränderung. Bei Marx bilden die Produktivkräfte die materielle Grundlage sozialer Ordnung, während die Eigentumsverhältnisse darüber entscheiden, wem die erzeugten Werte zufließen. Historisch entstehen Konflikte dort,

wo neue Produktivkräfte entstehen und/oder in alte Eigentumsstrukturen hineinwachsen und diese sprengen. Industrialisierung, Elektrifizierung und Massenproduktion waren deshalb Auseinandersetzungen um Verfügungsmacht und Verteilung.

Der digitalisierte Kapitalismus setzt diese Dynamik fort und verändert sie: Daten, KI-Modelle, Plattformen und Rechenkapazitäten sind die neuen Produktionsmittel, die die Eigentumsfrage neu aufwerfen. Technologischer Fortschritt erscheint damit erneut als Kernfrage politischer Ökonomie nicht nur als Innovation, sondern als Machtfaktor. Von Fabrik und Boden zu Daten, KI-Modellen, Recheninfrastruktur und Plattformzugängen; von physischen Eigentumsstrukturen zu infrastruktureller Kontrolle, von klassischer Ausbeutung am Arbeitsplatz hin zu einer umfassenden Extraktion aus Verhalten, Kommunikation und sozialer Interaktion. Aus Sicht der Sozialdemokratie muss deshalb die Eigentumsfrage erneut gestellt werden: Wem gehören die Produktionsmittel der digitalen Wertschöpfung? Wer entscheidet über ihre Verwendung? Wem kommen die Gewinne zugute?

Arbeit, Wert und soziale Reproduktion

Mit dem Aufkommen neuer Produktionsmittel verändert sich auch das Verhältnis von Arbeit und Wertschöpfung. Wenn Daten, Algorithmen und automatisierte Systeme zentrale Produktivkräfte werden, entsteht Wertschöpfung nicht mehr ausschließlich durch menschliche Erwerbsarbeit. KI- und Robotik-Systeme versprechen erhebliche Produktivitätsgewinne und können den Anteil der klassischen Erwerbsarbeit perspektivisch reduzieren. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft umstritten, da sich Szenarien von massivem Arbeitsplatzabbau bis zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch Produktivitätszuwächse gegenüberstehen.

Eine künftige Ökonomie auf der Basis von KI und insbesondere Robotik, in der Produktivität zunehmend entkoppelt von menschlicher Arbeitszeit entsteht, würde die normative und institutionelle Grundlage sozialer Sicherungssysteme infrage stellen. Damit gerät ein zentrales

Fundament der sozialen Ordnung unter Druck: die Kopplung von Arbeit, Einkommen und sozialer Sicherung.

Die Architektur des Sozialstaats selbst ist betroffen, dessen Finanzierung an lohnbezogene Beiträge gebunden ist. Die politische Herausforderung besteht darin, neue Formen der gesellschaftlichen Rückbindung von Produktivitätsgewinnen und soziale Stabilität zu gewährleisten. Wie lassen sich die Voraussetzungen sozialer Reproduktion – Bildung, Pflege, öffentliche Daseinsvorsorge – sichern, wenn ihre Finanzierung bislang maßgeblich an Erwerbsarbeit gebunden war? Für die Sozialdemokratie stellen sich deshalb nicht nur die Eigentums- und die Verteilungsfrage neu, sondern auch die Frage des demokratischen und sozialen Gefüges: Wie organisiert sich ein Sozialstaat, wenn Wertschöpfung weniger arbeitsintensiv ist?

Brüche, Kontinuitäten und neue Sichtweisen auf die Arbeitswelt

Die KI-induzierte Automatisierung wirkt sich auf verschiedene Sektoren in unterschiedlichen Weisen aus. Im Bereich der standardisierten White-Collar-Arbeit führt die Automations- und KI-Dynamik zu unmittelbaren, teilweise dramatischen Verschiebungen. Routinebasierte Tätigkeiten wie Verwaltungsabläufe, Compliance oder strukturierte Analysen haben ein hohes Substitutionspotenzial durch agentische KI-Systeme. Diese Bereiche erfahren eine Rationalisierung, die der mechanisierten Fabrik des 19. Jahrhunderts ähnelt und tiefgehende Brüche in der Beschäftigungsstruktur möglich erscheinen lässt.

Demgegenüber verfügt die produzierende Industrie wie die Chemie- oder Grundstoffindustrie über eine strukturelle Resilienz gegen eine vollständige Automatisierung. Diese Sektoren haben bereits unterschiedliche Digitalisierungswellen durchlaufen, zuletzt die Industrie 4.0. Die kontinuierliche Anpassung an technologische Umbrüche ist in diesen Sektoren keine Neuheit und wird diese Sektoren nicht in gleichem Maße treffen. Zudem werden im Zeitalter von veränderten Resilienzanforderungen und Lieferkettenrisiken diese Industrien zunehmend als systemrelevant für nationale Versorgungs-

sicherheit definiert, die Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Investitionspolitik haben. Eine Ausnahme stellt die Automobil- und Logistikbranche dar, deren Prozesse einen hohen Standardisierungsgrad aufweisen und einem hohen Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Hier könnte die humanoide Robotik künftig ein entscheidender Faktor werden.

Personennahe Berufe wie z.B. Pflege, Erziehung, therapeutische und medizinische Tätigkeiten wiederum stützen sich auf menschliche Präsenz, Urteilsfähigkeit und emotionale Kompetenz. Sie nutzen zwar technische Assistenzsysteme, unterliegen aber keiner Substitutionslogik im klassischen Sinne. Auch im Bereich des Handwerks bietet KI eher das Potential zur Erweiterung von Fähigkeiten als zur Substitution.

Diese Differenzierungen verdeutlichen die politischen Herausforderungen: Nicht alle Arbeitswelten sind gleichermaßen von KI, Robotik und Automatisierung betroffen. Eine sozialdemokratische Herangehensweise muss zum einen die Debatte eröffnen, welchen Wert wir menschlicher Arbeit zumessen und wie wir diese künftig organisieren wollen. Gleichzeitig sollten andere Formen der Arbeit wie Care- und Familienarbeit sowie Ehrenämter als neue Formen der Arbeit in die Diskussion eingebracht werden.

2. Demokratie und Nicht-Beherrschung

Ein Mensch ist nicht erst in dem Moment unfrei, wenn unmittelbarer Zwang ausgeübt wird, sondern bereits dann, wenn er willkürlicher Macht Dritter ausgeliefert ist. Digitale Infrastrukturen erzeugen zunehmend genau diese Lage: Zugänge und Abhängigkeiten von privaten Regelsetzern, Priorisierung von Informationen durch algorithmische Steuerung, asymmetrische Wissensmacht über Verhalten und Präferenzen. Ein sozialdemokratischer Politikansatz im digitalen Zeitalter muss deshalb über eine Regulierung einzelner Aspekte der Digitalisierung hinausgehen. Er muss materielle und strukturelle Bedingungen der individuellen und kollektiven Freiheit sichern, indem digitale Teilhabe bedingungslos ist und die dazu notwendigen Strukturen dem Gemeinwohl dienen. Demokratie ist nicht nur ein Verfahren der Mehrheitsbildung, sie setzt auch

eine Begrenzung privater Macht über Technologien, Infrastrukturen und Daten voraus.

Eine demokratisch verfasste digitale Ordnung bedarf erstens einer Pluralität von Informationszugängen, damit Öffentlichkeit nicht von wenigen Plattformen oder technischen Gatekeepern strukturiert und verengt wird. Zweitens bedarf es eines wirksamen Schutzes vor infrastruktureller Erpressbarkeit: Staaten, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht in einseitige Abhängigkeiten geraten, die ihre Handlungsfähigkeit durch Kontrolle über Netze, Rechenkapazitäten oder KI-Modelle faktisch einschränken. Drittens erfordert digitale Souveränität Formen kollektiver Kontrolle über zentrale digitale Infrastrukturen, sei es durch Regulierung, öffentliche Beteiligung oder gemeinwohlorientierte Trägerschaften, um sicherzustellen, dass diese Grundlagen gesellschaftlicher Wertschöpfung demokratisch eingebettet und nicht ausschließlich privatwirtschaftlicher Verfügungsmacht unterworfen sind.

Öffentlichkeit und algorithmische Steuerung

Die digitale Öffentlichkeit ist Teil der demokratischen Grundordnung. Dort, wo Kommunikation und künstlich erzeugte Aufmerksamkeit zum Geschäftsmodell werden, hat die deliberative Selbstregierung versagt. Sichtbarkeit und gesellschaftliche Relevanz auf digitalen Plattformen hängen zunehmend von intransparenten Algorithmen ab, die politische und ökonomische Interessen einzelner Personen, Unternehmen und Staaten sowie deren Ideologien verkörpern. Diese algorithmische Vermittlung prägt damit fundamental, welche Narrative und Positionen öffentliche Aufmerksamkeit erhalten – und entzieht sich dabei demokratischer Kontrolle. Eine sozialdemokratische Politik muss sich auf die Tradition demokratischer Öffentlichkeit besinnen und die digitale Öffentlichkeit als Gemeingut denken und organisieren.

3. Sozialer Fortschritt als technologischer Imperativ

Sozialer Fortschritt ist in modernen Gesellschaften immer stärker von technologischer

Entwicklung abhängig. Produktivität, medizinische Versorgung, ökologische Transformation und die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats beruhen zunehmend auf Innovationen in Wissenschaft, Digitalisierung und Industrie. Wer gesellschaftlichen Fortschritt und Deutschland als Wirtschaftsstandort sichern will, muss daher auch technologische Entwicklung ermöglichen und gestalten. Die technologische Dynamik unserer Zeit wird vor allem von den USA und China getragen. Wenn sozialer Fortschritt nicht von außen vorgegeben werden soll, müssen demokratische Gesellschaften technologischen Wandel selbst vorantreiben. Wer die Zukunft sozial gestalten will, darf beim technologischen Fortschritt nicht hinterherlaufen.

Innovation wird damit zu einem zentralen Politikfeld sozialdemokratischer Gestaltung. Denn ohne technologische Dynamik geraten auch soziale Versprechen unter Druck: gute Arbeit, ein leistungsfähiger Sozialstaat, gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Selbstbestimmung. Eine moderne Sozialdemokratie kann sich deshalb nicht auf die Verteilung bestehender Ressourcen beschränken. Sie muss die Bedingungen schaffen, unter denen neuer Wohlstand und neue Handlungsspielräume entstehen. Innovationspolitik ist damit keine Randfrage der Wirtschaftspolitik, sondern eine Voraussetzung sozialen Fortschritts. Sie verbindet Investitionen in Forschung, Infrastruktur und Kompetenzen mit klaren gesellschaftlichen Zielen.

Gegen den falschen Gegensatz

Im politischen Diskurs wird häufig ein falscher Gegensatz konstruiert: hier technikaffiner Fortschritt, dort soziale Sicherung als Bremsfaktor. Sozialdemokratische Politik kann diesen Gegensatz aufheben. Ihr Fortschrittsbegriff ist doppelt: innovativ und zivilisierend. Fortschritt heißt für sie nicht nur mehr können, sondern besser zusammenleben. Gerade weil soziale Ziele – gute Arbeit, Gesundheit, Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Teilhabe – heute zunehmend technologisch vermittelt sind, wird Innovation zur gesellschaftlichen Notwendigkeit. Technik ist dabei Mittel, nicht das Ziel. Entscheidend ist, in welchem gesellschaftlichen Kontext sie entwickelt und eingesetzt wird und welchen Zwecken

sie dient. Ein solcher Ansatz speist sich auch aus einer Tradition linken Denkens, die technologischen Wandel nicht als Bedrohung, sondern als Hebel gesellschaftlicher Emanzipation begreift.

Eine progressive Politik als Gegenentwurf zu den Vorstellungen einer libertären Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung fordert, die Kräfte technologischer Beschleunigung nicht den Märkten zu überlassen, sondern demokratisch anzueignen und bewusst zu lenken. Wer die digitale Transformation bejaht und fördert, kapituliert damit nicht vor ihrem Tempo, sondern beansprucht die Voraussetzungen ihrer Gestaltung. Automatisierung, künstliche Intelligenz und digitale Infrastruktur werden dabei nicht gebremst, sondern gezielt eingesetzt, um Arbeit zu entlasten, Nachhaltigkeit zu fördern, öffentliche Güter zu stärken und gesellschaftliche Teilhabe auszuweiten.

Solidarität als Maß kollektiver Intelligenz

Solidarität in der digitalen Transformation ist keine moralische Zugabe, sondern eine Voraussetzung dafür, dass technischer Fortschritt gesellschaftlich wirksam werden kann. Hochkomplexe Gesellschaften bleiben nur stabil und frei, wenn Risiken kollektiv getragen und Chancen breit verteilt werden. Gerade in Umbruchphasen entscheidet die soziale Infrastruktur darüber, ob technologische Innovation als Bedrohung oder als Fortschritt erlebt wird. Ohne Sicherheit entsteht Ablehnung gegenüber dem Wandel; mit Sicherheit können Menschen neue Möglichkeiten annehmen und gestalten. Sozialdemokratie muss deshalb Innovation und soziale Sicherheit gemeinsam denken. Gesellschaften werden nicht innovativ, weil sie Schutz abbauen. Sie werden innovativ, wenn Menschen den technologischen Wandel ohne Abstiegsangst gestalten können und wissen, dass seine Erträge dem Gemeinwohl zugutekommen.

Das historische Projekt erneuern

Die sozialdemokratische Idee entstand als Antwort auf die sozialen Verwerfungen der Industrialisierung. Heute stehen wir vor einer ähnlich tiefen, vielleicht sogar tieferen Umbruchphase. Liberale und konservative Weltbilder

verschieben sich hin zu libertären und postdemokratischen Gesellschaftsansätzen und machen Künstliche Intelligenz zu Werkzeugen jenseits jeglicher demokratischer Kontrolle. Dabei ist nicht der technische Fortschritt das Problem, sondern seine fehlende gesellschaftliche, soziale und kulturelle Rückbindung. Eine sozialdemokratische Antwort besteht deshalb darin, die Technologien des 21. Jahrhunderts konsequent zu demokratisieren und am Gemeinwohl auszurichten. Wenn die Sozialdemokratie die Eigentums-, Macht- und Würdefragen des digitalen Zeitalters offensiv stellt, kann sie ihr historisches Projekt erneuern:

An erster Stelle muss dabei das Primat der Demokratie über Technikmacht stehen. Technische Systeme dürfen demokratische Verfahren und Institutionen nicht ersetzen, sondern müssen ihnen mit dem ausdrücklichen Ziel ihrer Demokratisierung untergeordnet bleiben. Demokratische Willensbildung ist keine Bremse technologischen Fortschritts, sie ist seine zivili-satorische Bedingung.

Damit verbunden ist das Prinzip der Sozialbindung von Produktivität. Fortschrittsgewinne entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie sind gesellschaftlich getragen durch Infrastrukturen, Bildungssysteme und kollektiv erarbeitetes Wissen. Was gesellschaftlich erzeugt wird, muss gesellschaftlich geteilt werden. Freiheit ist in diesem Rahmen mehr als ein formales Versprechen. Echte Freiheit setzt materielle Bedingungen voraus: soziale Sicherheit, ökonomische Unabhängigkeit, infrastrukturellen Zugang. Ohne diese Grundlagen bleiben Rechte abstrakt und Teilhabe ein Privileg.

Daraus folgt das Leitbild eines solidarischen Fortschritts: Innovation ist dann progressiv, wenn sie Lebensqualität, Teilhabe und demokratische Handlungsfähigkeit nicht nur für wenige, sondern für viele erhöht. Fortschritt, der diese Bedingung nicht erfüllt, ist kein gesellschaftlicher Gewinn, er ist eine Umverteilung von Macht nach oben. ■

Der spw-Orientierungsrahmen in den sozial-demokratischen Strategiedebatten

Gespräch über Entstehung, Funktion und aktuellen Stand

von Uwe Kremer und Christina Schildmann



☞ **Dr. Uwe Kremer**, geboren 1956, Sozialwissenschaftler, Mit-Herausgeber der spw.

Foto: © IAT



☞ **Christina Schildmann** beschäftigt sich als Sozialwissenschaftlerin und Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung intensiv mit Fragen sozialer Sicherung, Transformation und gesellschaftlicher Ungleichheit.

Foto: © Fräulein Fotograf

Die Idee eines politisch-redaktionellen Orientierungsrahmens (OR) der spw – der Zeitschrift und des sich um sie herum gruppierenden Zusammenhangs – entstand 2022/23 und mündete in einer ersten Version, die Anfang 2024 in der spw veröffentlicht wurde. Hintergrund waren die weltweit kulminierenden Krisen wie auch die Fragmentierung und Neuformierung soziopolitischer Kontexte und eine damit verbundene Ratlosigkeit bezüglich der Perspektiven progressiver und „sozialistischer Politik und Wirtschaft“.

Der OR war insofern der Versuch, die Gegenwart zu verstehen – zur eigenen Sortierung, aber natürlich in der Hoffnung, dass sich dies auch als nützlich erweist für konzeptionelle Sortierungsprozesse in der Sozialdemokratie und im gesamten progressiven Spektrum.

Es handelt sich also weniger um ein programmatisches, als um ein sinnstiftendes und diskursives Dokument, offen für beständige Fortschreibungen und Veränderungen. Besonders wichtig: Es stellt einen Rahmen für die Ausgaben unserer Zeitschrift dar, versucht aber auch, Inhalte und Impulse aus den Heften aufzunehmen.

So lag der Frühjahrstagung im März 2026 eine weiter entwickelte Version vor (abrufbar unter www.spw.de). Eine besondere Rolle spielte dabei die Frage nach einem realitätstauglichen Verständnis sozialistischer Wirtschaftsweise. Stark war der Wunsch, dies auszubauen und anhand der großen Bedarfsfelder weiter durchzubuchstabieren und sich dabei auch der Frage nach den gesellschaftsverändernden Akteuren und Allianzen zuzuwenden. Hierzu soll demnächst ein erweiterter - und zur Mitarbeit einladender - OR vorliegen.

Im Gespräch bringen Christina Schildmann und Uwe Kremer den OR und die Grundsatzprogrammdiskussion zusammen.

spw: Vor ca. drei Jahren hat eine Autor:innengruppe der spw einen politisch-redaktionellen Orientierungsrahmen entwickelt, der nun ein erstes Update bekommen hat. Wir möchten gerne mit Euch darüber sprechen, inwieweit er auch Orientierungen für die aktuellen programmatischen Debatten der Sozialdemokratie geben kann.

Uwe Kremer: Gerade weil beide Dokumente recht unterschiedlich angelegt sind, kann der OR zur Programmdebatte beitragen. Bei ihm geht es weniger um eine konkrete reformpolitische Agenda, sondern eher darum, sich einen Reim auf die globalen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu machen und an einem zeitgemäßen Koordinatensystem

für eine gesellschaftsverändernde, progressive und sozialistische Politik zu arbeiten. Es geht um ökonomisch-soziale Funktionslogiken und Entwicklungspfade, um strategische Dispositionen, um die Frage, wie unterschiedliche politisch progressive Ansätze in der Sache und mit Blick auf gesellschaftliche Akteure im Zusammenhang gedacht werden können. Und in dieser Hinsicht kann der OR sicher auch zu einem neuen sozialdemokratischen Grundsatzprogramm beitragen – und zwar inhaltlich wie auch methodisch.

Die Gedankenlinie des OR verläuft – in Steno formuliert – wie folgt: Die Verwerfungen der weltweiten „Polykrise“ gehen mit einer stärkeren Konkurrenz regionalisierter Entwicklungs- und Regulationstypen einher. Europa ist gezwungen, einen eigenständigen Weg zu gehen und hat hierzu auch das Potenzial – anknüpfend an seine demokratischen und sozialstaatlichen Traditionen und ökonomisch und ökologisch in Weiterentwicklung des Green Deals.

Wenn in diesem Zusammenhang von einem europäischen Entwicklungs- und Regulationsmodell gesprochen wird, stellt sich die Frage: Handelt es sich da nur um eine Variante globaler Kapitalismen oder werden dabei (im Sinne einer mixed economy) auch reale oder potenzielle sozialistische Elemente eine mehr oder weniger starke Rolle spielen – also Elemente einer gemeinwohlorientierten Ökonomie und Vergesellschaftung, die auf eine Perspektive jenseits der sicherlich auch im europäischen Modell bis auf Weiteres gegebenen kapitalistischen Dominanz verweisen. Diese Frage wird bejaht – und zwar in der Weise, dass die gesellschaftlichen Infrastrukturen als das hierfür zentrale Terrain angesehen werden.

Der für den OR und das angesprochene Koordinatensystem wesentliche Zusammenhang ergibt sich gewissermaßen aus dem Titel unserer „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“. Es geht um die Wiedergewinnung von sozialistischen Perspektiven und damit um Perspektiven, die den Horizont des Kapitalismus überschreiten. Im Kern geht es dabei

um die Potenziale und Elemente einer sozialistischen, d.h. öffentlich-gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise.

Christina Schildmann: Uwe hat – wie der OR selbst auch – zunächst den Einstieg „von oben“ gewählt, also mit dem großen Blick auf globale Umbrüche und die Perspektiven eines eigenständigen europäischen Entwicklungsmodells.

Nachdem wir aber dann dort angekommen sind, kreist die Gedankenwelt des OR im Grunde genommen um eine zentrale Frage, nämlich: Wie kann ein gemeinwohlorientiertes, realitätstaugliches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell für Deutschland aussehen – unter den aktuellen Vorzeichen von Klimakrise, KI-Boom und demografischem Wandel. Auf genau diese Fragen muss das neue SPD-Grundsatzprogramm eine Antwort geben.

Der Neoliberalismus ist tot, zumindest wird das von vielen Linken triumphierend behauptet. Doch was folgt daraus? Darauf gibt es aus dem progressiven Spektrum gerade keine überzeugende Antwort. Es ist eine Leerstelle entstanden, die seit Jahren mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Deutungsmustern regelrecht vollläuft. Gleichzeitig ist mein Eindruck, dass neoliberale „Gewissheiten“ in vielen Köpfen weiterhin existieren und jederzeit abrufbar sind.

Der Soziologe Philipp Staab diagnostiziert mit Blick auf den Kapitalismus in der Klimakatastrophe eine „tiefgreifende Systemkrise“: Die Aussicht auf Modernisierung erzeuge nicht länger Legitimität; viele Bürger:innen empfinden die Steuerungsversuche des Staates daher als übergriffig, die Wut richte sich teilweise nicht mehr nur gegen die Klimapolitik, sondern gegen die Demokratie selbst. In der Erwerbspersonenbefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung spiegelt sich das in abnehmendem Vertrauen in die Regierung(en) wider.

Das hat Gründe. Erstens, der Versuch, den Kapitalismus grüner zu machen, ist gescheitert. Zweitens, die umfassende Krise der öf-

fentlichen Infrastruktur (Kita, Schulen, Pflege, Bahn) raubt den Bürger:innen jede Veränderungsbereitschaft und befördert den Zerfall der Gesellschaft in lauter um Bestandssicherung kämpfende Individuen und Kleinfamilien. Die neue Utopie, so Philipp Staab, heißt Stillstand.

Eine Sozialdemokratie, die sich damit nicht abfinden will, braucht eine Zielperspektive, die die Gründe dieser Stillstands-Sehnsucht und Veränderungs-Fatigue adressiert. Dazu gehört die Vorstellung von einer neuen, lebenswerteren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Dennis Eversberg und Co-Autor:innen schreiben aus meiner Sicht sehr richtig: „Die Interessengegensätze zwischen Interesse am Öffentlich-Allgemeinen und am Privat-Partikularen werden gerade in der sozialen Mitte oft als ‚kulturelle‘ Differenzen interpretiert und zum Streitgegenstand gemacht – etwa zwischen Stadt und Land, Jung und Alt oder verschiedenen Lebensstilen.“ Gegen diesen Widerspruch sollte die Sozialdemokratie die Idee des Sozialeigentums oder Sozialvermögens setzen.

spw: An dieser Stelle setzt der OR ja einen besonderen Akzent, indem er das Thema Sozialeigentum mit der Infrastrukturökonomie verbindet, was manchmal ja auch als „Infrastruktursozialismus“ bezeichnet wird.

Christina Schildmann: Infrastrukturökonomie und Infrastruktursozialismus sind sperrige Begriffe. Aber was dahintersteckt, ist im Grunde simpel: Es geht um eine radikale Aufwertung des Öffentlichen, der Infrastrukturen des Alltags. Sie sind das, was allen gehört, und was alle brauchen, abgesehen von den Superreichen, die sich „rauskaufen“ können. Es geht also um kostengünstige bis kostenlos nutzbare Infrastruktur, und zwar technische und soziale. Im OR ist von Bedarfsfeldern die Rede.

Aus meiner Sicht geht es hier im Kern darum, kollektive Antworten auf Herausforderungen zu geben, mit denen die Bürger:innen aktuell individuell konfrontiert werden.

Die Bedarfsfelder eröffnen gleichzeitig Bündnisfelder: Auf dem einen Feld geht es um technische (grüne) Infrastruktur: ÖPNV, Fernwärme, mit staatlichen Beteiligungen finanzierte Energienetze, etc. Auf diesem Feld kann das Bündnis mit der Klimabewegung erneuert werden.

Auf dem anderen Feld geht es um soziale Infrastruktur. Hier sind die Bündnispartner Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Beschäftigte in den sozialen Berufen. Die aktuelle starke Deckelung der Ausgaben hetzt potenzielle Bündnispartner aufeinander, zum Beispiel Gewerkschaften gegen Wohlfahrtsverbände als Arbeitgeber.

Also: Die Sozialdemokratie sollte ein großes Bündnis für Sozialeigentum und für gute Infrastrukturen des Alltags anführen.

Wie kommen wir dahin? Uns geht es zunächst einmal darum, den Gedanken an Vergesellschaftung und Gemeineigentum überhaupt wieder in den Köpfen der Menschen und in den gesellschaftlichen Diskursen zu verankern.

„Erforderlich sind vielmehr starke wirtschaftliche Akteure im Besitz bzw. Trägerschaft der öffentlichen Hand, die auf den verschiedensten gesellschaftlichen Bedarfsfeldern – von der Energieversorgung über den Wohnungsbau bis zu Infrastrukturen der Digital- und Datenökonomie – mit eigenem Handeln und in langfristiger Perspektive tätig werden und Maßstäbe setzen können und von der Bevölkerung wie aber auch von anderen privat- und gemeinwirtschaftlichen Akteuren als zuverlässige Partner angesehen und wertgeschätzt werden.“

Weite Teile der gesellschaftlichen Infrastrukturen waren ja schon in öffentlichem oder gemeinwirtschaftlichem Besitz und sind es vielfach immer noch und genießen auch grundsätzlich eine hohe Popularität, die weit über die Anhängerschaft linker Parteien hinausgeht. Es gibt hier eine hohe Anschlussfähigkeit, die auch die Sozialdemokratie für eine offensive Positionierung auf diesem Terrain

nutzen sollte. Wir wollen uns im spw-Kontext jedenfalls mit dieser subjektiven Seite der Vergesellschaftungsthematik noch intensiver beschäftigen, wenn es um die soziale Basis und progressive Allianzen geht.

spw: Wobei es ja durchaus Zweifel gibt, ob die Infrastrukturpolitik gegenüber anderen Ansätzen progressiver Politik nicht unzulässig überhöht wird. Wie erklärt sich dieser besondere Stellenwert der Infrastrukturen im OR?

Uwe Kremer: Wesentlich ist unser Verständnis, dass es sich bei gesellschaftlichen Infrastrukturen nicht etwa um der Wirtschaft vorgelagerte Bereiche handelt, sondern um einen eigenständig relevanten und wachsenden Teil der modernen Ökonomie (auch im Verhältnis zur Industrie...), der wiederum prädestiniert ist für eine gemeinwohlorientierte und öffentlich bestimmte Wirtschaftsweise. In dieser Bedeutung treten die Infrastrukturen gewissermaßen an die Stelle der früher präferierten sogenannten Schlüsselindustrien, auf die sich frühere Vorstellungen einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel bezogen.

Der besondere Stellenwert der Infrastrukturökonomie ergibt sich fundamental aus dem kollektiven Charakter der dort bereitgestellten Güter und Leistungen. Weiterhin wird ihre zentrale Bedeutung für die Stabilität und Reproduktionsfähigkeit wirtschaftlicher und sozialer Systeme in den weltweiten und gesellschaftlichen Entwicklungen immer sichtbarer.

Um es also klar zu sagen: Der Infrastrukturansatz bezeichnet mehr als ein dringend erforderliches Schließen jahrzehntelang aufgestauter Infrastrukturdefizite (die uns – immerhin! – gelehrt haben, dass funktionsfähige Infrastrukturen nichts selbstverständlich Gegebenes sind). Es handelt sich vielmehr um eine Disposition, in der verschiedene politische Gestaltungslinien und Zwecke miteinander strategisch verknüpft werden können.

So sind die Infrastrukturen von strategischer Bedeutung für das gesamtwirtschaftliche

Gelingen der ökologischen Transformation, für eine nachhaltige Umlenkung von privatem Reichtum zu gesellschaftlichen Zwecken, als Beschaffungsmärkte für die Privatwirtschaft und für eine an gesellschaftlichen Missionen orientierte Innovationspolitik und im Übrigen auch für eine Stärkung binnenwirtschaftlicher Zusammenhänge.

spw: Ihr habt vorhin davon gesprochen, dass es dem OR – insbesondere mit seinem Infrastrukturansatz – darum geht, Vergesellschaftungsperspektive und alltags- bzw. realitätstaugliche Politik in den Bedarfsfeldern zu verbinden. Welche Ankerpunkte seht Ihr dafür in konkreten politischen Kontexten?

Christina Schildmann: Von zentraler Bedeutung – insbesondere für ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm – ist da natürlich die Frage, wie sich der Ansatz des OR zur Zukunft des Sozialstaates verhält. Es geht da um eine Art politisches Gestaltungskuster, das in der Logik des OR neben dem Sozialstaat im engeren Sinne auch die sozialwirtschaftlichen Infrastrukturen, also die gesamte Care Economy der personenbezogenen Dienstleistungen mit Kernbereichen wie Kitas und Gesundheitswesen umfasst und Schnittmengen zu angrenzenden Bereichen wie dem ÖPNV und dem Wohnungswesen aufweist.

Im Sinne dieses Gestaltungskusters möchte ich den Gedanken von Uwe ergänzen und verstärken, dass es sich bei gesellschaftlichen Infrastrukturen nicht um der Wirtschaft vorgelagerte Bereiche handelt.

Hier steckt ein Gedanke drin, den Feminist:innen seit Jahrzehnten gegen eine neoliberale Vorstellung von Wirtschaft starkmachen, nämlich dass die Care-Ökonomie die Basis für eine prosperierende Volkswirtschaft ist, und nicht der Ort, wo das mühsam in der Industrie erwirtschaftete Geld „verfrühstückt“ wird.

Das heißt natürlich auch, dass Bereiche der sozialen Infrastruktur (wie Wohnen und Pflege) nicht länger ein Geschäftsmodell für renditesuchende Akteure der Privatwirtschaft sein dürfen.

Dieser Perspektivenwechsel ist wichtig, denn die aktuelle politische Auseinandersetzung ist extrem fixiert auf die angeblich zu hohen Ausgaben des Sozialstaats. Dabei gerät außer Acht, dass eine funktionierende soziale Infrastruktur die nachhaltigste Wirkung auf das alltägliche Leben der großen Bevölkerungsmehrheit hat.

spw: Was bedeutet dies denn mit Blick auf das Thema Vergesellschaftung, das ja gerade im Wohnungsbereich – siehe den Berliner Volksentscheid – besonders akut, aber in der Sozialdemokratie durchaus umstritten ist?

Uwe Kremer: Einerseits gehen da Forderungen nach der Schaffung oder der Stärkung von Landeswohnungsbaugesellschaften sicherlich in die richtige Richtung. Aber ich halte auch und gerade die Berliner Vergesellschaftungsinitiative für wegweisend – in der Sache, aber auch mit Blick auf das, was Christina vorhin gesagt hatte, nämlich das Thema Sozialeigentum wieder populär und zu einem Feld sozialer Bewegung zu machen. Eines möchte ich in diesem Zusammenhang klar sagen: Man kann über diese Initiative bzw. den entsprechenden Vorschlag bezüglich seiner Finanzierbarkeit und Wirksamkeit sicherlich geteilter Meinung sein, aber dass sich die Bundesregierung – also mit Zustimmung der SPD – vorgenommen hat, derartige Initiativen zu untersagen, macht mich fassungslos.

spw: Wenn es im OR um Bedarfsfelder, Vergesellschaftung und Infrastrukturen geht, dann wird auch die Frage demokratischer Gestaltungsfähigkeit thematisiert. Welche Überlegungen sind da für die Grundsatzprogrammdebatte zentral?

Christina Schildmann: Diese Frage lässt sich in der Logik des OR auf mehreren Ebenen beantworten – ich wähle hier mal die kommunale und die europäische.

Kommunal: Hier geht es um die oben erwähnten Infrastrukturen des Alltags. Vor allem in städtischen Bereichen zeigt sich – hier in Deutschland wie auch in vielen anderen Ländern – wie sich progressive Kräfte zuneh-

mend in dieser Richtung in praktisch gestaltender Politik aufstellen – also das Leben mit Hilfe gesellschaftlicher Infrastrukturen nachhaltig verbessern, soziale und ökologische Anliegen miteinander verbinden und sich dabei auf die Kräfte der lokalen Gesellschaft und sozialökologische Allianzen stützen. Dies passiert in großen Metropolen (wie New York und Kopenhagen), aber auch in kleineren Städten (wie Graz und Hamm).

Mit Blick auf die europäische Ebene möchte ich exemplarisch das Thema der digitalen Souveränität hervorheben. Die Klage über Internetgiganten mit zu viel Macht ist nicht ganz neu, hat aber nach der antidemokratischen Wende, die Konzerne wie X oder Meta nach der Wiederwahl von Donald Trump gemacht haben, eine neue Dimension erreicht. Digitale Dienste sind Infrastrukturen des Alltags – wie Straßen, Brücken und Stromleitungen, und sie sind gleichzeitig Infrastrukturen der Demokratie. Es gibt inzwischen mehrere Initiativen, die einen Beitrag zur Befreiung von zentralen Funktionen unseres Lebens aus der Geiselhaft durch die Tech-Bros leisten, wie ZenDiS, der Sovereign Cloud Stack und die Open-Source-Strategie des Landes Schleswig-Holstein.

„Funktionsfähige Infrastrukturen sind die wesentlichen Bedingungen, um die Herausforderungen in Bezug auf Transformation und Resilienz bewältigen zu können – und zwar im globalen Maßstab wie auch mit Blick auf die alltäglichen Lebensverhältnisse. M.a.W.: Wir sind in eine Zeit eingetreten, in der es um die umfassende (Wieder)Erlangung öffentlicher Souveränität über die infrastrukturellen Bedingungen des Stoffwechsels, des Wirtschaftens und des sozialen Lebens geht – international, national und lokal.“

Dies bildet den Ausgangspunkt jeder zeitgemäßen, insbesondere aber einer progressiven und sozialistischen Politik, die in allen gesellschaftlich relevanten Bedarfsfeldern gemeinwohlorientierte Zielsetzungen und eine entsprechende Ausrichtung von Investitionen, Netzwerken und Märkten realisieren will.

Uwe Kremer: Das sehe ich auch so. Die Gewährleistung oder Wiedererlangung nationaler und v.a. europäischer Souveränität und die dafür erforderliche Beherrschung von technisch-logistischen Infrastrukturen gehören unbedingt dazu. Grob unterteilen könnte man dies in zwei Gestaltungscluster:

Das eine umfasst die ökologisch relevanten Versorgungsinfrastrukturen. Auch aus aktuellem Anlass möchte ich da auf die Wasserwirtschaft verweisen, wo wir wie bei der Energiewirtschaft auch auf eine Verknüpfung von transeuropäischen Netzen und regionalisierten Selbstversorgungsstrukturen angewiesen sein werden – in einem Ausmaß, von dem man über Expert:innenkreise hinaus bislang noch wenig Vorstellung gemacht hat. Hier geht es dann tatsächlich um innereuropäische und auch darüber hinausgehende Solidarität.

Das andere Cluster umfasst die Digital- und Datenökonomie und die Beherrschung der entsprechenden Infrastrukturen bzw. den Aufbau europäischer Infrastrukturen (Internet, Datenbanken, Rechenzentren, Satellitensysteme...) – mit Aspekten, die die ökologische Infrastruktur (Energie- und Wasserwirtschaft: s. Rechenzentren), die militärischen und zivilen Sicherheitsinfrastrukturen, die Informations- und Wissensökonomie bis hin zur demokratischen Kultur betreffen. Es handelt sich um ein Infrastrukturfeld, auf dem Beherrschungsansprüche insbesondere von US-HighTech-Unternehmen von zentraler Bedeutung sind.

spw: Wenn die SPD ein neues Grundsatzprogramm erarbeitet, dann muss sie dies ja auch im Abgleich mit der aktuellen Regierungspolitik wie auch den soziopolitischen Kräfteverhältnissen und Konstellationen tun und dazu auch das eigene Selbstverständnis klären. Wie ist da der OR ausgelegt?

Uwe Kremer: Was die Regierungspolitik angeht: Dazu müssen wir die noch kurze Geschichte des OR Revue passieren lassen. Die erste 2023 – und gewissermaßen zur Hochzeit der Ampelkoalition – ausgearbeitete Version enthielt noch ein abschließendes Kapitel mit der Überschrift „Vom Krisenmanagement zu

progressiven Strukturreformen“. Darin betonten wir bei aller Skepsis gegenüber der damaligen Ampelkoalition, dass es für progressive Kräfte und Perspektiven durchaus Anknüpfungs- und Bezugspunkte gebe. In der zweiten Version vom März 2026 findet sich aber kein vergleichbares Kapitel mehr, weil wir uns noch zu unsicher bezüglich der zu treffenden Aussagen waren.

Mittlerweile ist aber klar, dass wir uns heute in einer gänzlich anderen Situation befinden (übrigens auch gegenüber der Merkel-Ära). Die Regierungspolitik ist mittlerweile überwiegend reaktionär ausgerichtet und die SPD befindet sich darin in einem Zustand politisch-moralischer Selbstaufgabe. Es besteht umso mehr die Notwendigkeit einer fundamentalen Neuaufstellung progressiver Kräfte. Und hierbei ist auch klar, dass es dabei um progressive Allianzen geht, in denen keine Kraft – auch nicht die SPD – eine dominante Rolle beanspruchen kann.

Dabei bleibt der schon früher formulierte Ansatz „progressiver Strukturreformen“ von strategisch zentraler Bedeutung – und zwar als Verbindungsstück zwischen alltäglichem „Häuserkampf“ und Vergesellschaftungsperspektive.

„Dabei unterscheiden wir zwischen Maßnahmen, die kurzfristig wirksam sein mögen, aber lediglich als Modifikationen im Grundsatz vorhandener Mechanismen dienen (z.B. ein Mietendeckel), und progressiven Strukturreformen, die auf einen grundlegenden Umbau von Strukturen, Institutionen und Mechanismen orientiert sind (z.B. eine kommunale Bodenreform und die Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen). Neben Fragen des Eigentums und der Trägerschaften gehören auch systematische Aspekte der öffentlichen Infrastrukturfinanzierung, funktionsfähiger Partnerschaften von privater und öffentlicher Wirtschaft und der Mitwirkung von Nutzer:innen, Beschäftigten und NGOs.“

Christina Schildmann: Was die soziopolitischen Konstellationen angeht: Hier hat die

SPD heute nicht viel mehr zu bieten als das pauschale Bild von der „hart arbeitenden Mitte, die früh aufsteht“ usw. Sie denkt nicht mehr in sozialen Bündnissen und Brückenschlägen und ist immer weniger Bezugspunkt für progressive Bewegungen, Institutionen und Aktivmilieus. Aus meiner Sicht könnte das Thema „Sozialeigentum“ ein guter Anker sein, um sowohl Intellektuelle bzw. Wissenschaftler:innen als auch soziale Bewegungen und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen in ein Gespräch über ein neues Grundsatzprogramm zu verwickeln.

Hier gibt es nach wie vor ein sehr breites mehr oder weniger progressives, allerdings auch sehr diverses Spektrum von Multiplikatoren, die die SPD in seiner ganzen Breite nachhaltig frustriert hat. Aber genau dieses Spektrum sollte ein Grundsatzprogramm zuvörderst adressieren!

So zählen für das progressive Lager durchaus ermutigende Entwicklungen, namentlich mit Blick auf Frauen und die nachwachsende Generation, aber auch auf städtische Milieus,

gewerkschaftlich neu organisierte und beruflich aufgestiegene Klassenfraktionen (insbesondere bei soziokulturellen Dienstleistungen) kaum noch oder gar nicht mehr auf die SPD ein.

Uwe Kremer: Gerade in der heutigen politischen Situation ist es aber wichtig, sich der soziopolitischen Potenziale progressiver Politik zu vergewissern und zu schauen, wo es progressive Kernbereiche gibt, wo es hoffnungsvolle, aktivierungs- und anschlussfähige Entwicklungen in den gesellschaftlichen Basisstrukturen gibt und sodann – insbesondere in den gesellschaftlichen Bedarfsfeldern – Brückenschläge und Allianzen möglich sind. Progressive Politik gestaltet selbst ihre Basis mit! Dieser soziopolitische Blick ist ein konstitutives Element des OR. Und mit dieser Perspektive wollen wir uns in nächster Zeit intensiver beschäftigen.

spw: Vielen Dank! ■

Die Fragen für die spw stellte Thilo Scholle

Interesse an mehr?

Erkunde die neue spw-Website. Online
Specials, das frei verfügbare Heftarchiv
und weitere Inhalte hier entdecken:



Bleib auf dem Laufenden!
Hier beim Newsletter anmelden:



„Wir müssen aufhören mit diesem Narrativismus!“

Gespräch mit Konstantin Vössing über Grundsatzprogramme und wertebasierte Kommunikation



➔ Konstantin Vössing ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und lehrt an der City St. George's, University of London.

Foto: © WZB Kathrin Kliss

spw: Wir wollen über das neue Grundsatzprogramm der SPD sprechen. Da drängt sich zunächst die Frage nach dem Sinn eines solchen Prozesses auf. Braucht die SPD ein neues Grundsatzprogramm?

Vössing: Wichtig ist vor allem der Prozess. Die SPD sollte ihn dazu nutzen, sich Klarheit darüber zu verschaffen, wie sich die Welt verändert hat und was für die Sozialdemokratie daraus folgt. Sie sollte vor allem mit Menschen außerhalb der Partei in Kontakt treten und genau darüber diskutieren. Das ist auf jeden Fall nötig, ob mit oder ohne Grundsatzprogramm.

spw: Ich verstehe diese Forderung. Aber ich möchte auch über das Textformat Grundsatzprogramm sprechen. Das letzte Grundsatzprogramm, das wirklich breit rezipiert wurde, war das Programm von Bad Godesberg von 1959. Danach kannten wahrscheinlich nur noch Eingeweihte die folgenden Grundsatzprogramme.

Vössing: Das stimmt. Aber man sollte das Berliner Programm von 1989 und das aktuelle Hamburger Programm von 2007 nicht über einen Kamm scheren. Die SPD hatte einen langen Diskussions- und Analyseprozess hinter sich, als sie das Berliner Programm verabschiedete. Man diskutierte – auch mit externen Sachverständigen – intensiv über die Frage, wie man Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnen kann. Heraus kam ein

Paradigmenwechsel zur Programmatik der SPD der 60er und 70er Jahre, in der Wachstum und technischer Fortschritt im Vordergrund standen, ohne die planetaren Folgen des Wirtschaftswachstums zu bedenken. Als das Programm fertig war, fiel der Eiserne Vorhang und viele Voraussetzungen hatten sich geändert, das Programm war in Teilen überholt. Das war – natürlich nur aus Sicht des Programmprozesses – einfach Pech. Das Hamburger Programm war schon deutlich mehr als interner Prozess angelegt. Es war ein gutes und notwendiges Programm, aber weniger ambitioniert und weniger beteiligungsorientiert als das Berliner und das Godesberger Programm. Vor allem wurde die vorwiegend interne Diskussion außerhalb der Partei schon deutlich weniger wahrgenommen. Man muss eine solche Diskussion natürlich auch öffentlich inszenieren. Es geht nicht nur darum, dass Menschen konkreten inhaltlichen Punkten zustimmen, sondern auch um die Botschaft: Da ist eine Partei, die verstanden hat, wie sich die Welt verändert hat, und der man zutraut, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Aktuell merke ich von einer solchen Ambition noch nichts, hoffentlich kommt das noch.

spw: War das Godesberger Programm vielleicht auch deshalb so wirkmächtig, weil es nicht wirklich Neues geschaffen, sondern die bereits bestehende reformistische Praxis auf den Punkt gebracht hat?

Vössing: Das stimmt sicher, die reformistische Praxis gab es ja schon länger, sie geht schon auf das 19. Jahrhundert zurück. Mit dem Programm wurde diese Praxis dann durch Parteitagsbeschluss sanktioniert und intellektuell gestützt. Es wurde nach innen und außen deutlich, dass die SPD ihren Charakter geändert hatte, dass sie von der marxistischen Klassenpartei zur Sozialkompromisspartei und damit zur Volkspartei geworden war. Gleichzeitig gab es im Vorfeld des Programmbeschlusses eine lebendige innerparteiliche

Debatte, die auch außerhalb der SPD wahrgenommen wurde. Es gab Gegenentwürfe zu dem Programmentwurf von Willi Eichler von klugen Denkern wie Wolfgang Abendroth und Peter von Oertzen. Diese Debatten haben viele Menschen in ihren Bann gezogen. Die SPD wurde zu einem spannenden Ort für Leute, die sich politisch engagieren wollten.

spw: Du hast betont, dass die SPD eine programmatische Erneuerung braucht und dafür eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage stattfinden muss, wie sich die Welt verändert hat. Ich möchte Dir dazu eine vielleicht provokante Frage stellen: Du bist Fachmann für politische Kommunikation. Haben die Probleme der SPD vielleicht auch damit zu tun, dass wir zu viel über Kommunikation sprechen, anstatt darüber zu reden, welche Politik in der Sache erkämpft werden muss?

Vössing: Du wirst überrascht sein: Ich stimme Dir vollkommen zu. Und ich will das sogar noch mal zuspitzen: Wir müssen weg von diesem Narrativismus. Das ist die Vorstellung, dass unser Programm und unsere Politik eigentlich super sind und es nur nicht gelingt, das richtig zu vermitteln. Die Lösung ist dann, dass wir nur die richtige Geschichte erzählen müssen, anstatt uns programmatisch und organisatorisch zu verändern. Ich halte diese Einstellung für ein Grundübel. Natürlich hat die SPD auch ein Kommunikationsproblem, aber sie hat vor allem ein inhaltliches Problem – und damit hängt das Kommunikationsproblem zusammen. Argumente funktionieren nur, wenn sie auf einer substanziellen und langfristig angelegten Interaktion mit Wählerinnen und Wählern beruhen und dabei die gesellschaftlichen Veränderungen aufgreifen, die wir alle erfahren. Eine Geschichte lässt sich schnell erzählen, aber gute Argumente brauchen eine programmatische und analytische Grundlage.

spw: Bei diesem Befund drängt sich natürlich die Anschlussfrage auf. Was muss die SPD tun, um wieder programmatisch und analytisch auf die Höhe der Zeit zu kommen?

Vössing: Das ist eine große Frage. Ich will es einmal so versuchen. Ich glaube, die SPD ist

bei der Entwicklung ihrer Programmatik und ihrer konkreten Politik paradoxerweise gleichzeitig zu offensiv und zu defensiv.

Sie ist zu offensiv, wenn sie glaubt, auf Basis von ein paar Umfragen oder Fokus-Gruppen schon zu wissen, welche Politik die Leute wollen und wie man sie ansprechen kann. Wenn dann eine Umfrage meinetwegen herausbringt, dass sich junge Leute von der SPD nicht mehr angesprochen fühlen, dann drückt man halt ein paar Plakate mit Themen und Motiven, die nach den Erkenntnissen der Demoskopie junge Leute ansprechen. Und schon ist das Problem gelöst. Statt eine langfristige Interaktion mit den Wählerinnen und Wählern anzustreben und wirklich zuzuhören, vertraut man auf die letzte Umfrage.

spw: Du hast Deinen Gedanken noch nicht ganz ausgeführt, aber ich will bei der Forderung nach dem „Zuhören“ einmal einhaken. Es gibt ja keinen Wahlkampf einer SPD-Gliederung, bei dem nicht irgendwie Beteiligung eine Rolle spielt: Im Kommunalwahlkampf drucken wir Karten mit Fragen wie: „Was ist Deine Idee für Vordertupfingen?“. Man wird aber den Eindruck nicht los, dass Beteiligung da eher simuliert wird. Gar nicht aus böser Absicht; es ist ja auch schwer, die ganz unterschiedlichen Eingaben angemessen zu verarbeiten.

Vössing: Ja, ich glaube, das hat mit meinem zweiten Punkt zu tun. Die SPD ist zu defensiv, weil sie zu wenig an ihre eigenen Werte glaubt. Zuhören wird wahllos, wenn gar nicht mehr klar ist, mit welcher eigenen Haltung man mit den Wählerinnen und Wählern in Kontakt tritt. Dann wird halt Beteiligung gemacht, weil das irgendwie dazu gehört. Und dabei versucht man dann, es allen recht zu machen, aber das eigene Profil verschwindet. Die SPD muss erstens wissen und zweitens klar sagen, wofür eine sozialdemokratische Partei steht – und wofür nicht. Für mich gehört programmatisches Selbstbewusstsein und Zuhören zusammen, in dem Sinne, dass man zur Kenntnis nimmt, was sich verändert und welche Anforderungen Menschen angesichts dieser Veränderungen an die Politik haben. Welche Impul-

se man aber aufgreift, wird durch die eigenen Werte bestimmt.

spw: Damit sind wir bei dem Konzept einer „Wertepartei“, das Du auch schon hier in spw gemeinsam mit Sebastian Jobelius vorgestellt hast. Was ist das Neue an diesem Konzept? Werte hatte die Sozialdemokratie doch schon immer.

Vössing: Die Wurzeln der SPD sind die einer Klassenpartei. Das hat schon damals entgegen der Hoffnung der sozialistischen Vordenker nicht dazu geführt, dass die SPD jemals bei einer nationalen Wahl in Deutschland die absolute Mehrheit erzielt hätte. Denn schon damals war die Wahrheit komplexer, als es die marxistische Beschreibung des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie suggeriert hat. Mit dem Godesberger Programm ist die SPD dann zur Sozialkompromiss-Partei geworden, bei der allerdings immer noch die Interessen von Gruppen und dann später die Verteidigung von Institutionen und Errungenschaften im Vordergrund stehen. Diese Sicht auf die SPD veranlasste Lord Dahrendorf, vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters zu sprechen. Er verstand das als einen Punkt in der Geschichte, an dem der Wohlfahrtsstaat erreicht war und die Sozialdemokratie nur noch dazu da war, ihn zu verteidigen. Die SPD hat sich diese defensive Haltung leider zu eigen gemacht. In einer Zeit des rasanten Wandels werden dadurch die Debatte, das programmatische Angebot der Partei und die Kommunikation unbotmäßig verengt. Nicht mehr wandelbare Institutionen und vorherige Errungenschaften, sondern Werte müssen der normative Bezugspunkt für unser politisches Handeln sein.

spw: Mich erinnert das an die Haltung von Eduard Bernstein. Er hat mit seinem Satz „Die Bewegung ist alles, das Endziel ist nichts“ sagen wollen, dass der Leitstern des Sozialismus nicht ein konkretes Geschehen oder konkrete Institutionen, sondern das Ideal des Sozialismus ist.

Vössing: Ich habe so noch nicht darüber nachgedacht, aber die eher prozessorientier-

te Konzeption Bernsteins könnte tatsächlich Ähnlichkeiten mit unserem Ansatz haben.

spw: Ich frage mich, ob bei Eurem Konzept nicht das antagonistische oder das politische Moment verloren geht, das es bei der Klassenpartei und – mit Einschränkungen – bei der Klassenkompromisspartei noch gab. Ich meine die Vorstellung, dass wir uns zwar auf Basis universeller Werte dennoch für bestimmte Leute einsetzen.

Vössing: Wenn das nicht als gruppenspezifische Festlegung zu verstehen ist, sehe ich keinen Widerspruch zu unserem Ansatz. Wenn die SPD auf Basis einer Analyse in Verbindung mit ihren Werten zum Ergebnis kommt, dass etwa die Löhne steigen müssen, dann sollte die Partei das natürlich auch klar kommunizieren. Und dabei muss auch zur Sprache kommen, wer mehr und wer weniger davon profitiert. Dennoch geht es nicht um einen Konflikt gesellschaftlicher Großgruppen, der auf Dauer gestellt ist, sondern es geht um situative Konsequenzen von Politik, die sich nicht auf die Loyalität zu einer Gruppe, sondern auf Werte zurückführen lassen.

spw: Ich stimme Dir ja zu, dass es nicht zielführend ist, die marxistische Phraseologie einfach unverändert auf das 21. Jahrhundert zu übertragen, da sie womöglich schon zur Zeit ihrer Entstehung unterkomplex war. Dennoch scheint mir der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, also denen, die von ihrer Arbeit leben und denen, die von der Arbeit anderer leben, immer noch einen hohen Erklärungswert zu haben. Das gilt auch dann, wenn die Arbeiterin ein kleines Aktiendepot von ihren Eltern geerbt hat. Und natürlich ist das nicht im Sinne eines Nullsummenspiels gemeint, nach dem der Gewinn des Einen notwendig der Verlust des Anderen ist.

Vössing: Das Verhältnis von Kapital und Arbeit sollte gründlich analysiert werden. Ich glaube nur nicht daran, dass alleine die Beschreibung von wirtschaftlichen Zusammenhängen ausreicht, um Identifikation zu stiften. Erstens, weil sich diese Zusammenhänge nicht holzschnittartig beschreiben lassen, sondern

komplex sind, und deswegen auch von den Betroffenen in dementsprechender Vielfalt wahrgenommen werden; das Aktiendepot in Arbeiterhand ist ja nur ein Beispiel. Zweitens darf man Zusammenhänge nicht nur beschreiben, sondern muss auch erklären, warum bestimmte Entwicklungen problematisch sind. Wer das nicht für nötig hält und nur populistisch den Klassenkampf ausruft, unterschätzt auch die argumentative Kraft der Gegenseite. Das geht nur mit einer wertebasierten Argumentation, zum Beispiel auf Basis unserer Grundwerte. Führt unsere gegenwärtige Wirtschaftsweise zu mehr oder zu weniger Freiheit? Ist eine weitgehend unregulierte KI gerecht? Ist unser aktuelles Gesundheitssystem ausreichend solidarisch?

spw: Dein Ansatz einer Werte-Partei ist sehr rationalistisch. Sind es nicht auch kulturelle Gründe, die Menschen davon abhalten, SPD zu wählen? In den 50er Jahren galt das vielleicht für die katholische Arbeiterin, heute vielleicht für den Azubi, der gerne Gangster-Rap hört.

Vössing: Zunächst schließt ein analytisch rationaler Ansatz Gefühle nicht aus. Wir wollen rational verstehen, welche Rolle Gefühle in der Politik spielen.

Und was die kulturellen Fragen angeht: Natürlich haben die in der gesamten Geschichte der SPD auch immer eine Rolle gespielt. Eine Partei muss die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Wählerinnen und Wähler ernst nehmen und muss zu deren Themen eine Haltung haben, auch wenn sie für die Partei nicht im Vordergrund stehen. Es ist – zu Deinem Beispiel mit dem Gangster Rap – die Bereitschaft wichtig, mit Menschen außerhalb der eigenen Blase auch dann im Gespräch zu bleiben, wenn man in Teilen unterschiedliche Vorstellungen hat. Und wer seine Wählerinnen und Wähler verachtet, sollte nicht darauf hoffen, dass die das nicht merken und die Partei trotzdem wählen. Die mangelnde Fähigkeit, mit Menschen außerhalb der eigenen Blase in echten Kontakt zu kommen, und auch die geringe Analysefähigkeit in der Parteipolitik, haben vielleicht auch mit der Art und Weise zu tun, wie sich

der politische Alltag seit der Nachkriegszeit verändert hat. Berufspolitik ist anspruchsvoller geworden – mehr Termine, mehr Informationen, höhere Ansprüche, größere Sichtbarkeit. Wir können beklagen, dass es keine dieser hybriden Politiker-Intellektuellen mehr gibt und kaum Politiker und Politikerinnen, die zuhören und das Gehörte dann produktiv für die Parteiprogrammatik verarbeiten. Aber dafür gibt es in der Berufspolitik fast gar keinen Raum mehr. Und deswegen müssen wir Zuhören und Analyse anders organisieren und idealerweise auch den Ablauf des politischen Alltags verändern.

spw: Mir scheint, dass der Respekt-Ansatz der Kampagne von 2021 von Olaf Scholz geeignet war, Brücken über kulturelle Gräben zu bauen.

Vössing: Absolut. Der Charme des Ansatzes war es, sozioökonomische Fragen zum Beispiel über gerechte Löhne oder Arbeitsbedingungen wertebasiert zu kommunizieren und dann mit dem Verweis auf die Kompetenz des Kandidaten ein plausibles Argument zu haben, dass all das von der SPD auch umgesetzt werden kann. Darauf kann die Partei eigentlich aufbauen.

spw: Lieber Konstantin, ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch. ■

Die Fragen für die spw stellte Folke große Deters

Von Vanilleeis und einem linken „Wir“ – Was die SPD aus internationalen Erneuerungsversuchen lernen kann

von Nina Netzer und Catrina Schläger



⇒ **Nina Netzer** ist Referentin für Internationale Soziale Demokratie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

Foto: © FES Kurc



⇒ **Catrina Schläger** leitet das Referat Politische Beratung und Impulse der Friedrich-Ebert-Stiftung und war zuvor in verschiedenen Funktionen in der internationalen Abteilung der FES tätig.

Foto: © privat

Die Autorinnen identifizieren vier verschiedene Muster, nach denen sich die internationale Sozialdemokratie aus der Krise arbeitet. Gemeinsam ist diesen Suchbewegungen das Ziel, wieder unterscheidbar zu werden.

In einer Fokusgruppendifkussion beschrieb ein junger Mann die SPD einmal als Vanilleeis. Das war nicht als Kompliment gemeint. Vanilleeis ist okay. Es passt irgendwie zu allem, stört nicht, ist aber eben auch fad und kaum jemand nennt es mit Leidenschaft seine Lieblingsorte. Genau darin liegt die Härte des Bildes: Es beschreibt keine Partei, für die man zur Eisdiele bzw. Wahlurne läuft, die begeistert oder klare Erwartungen weckt. Es beschreibt eine Partei, die vielen nicht wehtut, zu allem passt – aber auch niemandem mehr zwingend etwas bedeutet.

Die Frage ist, wie die SPD wieder unterscheidbar wird – als linke, demokratische,

internationalistische Partei der Arbeit, die Lösungen für die Alltagsorgen der Menschen bietet, staatliche Handlungsfähigkeit stärkt, ihre Werte mit Überzeugung vertritt und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen wieder zu einem gemeinsamen politischen Projekt verbindet.

Das Problem ist nicht nur ein deutsches. Sozialdemokratische Parteien stehen weltweit unter Druck. Die nationalen Kontexte unterscheiden sich erheblich, doch die Druckpunkte ähneln sich: Verlust traditioneller Wählerbindungen, Erosion etablierter Parteiensysteme, Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte, Vertrauensverlust in politische Institutionen. Hinzu kommt, dass Krisen nicht mehr abstrakt bleiben. Klima, Krieg, Inflation, Energiepreise, Wohnungsnot, Migration, Digitalisierung und geopolitische Umbrüche rücken näher an den Alltag der Menschen heran. Die großen Weltlagen landen am Ende doch im Familienbudget, im Arbeitsleben, in der Kommune, in der Frage, ob der Staat noch funktioniert und ob demokratische Politik überhaupt gestalten kann.

Für die SPD geht es im Grundsatzprogrammprozess daher um mehr als die Aktualisierung programmatischer Beschlüsse. Es geht um tiefere Fragen:

Wofür steht Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert, wenn viele der Voraussetzungen, die sie einst stark gemacht haben – stabile Arbeitsmilieus, starke Gewerkschaften, große Volksparteien, wirtschaftliches Wachstum und ein steuerungsfähiger Nationalstaat – brüchig geworden sind? Wie kann Sozialdemokratie im Verhältnis zu anderen politischen Angeboten wieder klarer erkennbar werden – mit einem eigenen Verständnis von Fortschritt, Gerechtigkeit, Arbeit, Staat und Demokratie? Und welche internationalen Entwicklungen sollte sie für ihren eigenen Erneuerungsprozess im Blick haben?

Keine Blaupause, aber Suchbewegungen

Der Blick nach außen liefert keine einfache Blaupause, aber er zeigt Suchbewegungen. Vier davon sind besonders wichtig: die internationale Debatte um Bezahlbarkeit (*affordability*) und staatliche Handlungsfähigkeit (*deliverism*), die Wiederentdeckung von Pathos statt Pragmatismus – also emotionaler Ansprache und glaubwürdiger Haltung – jenseits bloßer Spiegelstrichpolitik, die Frage, wie Sozialdemokratie wieder Veränderung verkörpern kann (*Disruption*) und schlussendlich, welche Bündnisse es für progressive Mehrheiten braucht.

1. Affordability und Deliverism: Die Eintrittskarte zurück in politische Relevanz

In vielen progressiven Debatten tauchen derzeit zwei Begriffe immer wieder auf: *affordability* und *deliverism*. Beide sind schwer elegant ins Deutsche zu übersetzen, und vielleicht sollte man sie auch gar nicht zu schnell eindeutschen. *Affordability* meint mehr als „Bezahlbarkeit“ im engeren Sinn. Es geht um die Frage, ob Politik glaubwürdig auf steigende Kosten für Wohnen, Energie, Mobilität, Gesundheit, Pflege, Bildung und Lebensmittel antwortet. Im Deutschen schwingt dabei auch eine weitere Dimension mit: nicht nur, ob etwas bezahlbar ist, sondern ob Menschen die materiellen Möglichkeiten erhalten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Deliverism (Ezra Klein) wiederum beschreibt die Erwartung, dass Politik öffentliche Versprechen nicht nur formuliert sondern tatsächlich einlöst. Beide Begriffe markieren eine Rückkehr zu einer einfachen, aber politisch folgenreichen Einsicht: Wer soziale Demokratie erneuern will, muss zeigen, dass Politik die Lebenshaltungskosten senken und staatliche Handlungsfähigkeit wiederherstellen kann. Dabei geht es nicht um kurzfristige Entlastungsmaßnahmen allein. Es geht um die Wiederherstellung politischer Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit.

International lassen sich derzeit unterschiedliche Versuche beobachten, diese Ein-

sicht in Regierungspolitik zu übersetzen: Anthony Albaneses Labor-Regierung in Australien steht für eine breite *cost-of-living*-Agenda: Steuerentlastungen, Energiepreishilfen, höhere Mietzuschüsse für Haushalte mit niedrigen Einkommen, Entlastungen bei Studienkrediten, günstigere Kinderbetreuung und Investitionen in Medicare. Pedro Sánchez' PSOE setzt in Spanien unter anderem auf Entlastungen im öffentlichen Nahverkehr, wohnungspolitische Eingriffe, öffentliche Investitionen und Unterstützung für junge Mieter:innen und Käufer:innen. In Kanada verbindet Mark Carney staatliche Investitionen mit einem Beteiligungsversprechen: Der Canada Strong Fund soll öffentliche Aufbauprojekte nicht nur finanzieren, sondern Bürger:innen an ihren Erträgen beteiligen. Andy Burnhams Greater Manchester zeigt mit dem Bee Network, wie *deliverism* als Rückgewinnung öffentlicher Kontrolle über zentrale Alltagsinfrastruktur funktionieren kann. Und Zohran Mamdani zeigt in New York, wie sich *affordability* politisch zuspitzen lässt: Sein Programm aus kostenloser Kinderbetreuung, günstigeren und schnelleren Bussen, öffentlicher Lebensmittelversorgung und höheren Steuern für große Einkommen und Unternehmen folgt einer einfachen Botschaft: Das Leben der Vielen soll günstiger werden, finanziert von jenen, die vom teuren New York am meisten profitieren.

So unterschiedlich diese Beispiele sind, ihr gemeinsamer Nenner ist entscheidend: Die stärksten internationalen Ansätze verstehen *affordability* nicht als bloße Entlastungspolitik entlang von Einzelmaßnahmen. Es geht nicht nur um Transfers an Einzelne, sondern um systemische Angebote: staatliche Daseinsvorsorge, Eingriffe in Mietmärkte, bezahlbare Mobilität, öffentliche Infrastruktur, Besteuerung von Vermögen. Bei *affordability* darf es also nicht nur um kosmetische Preissenkungen gehen, sondern darum systematisch in das Verhältnis von Markt und Staat einzugreifen. Genau hier berühren sich *affordability* und *deliverism*: sozialdemokratische Politik macht das Leben bezahlbarer und beweist zugleich, dass demokratische Institutionen handlungsfähig sind.

Doch beide Begriffe markieren eher die Eintrittskarte zurück in politische Relevanz als ein vollständiges sozialdemokratisches Projekt. Bezahlbarkeit und Handlungsfähigkeit ersetzen keine Erzählung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ein funktionierender Staat ist noch keine Vision. Entscheidend ist deshalb, *deliverism* nicht als Dienstleistungsversprechen misszuverstehen, das Bürger:innen zu Konsument:innen politischer Wohltaten reduziert, sondern mit einem gemeinsamen Projekt zu verbinden, hinter dem sich Menschen versammeln können. Gleichzeitig zeigt das Beispiel Joe Biden in den USA, dass staatliches Liefern allein nicht reicht. Die Biden-Administration hat mit dem Inflation Reduction Act ein großes industrie- und klimapolitisches Investitionsprogramm auf den Weg gebracht; politisch aber blieb bei vielen Menschen das Gefühl: *I can't feel it*. Objektives Liefern und subjektives Erleben fallen nicht automatisch zusammen. Zwischen Investitionsprogramm und Alltagserfahrung liegt politische Vermittlung. Sozialdemokratie darf diese Übersetzungsleistung nicht unterschätzen.

Für ein SPD-Grundsatzprogramm folgt daraus: *affordability* und *deliverism* dürfen nicht als technokratische Detailfragen verhandelt werden. Sie entscheiden mit darüber, ob Menschen Demokratie wieder als handlungsfähig erleben – und ob größere sozialdemokratische Zukunftserzählungen überhaupt glaubwürdig werden.

2. Mehr Pathos, weniger Pragmatismus und ein linkes „Wir“

Wenn rechte Parteien erfolgreich sind, dann unter anderem deshalb, weil sie durch negative Emotionen mobilisieren: Wut, Kränkung, Verlustangst, Abgrenzung. Politische Parteien aus dem linken wie rechten Spektrum antworten darauf häufig entweder mit technokratischen Politikformeln und pragmatischen Lösungskatalogen oder ahmen den Sound der Rechten nach. Doch dies funktioniert erwießenermaßen nicht (u.a. Mudde, Lewandoswky), sondern zahlt auf das rechtspopulistische Original ein. So treten sie rechtspopulistischen Parteien häufig sprachlos, verunsichert und mutlos gegenüber.

Der Blick nach Spanien zeigt eine andere Tonlage. Pedro Sánchez hat bei der Global Progressive Mobilisation in Barcelona mit mehreren tausend Teilnehmenden einen offensiven Ton gewählt: progressive Politik müsse wieder mit Stolz für Demokratie, Gleichheit und Fortschritt eintreten. Für viele Jahre hätten radikal rechte Parteien unsere Identität in Beleidigungen verwandelt, so dass Sozialdemokrat:innen häufig die Fähigkeit verloren haben, ihre eigenen Werte mit moralischer Klarheit und Stolz zu vertreten. Ein anderes Beispiel ist Elly Schlein der Partito Democratico (PD) in Italien. Sie zeigt, wie eine sozialdemokratische Partei aus der Opposition heraus versucht, wieder eine erkennbare linke Sprache zu finden. Schlein dreht die Feindbildlogik der Rechten um: Nicht Migrant:innen, Frauen oder LGBTQ+-Personen seien das Problem – „der große Gegner ist die Ungleichheit“. So verbindet sie soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, Würde der Arbeit, Kampf gegen Prekarität und gleiche Rechte nicht als getrennte Spiegelstriche, sondern als gemeinsames politisches Projekt. Und Anthony Albanese zeigt in Australien noch eine andere Variante: progressiver Patriotismus als Versuch, Zugehörigkeit und Identität nicht der Rechten zu überlassen. Sein „Australian way“ verbindet nationale Selbstbeschreibung mit öffentlichen Institutionen, Multikulturalität und sozialem Zusammenhalt – also mit einem positiven demokratischen „Wir“, nicht mit Abgrenzung nach unten oder außen. Eine vierte Variante zeigte das Parteienbündnis Frente Amplio in Uruguay. Mit „El Frente Amplio te escucha“ (Die Frente Amplio hört Dir zu) organisierte das Bündnis nach der Wahlniederlage 2019 einen landesweiten Zuhörprozess – in Städten und ländlichen Räumen, bei Treffen mit Nachbarschaftsorganisationen, Gewerkschaften, Unternehmen und Bürger:innen vor Ort. Die Botschaft war schlicht: Die Partei hört dir zu. Auch das ist Pathos: nicht als große Rede, sondern als politische Geste der Anerkennung.

Die Beispiele verdeutlichen, dass es darum geht, in einer „*post politics*-Welt“ (Mouffe und Zizek) Politik wieder als ideologische Auseinandersetzung zu verstehen und Werte

nicht in Verwaltungssprache zu verstecken. Wenn Rechtsextreme, Milliardäre, Antifeminist:innen oder autoritäre Bewegungen Demokratie, Gleichstellung, soziale Rechte und öffentliche Güter angreifen, muss sich nicht die Sozialdemokratie für ihre Werte rechtfertigen. Rechtfertigen müssen sich aber jene, die Ungleichheit normalisieren, Menschenrechte relativieren und demokratische Institutionen aushöhlen. Die Angriffe auf eine offene Gesellschaft sind keine Nebenschauplätze, sondern Teil eines libertären, politischen Projekts gegen liberale Demokratie, soziale Rechte und pluralistische Gesellschaften.

In der ideologischen Auseinandersetzung kann die SPD ihr linkes Profil schärfen und politische Identität stiften. Dabei muss sie anerkennen, dass es die Arbeiter:innenklasse im herkömmlichen Sinn nicht mehr gibt. Im Vergleich zum 20. Jahrhundert ist diese heute weiblicher und migrantischer und trägt nur noch selten einen Blumann zur Arbeit. Aber diese Menschen eint nach wie vor, dass sie für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen. Als Partei der Arbeit muss die Sozialdemokratie ihren ideologischen Kern daher entlang der Konfliktlinie von Arbeit und Kapital bewahren. In der politischen Debatte bedeutet dies, klare Positionen für diejenigen zu ergreifen, die soziale Ungleichheit besonders trifft. Und das im Brustton der Überzeugung eines Jürgen Klopfs, der mit Leichtigkeit sagt „Selbstverständlich bin ich links“.

Damit aber nicht genug. Denn rechte Parteien haben längst verstanden, dass Politik nicht nur aus Positionen besteht, sondern auch aus Identität und Zugehörigkeit. Für die Wähler:innen rechter Parteien ist „rechts sein“ mittlerweile eine bewusste Selbstbeschreibung, die zudem Gemeinschaft verspricht. Und das verweist auf eine Leerstelle der Sozialdemokratie: ihr fällt es zunehmend schwer, sich selbst als links zu verstehen – nicht zuletzt aus Sorge, sich in Kulturkämpfen zu verlieren, die von Polarisierungsunternehmern (Mau) angeheizt werden. Das Gegenteil wäre der Fall – es braucht ein sozialdemokratisches Angebot eines „linken Wir“, das mit Stolz für eine solidarische und vielfältige Gemeinschaft als

Quelle von Würde, Zugehörigkeit und Zusammenhalt eintritt.

3. Disruption ohne Kettensäge: Veränderung muss strukturell werden

Ein dritter internationaler Lernstrang betrifft den Wunsch nach Disruption. In vielen Gesellschaften gibt es eine starke Sehnsucht nach radikaler Veränderung oder gar Zerstörungslust (Amlinger und Nachtwey). Rechte und autoritäre Akteure nutzen sie, indem sie wie Trump behaupten „*the system is rigged*“ und versprechen, das System zu zerschlagen. Javier Mileis „Kettensäge“, mit der er in Argentinien dem Staat den Kampf angesagt hat, ist dafür nur das sichtbarste Symbol. Sozialdemokrat:innen können und sollten diese Zerstörungslogik nicht übernehmen, schließlich geht es häufig um den Rückbau sozialdemokratischer Errungenschaften – wie Schutz von Minderheiten, Sozialleistungen oder Umweltschutz. Aber in einer Welt, die vor tiefgreifenden Veränderungen steht und sich im steten Wandel befindet, sollten sie nicht als angestaubte Verteidiger des Status quo auftreten. Sozialdemokratische Disruption muss anders aussehen.

Internationale Beispiele zeigen unterschiedliche Varianten. Der neue britische Premierminister Andy Burnham steht in Großbritannien für eine Labour-Politik, die regionale Handlungsfähigkeit und öffentliche Kontrolle über zentrale staatliche Leistungen in den Vordergrund rückt. Dezentralisierung, öffentlicher Verkehr, kommunale und regionale Steuerungsfähigkeit, staatliche Präsenz in konkreten Lebensbereichen. Seine Popularität liegt aber nicht nur in einzelnen Maßnahmen. Burnham verkörpert auch einen Bruch mit der Londoner Westminster-Politik: nordenglische Verwurzelung, erkennbare Nähe zu Arbeiter:innen, die Verteidigung regionaler Interessen gegen die Zentralregierung und ein politischer Stil, der auf praktische Verbesserungen zielt. Andreas Babler wiederum verkörperte in Österreich zumindest zeitweise das Versprechen, eine etablierte sozialdemokratische Partei wieder stärker von links, von der Basis und von ihrem gesellschaftlichen Auftrag her

zu erneuern. Seine Kampagne zeigte, dass auch in alten Parteiapparaten eine Sehnsucht nach Bruch, Beteiligung und klarerer politischer Sprache existiert. Auch Pedro Sanchez schwimmt mit seiner Politik der Legalisierung von über 500.000 Migrant:innen gegen den Strom. Flankiert wird diese Politik mit einem 500 Millionen Euro Programm für Ausbildung, Sprache und Wohnraum. Mamdani zeigt eine weitere Variante: eine junge, urbane, demokratisch-sozialistische Politik, die radikale Forderungen mit konkreten Fragen von Miete, Mobilität, Kinderbetreuung und Lebenshaltungskosten verbindet. Seine Stärke liegt nicht darin, dass jede Forderung problemlos umsetzbar wäre. Seine Stärke liegt darin, dass Politik wieder als Entscheidung über Verteilung, öffentliche Güter und Lebensrealität sichtbar wird.

Auch sozialdemokratische Parteien können die Sehnsucht nach Disruption aufgreifen. Doch auch hier gilt: Ein Bruchsignal trägt nur, wenn daraus mehr wird als ein Stil. Die Frage ist, ob neue Figuren Strukturen verändern, Machtverhältnisse verschieben und programmatische Klarheit schaffen. Für die SPD heißt das: Erneuerung darf nicht allein auf neue Gesichter oder neue Kommunikationsformen reduziert werden. Sie muss institutionell werden. Eine Partei, die Veränderung verspricht, muss auch zeigen, welche Strukturen sie verändern will. Disruptive Elemente könnten eine einmalige Vermögensabgabe wie nach dem 2. Weltkrieg, die Neugliederung des Fiskalföderalismus zugunsten von Kommunen oder ein Grunderbe für 18-jährige zum Vermögensaufbau oder zur Finanzierung der Ausbildung sein. Aber Disruption betrifft auch die eigene Organisation. Wer beteiligt wird, wer kandidiert, wer gehört wird, wer politische Sprache prägt und wer als Teil sozialdemokratischer Bewegung gilt – all das entscheidet darüber, ob Erneuerung glaubwürdig wird.

4. Bildet Banden: Progressive Mehrheiten entstehen nicht mehr von allein

Schließlich zeigt der internationale Blick: Sozialdemokratische Parteien können in vielen Ländern keine eigenen Mehrheiten mehr

organisieren. Die alte Vorstellung, progressive Mehrheiten sammelten sich fast automatisch um eine große sozialdemokratische Volkspartei, trägt nicht mehr. Deshalb wird Bündnispolitik zur strategischen Überlebensfrage.

„Bildet Banden“ meint dabei zweierlei. Erstens gesellschaftliche Bündnisse: mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, feministischen Bewegungen, Jugendorganisationen, Klimabewegungen, Zivilgesellschaft und neuen sozialen Bewegungen. Zweitens aber auch parteipolitische Allianzen. In Europa zeigen Frankreich, Norwegen, Spanien und die Niederlande verschiedene Wege progressiver Bandenbildung. In Frankreich wurde NUPES unter hohem Druck schnell geschmiedet — und erodierte ebenso schnell an Führungsfragen und fehlenden Strukturen. Norwegen steht für eingeübte parlamentarische Zusammenarbeit, in der besonders der Haushalt zum wiederkehrenden Kooperationspunkt wird. Spanien zeigt, wie PSOE, Podemos und später Sumar Kooperation unter Konkurrenzbedingungen organisierten — mit Machtgewinnen, aber auch Profil- und Führungskonflikten. In den Niederlanden arbeiten GroenLinks und die sozialdemokratische PvdA seit 2023 eng zusammen; 2025 stimmten die Mitglieder beider Parteien für eine vollständige Fusion, die am 1. Juli 2026 unter dem Namen Progressief Nederland (PRO) gegründet wurde. Auch wenn es zu früh ist, die Fusion abschließend zu bewerten, so ist die Gründung vielsprechend. Mit über 100.000 Mitgliedern hat PRO die größte Parteibasis in den Niederlanden, am Gründungsparteitag nahmen 6.000 Mitglieder teil, was einen Beteiligungsrekord darstellt und in aktuellen Umfragen liegt PRO derzeit vorne. Auch die Gewerkschaften unterstützen mittlerweile die Neugründung, der sie zunächst aus Sorge vor dem Verlust traditioneller Arbeiter:innen skeptisch gegenüberstanden. Nun kommt es darauf an, die unterschiedlichen Parteimilieus zu festigen und die aktuelle Mobilisierung bis zu den nächsten Parlamentswahlen aufrecht zu erhalten, denn bei den letzten Parlamentswahlen konnte GroenLinks noch nicht überzeugen. In Brasilien gelang Lulas PT die Rückkehr an die Macht nicht als reine Parteimobilisierung, sondern als Teil

einer breiten demokratischen Allianz gegen Bolsonaro. Thailand zeigt eine andere Form progressiver Allianzbildung. Die People's Party und ihre Vorgängerparteien verbanden junge Kandidat:innen, studentische Proteste und Anti-Establishment-Mobilisierung mit einem Programm der Demokratisierung, Dezentralisierung, Entmilitarisierung und Entmonopolisierung. Ihr Erfolg 2023 beruhte nicht allein auf urbanen, gut ausgebildeten Milieus, sondern auch auf einer innovativen Wahl- und Social-Media-Kampagne, einem charismatischen Spitzenkandidaten und der Fähigkeit, über progressive Kernmilieus hinaus in ländliche Räume vorzudringen.

Viele der Beispiele zeigen, dass progressive Koalitionen meist erst unter Druck entstehen. Doch gerade das Beispiel Niederlande zeigt mit der schrittweisen Annäherung von PvdA und GroenLinks bis hin zur Fusion, dass vertiefte Kooperation Zeit braucht und sowohl auf Führungs- als auch auf Basisebene vorbereitet werden muss. Es braucht Zeit, um Vertrauen, etablierte Gesprächskanäle und gemeinsame strategische Sprache aufzubauen. Auch für die SPD liegt darin die Erkenntnis, dass sie gesellschaftliche Bündnisse braucht und die Frage beantworten muss, wie progressive Mehrheiten in einer fragmentierten Gesellschaft überhaupt noch entstehen können.

Sozialdemokratie muss wieder unterscheidbar werden

Der Blick nach außen zeigt keine einfache Rettungsformel. Es gibt nicht das eine internationale Erfolgsmodell, das die SPD kopieren könnte. Aber es gibt erkennbare Suchbewegungen. Sozialdemokratie wird dort interessanter, wo sie Bezahlbarkeit und staatliche Handlungsfähigkeit als Voraussetzung politischer Glaubwürdigkeit ernst nimmt; wo sie ihre Werte nicht in Spiegelstrichpolitik versteckt, sondern mit Stolz vertritt; wo sie Veränderung nicht nur personell inszeniert, sondern strukturell organisiert; und wo sie neue progressive Bündnisse wagt.

Für den SPD-Grundsatzprogrammprozess folgt daraus: Ein neues Programm muss

mehr sein als ein Katalog richtiger Antworten. Es muss sagen, auf welcher Seite Sozialdemokratie steht, welche Machtverhältnisse sie verändern will und wie sie im 21. Jahrhundert wieder Partei der Arbeit, der Freiheit und der demokratischen Gestaltung werden kann. Nicht als Rückkehr zu alten Gewissheiten, sondern als sozialdemokratisches Angebot für eine neue Zeit.

Vanilleeis mag vielleicht keine exotische Sorte sein, aber es ist das beliebteste Eis in Deutschland und hat den größten Marktanteil. Was es besonders gut macht? Sein Markenkern: echte Vanille. ■

Literatur

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2025): Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus. Berlin: Suhrkamp
- Klein, Ezra/Thompson, Derek (2025): Der neue Wohlstand. Was wir für eine bessere Zukunft tun müssen. Hamburg: Hoffmann und Campe
- Jürgen Klopp, <https://taz.de/Ich-war-ein-aggressives-Arschloch/1675176/>
- Lewandowsky, Marcel/Neuenfeld, Anna-Lisa (2026): Parteien im Stresstest. Empirische Befunde und strategische Überlegungen zum Umgang der Parteien mit dem Rechtspopulismus. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Mouffe, Chantal (2010): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 1–2/2011, S. 3–5
- Mudde, Cas (2020): Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit. Bonn: J. H. W. Dietz Verlag
- Pedro Sanchez, <https://globalprogressivemobilisation.org/en/live-stream>
- Žižek, Slavoj (2006): „Against the Populist Temptation.“ In: Critical Inquiry, 32(3), S. 551–574

„Man muss Macht und Gerechtigkeit voneinander unterscheiden!“

Ein Gespräch mit der Philosophin Susan Neiman über die geistigen Grundlagen sozialdemokratischer Programmatik



➔ **Susan Neiman** ist Professorin für Moralphilosophie und politische Philosophie und war von 2000 bis 2026 Direktorin des Einstein Forums in Berlin. Sie ist Mitglied der SPD-Grundwertekommission.

Foto: © Bettina Volke

spw: Ich möchte mich mit Dir über die geistigen Grundlagen der sozialdemokratischen Idee unterhalten. Bevor wir uns unserem eigentlichen Thema zuwenden: Was verbindet Dich mit der deutschen Sozialdemokratie? Du stammst aus den USA und bist kein Parteimitglied. Dennoch fühlst Du Dich der SPD verbunden.

Neiman: Ich bin nicht nur US-Amerikanerin, sondern ich habe auch die deutsche Staatsbürgerschaft und die israelische. Aber zu Deiner Frage: Ich verstehe mich als linke Sozialdemokratin und als Sozialistin seit ich 17 Jahre alt bin. Damals war in linken Kreisen in den USA klar, dass man sich mit der Geschichte des Sozialismus auskennen musste; das war die Voraussetzung, überhaupt mitreden zu können. Als ich dann später nach Deutschland kam, waren viele Leute überrascht, dass eine US-Amerikanerin so viel über die Geschichte der SPD wusste.

spw: Du hast Dich selbst als Sozialistin bezeichnet. Was macht für Dich der demokratische Sozialismus oder – was nach meiner Meinung das gleiche ist – die sozialdemokratische Idee aus?

Neiman: Ich habe mich in meinem letzten Buch „Links ist nicht woke“¹ an einer Definition

versucht. Mir ging es in dem Buch weniger darum, den Begriff „woke“ zu erklären, sondern ich wollte vor allem definieren, was „Links“ bedeutet. Zunächst einmal bedeutet es, dass man keine tribalistische, sondern eine universalistische Perspektive auf den Menschen hat. Es ist die Idee, dass wir tiefe Verbindungen und auch tiefe Verpflichtungen haben gegenüber Menschen, die nicht unserem Stamm angehören. Das ist einer meiner Hauptkritikpunkte an den woken Tendenzen innerhalb der politischen Linken. „Links sein“ bedeutet nach meinem Verständnis, dass für uns jeder Mensch gleich viel wert ist und gleich viel Rechte hat. Für viele Woke zählt nicht mehr die eine Menschheit, sondern unterschiedliche Stämme, deren Interessen sich gegenüberstehen und die wenig miteinander verbindet. Eine solche Haltung ist das Gegenteil von Aufklärung – und die politische Linke sollte eine Bewegung bleiben, die sich weiter positiv auf die Grundprinzipien der Aufklärung bezieht.

Die zweite kernlinke Idee ist, dass man zumindest prinzipiell „Macht“ und „Gerechtigkeit“ voneinander trennen kann. Das richtet sich gegen viele Konservative und Carl Schmitt, aber auch gegen Foucault. Die setzen „Macht“ und „Gerechtigkeit“ gleich. Natürlich muss man etwas von Macht verstehen, um Gerechtigkeit durchsetzen zu können, aber es sind zwei Begriffe, die nicht miteinander verwechselt werden dürfen. Wer die Macht hat, kann sich vielleicht faktisch durchsetzen, aber das macht das Handeln noch lange nicht gerecht. Und auch wenn Macht sich oft durchsetzt: Menschen können aus einer universalistischen Perspektive über Gerechtigkeit nachdenken oder sprechen, ohne dass das gleich ein Ausdruck von Machtverhältnissen sein muss.

Die dritte Idee ist der Glaube daran, dass Fortschritt im Sinne von moralischem Fort-

1 Susan Neiman: Links ist nicht woke, Hanser Verlag Berlin 2023

schritt möglich und erreichbar ist. Damit ist allerdings kein Geschichtsdeterminismus gemeint, also die Vorstellung, dass Geschichte automatisch in die richtige Richtung fortschreitet. Viele sagen ja, Marx hätte das so nicht gemeint, aber sorry, ich finde schon, dass viele Passagen in seinem Werk darauf hindeuten. Jedenfalls ist es philosophisch inkonsequent, jemanden aufzufordern, für etwas zu kämpfen, wenn die Gesetze der Geschichte sowieso dazu führen, dass es automatisch eintritt.

spw: Ja, das stimmt, daran hatte die sozialistische Bewegung wirklich zu knabbern. Es gibt einen schönen Aufsatz des Austromarxisten Otto Bauer aus dem Jahr 1906 dazu, der einem fiktiven Arbeiter im Gespräch mit einem orthodoxen Marxisten die Worte in den Mund legt: „Du sollst mir nicht erklären, wie ursächlich zu erklären wäre, wenn ich den oder jenen Beschluss gefasst hätte, sondern Du sollst mir sagen, welchen Entschluss ich fassen soll!“² Aber zu den von Dir genannten Prinzipien: Sehe ich es richtig, dass denen nicht nur Linke, sondern auch Liberale zustimmen könnten?

Neimann: Ja, auf jeden Fall! Bevor ich zu dem Prinzip komme, was Liberalismus und Sozialismus voneinander trennt, möchte ich diese Gemeinsamkeit noch einmal besonders betonen. In einer Zeit, in der Faschismus wächst und uns alle bedroht, ist eine Volksfront gegen den Faschismus wichtiger denn je. Wer die amerikanische Politik verfolgt, kann gar keinen Zweifel haben, dass wir dort sehr starke faschistische Tendenzen haben.

Was aber Sozialisten und Liberale trennt, ist die Überzeugung, dass Menschen nicht nur liberale Abwehrrechte und politische Rechte sondern auch soziale Rechte haben. Das ist der Punkt, wo Marx absolut recht hatte. Die Ideen der Aufklärung müssen wir auch materiell einlösen, sonst sind sie nur formal. Ihr Euro-

päer solltet Euch immer bewusst sein, welche freiheitliche Bedeutung Euer Sozialstaat hat. Eine Freiheit, die die materielle Komponente ausblendet, ist keine wirkliche Freiheit. Die Freiheit der wirtschaftlich Mächtigen, andere auszubeuten, ist eine Perversion der liberalen Freiheit.

spw: Du hast Dich gerade lobend über Karl Marx geäußert. Gleichwohl legst Du Wert auf die Feststellung, Sozialistin, aber keine Marxistin zu sein. Worin unterscheidest Du Dich von Marx?

Neiman: Über den Geschichtsdeterminismus hatten wir ja schon gesprochen. Der weist auf den Materialismus der Marxisten, den ich generell problematisch finde. Jetzt kann man lange darüber streiten, wie viel davon wirklich von Marx ist, Du kennst sicher die ganzen Debatten. Jedenfalls ist mein Eindruck, dass dieser materialistische Ansatz bei denen, die sich in der Tradition von Marx sehen, in der letzten Zeit noch stärker geworden ist. Ich kenne noch die Haltung, dass Marx der Vollender der Aufklärung ist, weil er eingefordert hat, dass die Ideale der Aufklärung auch materiell eingelöst werden. In letzter Zeit wird das ausgeblendet, weil die Aufklärung völlig verkannt ist. Heute werden die Aufklärer als Verteidiger von Rassismus und Kolonialismus dargestellt, statt ihre ersten Kritiker. Noch dazu: angeblich bewegen Ideale gar nichts und sind bestenfalls noch Ausdruck von Machtverhältnissen. Die Einflüsse dieses marxistisch inspirierten Materialismus habe ich auf vielen Diskussionen mit SPD-Mitgliedern gespürt. Selbst von Jusos hört man, dass man sich nur auf die ökonomischen Vorteile für die einzelnen Wählerinnen und Wähler, mehr „Netto von Brutto“ für die hart arbeitenden Leute konzentrieren sollte. Das ist eine sehr reduzierte Sicht auf den Menschen.

spw: Diese Sicht ist ja vielleicht sogar viel weniger marxistisch als vielmehr neoliberal, wenn der Mensch nur als egoistischer Nutzenmaximierer gesehen wird.

Neiman: Ja, genau! Aber es ist leider eine wirkmächtige Sicht nicht nur bei den Neo-

2 Otto Bauer: *Marxismus und Ethik*. In: *Die Neue Zeit* 1905/6 II, S. 487. Zu der Frage siehe auch Folke große Deters: *Notwendigkeit und Freiheit. Austromarxismus zwischen Kant und Marx*, in: Andreas Fisahn, Thilo Scholle, Ridvan Ciftci (Hrsg.), *Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus*, Nomos Verlag Baden-Baden 2018, S. 63 ff.

liberalen, sondern auch in der politischen Linken. Aber Zohran Mamdani hat die Wahl zum New Yorker Bürgermeister nicht deshalb gewonnen, weil er günstigere Sandwiches und kostenloses Busfahren versprochen hat! Ein solches Versprechen allein motiviert nicht hunderttausende Leute, in ihrer Freizeit an Türen zu klopfen und Wahlkampf zu machen. Die Leute sind von Tür zu Tür gelaufen, weil sie davon überzeugt waren, dass sie auf der Seite der Gerechtigkeit stehen. Denn es ist verdammt noch mal ungerecht, wenn die Menschen, die eine Stadt am Laufen halten, sich das Leben in dieser Stadt nicht mehr leisten können.

Das Problem in Deutschland ist – und das gilt für alle Parteien: Wenn man anfängt, über Ideale zu sprechen, dann kommt häufig das Wort „Sonntagsreden.“ Dahinter steckt ja der Gedanke: Da wird am Sonntag irgendetwas gepredigt, das aber mit der Realität nichts zu tun hat. Das richtige Leben fängt am Montag an.

Deshalb braucht die SPD mehr Eduard Bernstein. Der wusste, dass man Menschen inspirieren muss, wenn man eine politische Bewegung in Gang setzen will. Übrigens ist es bezeichnend, dass manche Intellektuelle von sich selbst glauben, auf der Grundlage von Idealen zu handeln, aber dies den sogenannten „einfachen Leuten“ nicht zutrauen. Ich halte das für erstens arrogant und zweitens unzutreffend.

spw: Nun hat ja die SPD in ihren Grundsatprogrammen ihre Ideale immer wieder formuliert, zum Beispiel die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Daher ist mir noch nicht ganz klar, was aus Deinem Befund für unser neues Grundsatprogram folgt?

Neiman: Die Grundwerte sind in Ordnung, das ist nicht das Problem. Sie müssen aber auch gelebt werden und das bedeutet, dass man auch zu ihnen steht, wenn es Gegenwind gibt. Ich weiß, dass ich in Deutschland momentan auf dieses Thema reduziert werde, aber ich finde es unverständlich, dass sich die SPD so zögerlich zum Thema Gaza positio-

niert. Das Thema ist verständlicherweise zum internationalen Brennpunkt moralischer Haltung geworden. Du weißt, dass ich selbst Jüdin bin, und was dort geschieht, verstößt auch gegen jede Moral des Judentums, geschweige denn des Menschenrechts. Hier fehlt der SPD ganz offenbar der Mut, sich auch zu einem umstrittenen Thema entsprechend der eigenen Grundwerte zu positionieren. Das kostet Glaubwürdigkeit. Zohran Mamdanis Haltung gegen den Gaza-Krieg und für die Rechte der Palästinenser hat ihm auch viel Unterstützung gebracht, obwohl er in den Medien stark dafür kritisiert wurde. Die Wähler meinten: Wer so prinzipientreu unter Feuer handelt, wird in anderen Fällen auch nach seinen Werten handeln.

spw: Ich möchte noch einmal zu den geistigen Grundlagen unserer Programme zurückkommen. Auch auf die Gefahr hin, dass die Frage sehr holzschnittartig wirkt: Du bist Anhängerin der Aufklärung. Was können wir von den Aufklärern lernen? Über Marx haben wir schon gesprochen. Was kann man von Kant lernen?

Neiman: Die Unterscheidung von „Macht“ und „Gerechtigkeit“ hatten wir ja schon. Das ist sehr kantianisch. Dabei will ich noch mal betonen, dass eine solche Haltung nicht zu verwechseln ist mit einem naiven Idealismus oder der neoliberalen Forderung nach Eigenverantwortung. Fast alle Deutschen kennen den Text von Kant zur Beantwortung der Frage: „Was ist Aufklärung?“ Der erste Satz „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen“ legt nahe, dass Unmündigkeit allein die Schuld des Einzelnen ist. Kurz danach ist allerdings auch von den „Vormündern“ die Rede, die ein Interesse daran haben, die Menschen dumm und unmündig zu halten. Also, Kant erkennt keinesfalls, dass es auch mächtige Interessen gibt, die Menschen den Mut nehmen wollen, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Und dennoch bleibt es richtig, an Menschen zu appellieren, den Mut zum Selbstdenken aufzubringen. Und es ist auch richtig, Menschen zuzutrauen, dass sie trotz aller strukturellen Hinderungsgründe dazu in der Lage sind.

In meinem neuen Buch³ habe ich mich mit der Frage auseinandergesetzt, wie es zu Trump kommen konnte. Dafür habe ich auch die Texte der Gründerväter noch einmal gelesen. Denen war bewusst, dass die klügsten Sicherungsmechanismen gegen Machtmissbrauch, „rule of law“ oder „balance of power“ eines voraussetzen: Die Menschen müssen daran glauben, dass sie eine Pflicht haben, die Gesetze zu achten. Und das gerade dann, wenn sie uns nicht in den Kram passen. Ohne diese Überzeugung kann keine Gesellschaft überleben; das Recht ist nichts wert, ohne das Engagement, das Recht zu achten. Das ist eine Entscheidung, die wir treffen müssen; wie man sieht, hat Donald Trump sie nie getroffen.

spw: Von welchem Aufklärer können wir noch lernen?

Neiman: Jean-Jacques Rousseau hat ja das erste moderne Buch zur Pädagogik geschrieben: „Émile oder über die Erziehung“. Natürlich können wir seine pädagogischen Ideen nicht einfach auf heute übertragen. Aber die Überzeugung, dass Freiheit Bildung erfordert und dass man Menschen zu Freiheit und Demokratie erziehen muss: Diese Überzeugung von Rousseau, die auch Kant sehr geprägt hat, müssen wir uns bewahren.

spw: Bei Deiner Biografie liegt es ja nahe, auch nach John Rawls zu fragen, der wohl einer der bedeutendsten Rechts- und Moralphilosophen des 20. Jahrhundert war. Was kann man von ihm lernen?

Neiman: Ich kannte ihn ja lange, war seine Doktorandin und seine Assistentin. Ich glaube, dass seine Theorie mehr in Bewegung war, als man das von außen sieht. Er hat sich nach Veröffentlichung seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ noch mehr in Richtung eines linken Sozialdemokraten entwickelt. Vor allem aber hat mich seine Haltung geprägt. Er war der absolut antihierarchische Mensch. Natürlich hatte er ein gewisses intellektuelles Selbstbewusstsein, aber im Umgang mit Menschen

war er sehr bescheiden – egal, ob es sich um eine Kollegin an der Universität, seine Studentinnen und Studenten oder einen Kellner handelte. Dieser ganze Habitus des Ordinarius an einer deutschen Universität oder einer Ministerin – so etwas wäre ihm peinlich gewesen.

Diese Haltung gründet letztlich auch in der Philosophie der Aufklärung. Die Aufklärer haben nicht nur für die Wissenschaft geschrieben, sondern auch Texte für ganz normale Menschen veröffentlicht. Selbst Kant hat 15 Aufsätze für die Berlinische Monatsschrift geschrieben, die, anders als seine großen Bücher, ganz gut lesbar sind. Das kann man leider selten über die Papiere der SPD sagen. Sie berühren Menschen nicht und feuern sie deshalb nicht an. Auch das könnte man von den Aufklärern, sei es Kant, Rousseau, Voltaire oder Diderot, lernen.

spw: Liebe Susan, ich danke Dir herzlich für das Gespräch. ■

Die Fragen für die spw stellte Folke große Deters

³ Susan Neiman: Nennen wir es böse. Die Politik unserer Zeit verstehen, Hanser Verlag Berlin, 2026

„Neuer Republikanismus“ oder: Wie liberal soll die SPD sein? – Ein Essay

von Folke große Deters



➔ Folke große Deters ist Mitglied der spw-Redaktion, Vorsitzender der ASJ NRW und lebt in Bornheim-Hersel.

Foto: © privat

Die liberale Demokratie steht unter Druck – und aus ganz verschiedenen Richtungen wird die Frage gestellt, ob nicht der Liberalismus selbst die Wurzel dieses Übels sei.¹ Das liegt sicher auch daran, dass mit dem Neoliberalismus in den letzten Jahrzehnten eine hässliche Karikatur der liberalen Idee dominiert hat. In Deutschland steht hierfür sinnbildlich der Zustand der FDP. Ich will für die Grundsatzprogrammdebatte zeigen, warum die SPD ihre liberalen Wurzeln nicht verleugnen darf und was sie dennoch aus den aktuellen Debatten zum Schlagwort „Neuer Republikanismus“ lernen kann.

Gedanklicher Ausgangspunkt eines jeden liberalen Denkens ist das einzelne Subjekt, das mit Rechten auch gegenüber der Gemeinschaft ausgestattet ist. Nach der kommunitaristischen Kritik verkennt diese Sichtweise, dass der Mensch in allererster Linie ein Gemeinschaftswesen sei. Wer individuelle Rechte betone, untergrabe den Gemeinsinn. Ein Missverständnis: Liberale wenden sich nicht gegen die Gemeinschaft, sondern sie fragen, wann Menschen oder ein Staat die Befugnis haben, einen anderen Menschen zu zwingen. In letz-

ter Konsequenz werden selbst in einer liberalen Demokratie Gesetze vollstreckt, das heißt mit Gewalt durchgesetzt. Gewiss ist staatliche Herrschaft ein notwendiges Mittel, um Freiheit zu ermöglichen. Aber sie muss als prinzipiell rechtfertigungsbedürftig gedacht werden. Und diese Rechtfertigung muss nach vernünftigen und verallgemeinerbaren Prinzipien erfolgen; allein der relativistische Verweis auf die „Werte“ oder die „Kultur“ einer Gemeinschaft reicht dafür nicht aus.² Eine politische Bewegung wie die Sozialdemokratie, deren Mitglieder in der Geschichte des Öfteren staatlicher Repression ausgesetzt waren, dürfen diesen liberalen Grundsatz nie vergessen.

Hieraus darf allerdings nicht das historisch verbreitete Missverständnis folgen, Liberalismus und Demokratie seien miteinander konkurrierende Konzeptionen. Wenn der Liberalismus die Freiheit aller Einzelnen sichern will, dann kann es keinen Liberalismus ohne Demokratie und keine Demokratie ohne Liberalismus geben. Ein Recht auf gleiche Freiheit setzt voraus, dass die einzelnen Freiheitssphären nach allgemeinen Gesetzen voneinander abgegrenzt und gegen den Zugriff Unbefugter gesichert werden: Wenn eine andere Vorfahrt hat, muss ich warten, und in mein Brot darf nur ich und kein anderer beißen. Da die Handlungsfreiheit des einen notwendig die Handlungsfreiheit der anderen beschränkt, müssen alle gemeinsam über die Abgrenzung der Freiheitssphären entscheiden. Deshalb – das ist die Erkenntnis Kants – setzt die Freiheit des Subjekts die Demokratie voraus.³

¹ Vgl. nur der jüngst erschienene Sammelband: Veith Selk/Julian Nicolai Hoffmann: Postliberalismus, Berlin 2026. Sehr lesenswert auch die Artikel von Nils Schniederjann zu dem Thema, vgl. z.B. Nils Schniederjann: Die Machtfrage – Muss sich die Linke von ihrem eigenen Liberalismus befreien, in <https://www.deutschlandfunk.de/postliberalismus-krise-der-linken-demokratie-100.html>, 15.09.2026

² Ähnlich Elif Özmen: Political philosophy is dead – again? Eine Verteidigung des Liberalismus gegen seine postliberalen Verächter, in: Postliberalismus (Fn 1), S. 379 ff.

³ Die folgenden Gedanken des Textes zu einer Synthese von Liberalismus und Republikanismus finden sich mit Bezug auf die Lehre Kants in Folke große Deters: Die wahre Republik nach Immanuel Kant und das Politische, in: Diethelm Kleszczewski/Friedrich von Freier (Hg): Gedächtnisschrift für Michael Köhler, Berlin 2026, S. 289 ff.

Mehr Demokratie und weniger Verrechtlichung

Hier setzt eine Kritik an, die zu Recht unter dem - allerdings schillernden - Schlagwort „Neuer Republikanismus“ formuliert wird.⁴

Die eben beschriebene demokratische Dimension des Liberalismus ist in der liberalen Demokratie nämlich ein wenig in Vergessenheit geraten. Die Demokratie wird – in den Worten des Politikwissenschaftlers Philip Manow – von einer Vielzahl von fürsorglichen Aufsehern „unter Beobachtung“ gestellt.⁵ Verfassungsgerichte, Europäischer Gerichtshof, Europäische Zentralbank, EU-Kommission oder Sondergerichte für Investoren aus Handelsverträgen sind Institutionen, die anders als Parlamente bestenfalls indirekt demokratisch legitimiert sind, aber in den letzten Jahrzehnten deutlich an Macht gewonnen haben. Viele dieser Institutionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie Kapital-Interessen vor dem Zugriff des demokratischen Gesetzgebers abschirmen wollen. Die Sozialdemokratie traut sich aber nicht, dieses demokratische Problem zu thematisieren, weil sie „Europa-Skepsis“ und „Abschottung“ nicht Vorschub leisten will. Es ist allerdings zu befürchten, dass sie genau diese Effekte durch ihre uneindeutige Haltung noch verstärkt.

Dabei ist eine Reduzierung von „Freiheit“ auf die Freiheit des Marktes schon in der Beschreibung unserer aktuellen Wirtschaftsweise völlig unplausibel. Die bürgerliche Gesellschaft ist – in den Worten Hegels – geprägt durch eine „allseitige Abhängigkeit“⁶. Oft wird sie durch das Zusammenwirken von Menschen in einem dichten Netz von Normen und Institutionen erst zum Entstehen gebracht. Ist die Regulierung der Finanzmärkte als Eingriff

in die Freiheit der Bankerin wirklich adäquat beschrieben? Die Tätigkeit einer Bank hängt schließlich an einem staatlich geschaffenen und garantierten Geldsystem; die Gewinne der Bank entstehen durch das Zusammenwirken von Akteuren, die auf staatlich umfangreich regulierten Märkten ihr Geld verdienen wollen und deshalb einen Kredit bei der Bank aufnehmen. Die Schaffung von und der Eingriff in gesellschaftlich konstituierte Freiheitssphären lassen sich analytisch kaum voneinander trennen. Folgerichtig muss eine weitgehende Gestaltungsfreiheit bei der demokratischen Ausgestaltung dieser gesellschaftlichen Freiheiten gelten. Demgegenüber sollten die grundrechtlichen Hürden für Eingriffe in das Recht der eigenen Person - Leben, körperliche Unversehrtheit, Gedankenfreiheit, Freiheitsentziehung – deutlich höher sein.

Die oben beschriebene Abschirmung wirtschaftlicher Interessen vor demokratischer Gestaltung stößt vermutlich deshalb auf so wenig Kritik, weil linke und rechte Liberale den demokratischen Prozess gleichermaßen geringerschätzen. Beide Seiten wollen zentrale politische Anliegen gar nicht mehr politisch in Parlamenten entscheiden. Sie setzen auf die fachlich „richtige“ Entscheidung der Richterinnen oder des Experten. Die Folge ist eine flächen-deckende Verrechtlichung eigentlich politischer Fragen. Für Liberale von rechts heißt das: Halbteilungsgrundsatz gegen hohe Steuern und Schuldenbremsen. Für Liberale von Links: Klima-Klagen und Kinderrechte ins Grundgesetz. Große Einigkeit besteht, dass die Wahl von Richterinnen und Richtern des Bundesverfassungsgerichts als quasi-sakrale Instanz nicht „politisiert“ werden dürfe.⁷

Auch wenn der Autor dieser Zeilen die linken Anliegen inhaltlich teilt und die rechten ablehnt, so sollten sich doch rechte und linke Liberale einig sein, dass die wesentlichen Verteilungskonflikte einer Gesellschaft auch aus funktionalen Gründen nicht von Gerichten geklärt werden können. Gerichte sind gut dar-

4 Im Umfeld der SPD-Programmdiskussion wird diese Diskussion z.B. von Benjamin Mikfeld geführt, dessen Schlussfolgerungen ich trotz positiver Bezugnahmen auf den Kommunitarismus im Wesentlichen teile: vgl. sein Artikel in diesem Heft und Benjamin Mikfeld: Ein neues politisches Modell, S. 15 ff, in: <https://benjamin-mikfeld.de/wp-content/uploads/2026/03/Ein-neues-politisches-Modell.pdf>, 15.09.2026

5 Vgl. Philip Manow: Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde, Berlin 2024

6 Georg W.F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, in: Moldenhauer/Michel (Hg): Werke in 20 Bänden, Band 7, Frankfurt am Main 2029, § 183, S. 340

7 Vgl. hierzu: Folke große Deters: Natürlich ist das Bundesverfassungsgericht politisch!, in: <https://www.spw.de/natuerlich-ist-das-bundesverfassungsgericht-politisch/>, 15.09.2026

in, einen eingrenzbaren Sachverhalt nachträglich zu beurteilen, aber sie können nicht die Klima- oder Fiskalpolitik eines Landes steuern – weswegen das Bundesverfassungsgericht nach seinem Klimabeschluss weitere Klagen regelmäßig ablehnt und damit viele Hoffnungen enttäuscht hat.

Nicht neutral, aber auch nicht paternalistisch

„Republikanische“ Theorien weisen zu Recht darauf hin, dass der Staat spätestens bei der Verteilung von Ressourcen nicht dem liberalen Ideal des neutralen Staates entsprechen kann. Ein Staat, der Kitas baut, statt Betreuungsgeld zu zahlen, begünstigt ein Lebensmodell gegenüber einem anderen. Das ist vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen gar nicht zu vermeiden. Trotzdem darf der freiheitliche demokratische Staat sich keine Zuständigkeit für das gute und richtige Leben seiner Bürgerinnen und Bürger anmaßen. Vielmehr sollte er die Bedingungen dafür schaffen, dass jede und jeder nach der eigenen Façon glücklich werden kann. An diesem Punkt wäre noch ein Konsens aller Liberalen wünschenswert. Linke und sozialdemokratische Politik würde sich dann von anderen Liberalen noch dadurch unterscheiden, dass sie Freiheit nicht nur formal verstehen, sondern wissen, dass Freiheit auch von materiellen Voraussetzungen abhängt: Wer nichts zu essen hat, ist nicht frei. Materielle Freiheit meint auch Macht: Der vertraglich vereinbarte Hungerlohn ist eben nur der Form nach frei gewählt, in Wahrheit aber mehr Nötigung als Einigung. Diese richtige Erkenntnis darf aber auf der anderen Seite nicht dazu verleiten, immer und überall „Vulnerabilität“ zu wittern. Im Grundsatz darf unterstellt werden, dass Menschen für sich und ihr Leben Verantwortung übernehmen und für ihre Interessen eintreten können.

Die Ambivalenz der Tugend

Linke und Rechte eint die „republikanische“ Erkenntnis, dass im weiteren Sinne staatsbürgerliche Tugenden notwendige Voraussetzung dafür sind, dass ein demokratisches Gemeinwesen gut funktioniert. Staatsbürgerinnen und

Staatsbürger dürfen sich nicht als Konsumenten von Politik begreifen und darauf warten, dass der Staat „liefert“. Die Linke sollte sich aber von der Rechten dadurch unterscheiden, dass sie diese Tugend nicht durch Repression, also Zwang, herbeiführen will. Der Sozialdemokrat und Rechtsphilosoph Ernst-Wolfgang Böckenförde hat in diesem Sinne vom „Wagnis“ des freiheitlichen, säkularen Staates gesprochen, der von „Voraussetzungen“ lebt, die er selbst nicht garantieren kann.⁸

Aus linker Perspektive müsste man Böckenförde fragen, ob es nicht ein viel größeres „Wagnis“ für die Stabilität des Staates wäre, die Integration in den Staat vor allem mit Zwang erreichen zu wollen. Vieles spricht dafür, dass ein Staat, in dem es in einem anspruchsvollen Sinne gerecht zugeht, von seinen Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. Von der autoritären Rechten bis hin zu Teilen der Linken wächst dagegen die Überzeugung, staatsbürgerliche Tugenden durch einen Pflichtdienst für junge Leute erzwingen zu können. Für ein Taschengeld statt einen fairen Lohn für gute Arbeit sollen junge Erwachsene zu Dankbarkeit gegenüber ihrem Staat und einem Sinn für Gemeinschaft erzogen werden.

Gemeinsinn ohne Zwang

Die republikanische – oder sozialdemokratische – Ergänzung der liberalen Demokratie kann nicht in einem autoritären Paternalismus liegen. Gleichwohl kann viel getan werden, um die Demokratie durch mehr Gelegenheiten für das politische Gespräch und die Gemeinschaft zu stärken. Die Diskurstheorien von Jürgen Habermas und Karl-Otto Apel haben die republikanische Erkenntnis erneuert, dass sich in der Demokratie nicht unterschiedliche Individuen mit - mehr oder weniger statischen - Präferenzen begegnen. Vielmehr wird der Wille im gemeinsamen Gespräch erst gebildet – und diese Willensbildung findet nicht nur im Parlament, sondern schon in der demokratischen Öffentlichkeit statt. Daher ist es inakzeptabel,

⁸ Ernst Wolfgang Böckenförde: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisierung, in: ders: Recht, Staat, Freiheit, Frankfurt am Main 2006, S. 92 ff. [S. 112]

dass Regeln und Reichweite im öffentlichen Diskurs einseitig von privaten Plattformen bestimmt werden. Social Media muss gegen alle Widerstände hart und konsequent reguliert werden, damit die Bedingungen des Diskurses gemeinsam und unter öffentlicher Kontrolle festgelegt werden. Bei dieser Regulierung darf es – ganz im liberalen Sinne – nicht um konkrete Meinungen, sondern nur um die *Form* der Meinungsbildung gehen.

Auch in der analogen Welt muss der demokratische Staat Orte des politischen Diskurses im engeren, aber auch Gemeinschaft im weiteren Sinne fördern. Es ist traurig, dass einem Bundespräsidenten zuerst ein Zwangsdienst einfällt, um die Begegnung von Menschen aus unterschiedlichen Blasen und Klassen zu fördern. Ganz ohne Zwang können auch Vereinsheime, Sportplätze, Jugendzentren, Mehrzweckhallen, Seniorentreffs, Bänke im öffentlichen Raum und „Dritte Orte“ ohne Konsumzwang dazu beitragen. Auch Wohnungen mit bezahlbaren Mieten in angesagten Stadtvierteln wären zu nennen. Das Immissionsschutzrecht sollte die Lust an Begegnung und Gemeinschaft gegenüber dem Ruhebedürfnis Einzelner stärker gewichten. Der Datenschutz sollte die Datensammelwut der Tech-Giganten begrenzen, aber nicht dem kleinen Verein erschweren, mit seinen Mitgliedern in Kontakt zu treten. Die Kommunen sollten endlich wieder zu einem Ort der politischen Entscheidung werden, indem der Wildwuchs von bürokratischen Förderprogrammen gelichtet und die allgemeine Finanzierung erhöht wird, damit aktive Bürgerinnen und Bürger ihr örtliches Umfeld demokratisch gestalten können.⁹ Wie gezeigt, schwebt über allem das Ziel, das demokratische Versprechen gleicher Freiheit auch materiell einzulösen, damit Menschen den Eindruck haben, insgesamt in gerechten Verhältnissen zu leben. Dann werden auch individuelle – liberale – Rechte Menschen nicht davon abhalten, die Gemeinschaft mit anderen zu suchen und sich für ihre Gemeinschaft einzusetzen.

Was bedeutet all das für das neue Grundsatzprogramm der SPD? Der schillernde Begriff des „neuen Republikanismus“ verdient Zustimmung, wenn damit demokratische Selbstbestimmung gestärkt und Gemeinsinn gefördert werden soll. Widerspruch ist angezeigt, wenn dieser Republikanismus eine paternalistische Schlagseite erhält. Denn was wir sein wollen, lässt sich immer noch gut mit dem Titel eines sozialdemokratischen Klassiker-Texts auf den Punkt bringen: Links und frei.¹⁰ ■

⁹ Vgl. hierzu ein guter Text aus dem Umfeld der Grünen: Katja Dörner/Peter Siller: Das Ganze an einem Ort, in: <https://www.boell.de/de/2026/06/13/das-ganze-einem-ort>, 15.09.2026

¹⁰ Willy Brandt: Links und frei. Mein Weg 1930-1950, Hamburg 2012

Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik – geht das noch?

von Norbert Sievers



➔ Norbert Sievers ist Stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer der Olaf Schwencke Stiftung für Kulturpolitik.

Foto: © privat

Norbert Sievers stellt Kulturpolitik in den Kontext unserer Zeit und vermisst, wo und wie sie heute als Gesellschaftspolitik funktionieren kann.

Die Vorstellung, Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik betreiben zu können, stand an der Wiege der Neuen Kulturpolitik, die als Reformprojekt in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren ihren Anlauf nahm. Zugeschrieben wurde diese Formulierung nicht zuletzt dem damaligen Dortmunder Kulturdezernenten Alfons Spielhoff. Der Sozialdemokrat und demokratische Sozialist hatte 1976 einen Aufsatz in der Programmzeitschrift der Humanistischen Union *vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* veröffentlicht, in dem er mit explizitem Bezug auf Willy Brandts Diktum „Mehr Demokratie wagen“ Kulturpolitik als Element der Gesellschaftspolitik auswies. Es waren vor allem sozialdemokratische Kulturpolitiker wie Hermann Glaser, Hilmar Hoffmann, Olaf Schwencke und viele andere, die sich diese Formel zu eigen machten und Kulturpolitik im Sinne einer breiter angelegten bildungs-, struktur- und gesellschaftspolitischen Reformprogrammatisierung interpretierten.¹

Trotz großer Widerstände aus dem konservativen Politikspektrum in den letzten Jahrzehnten konnte sich dieses Kulturpolitikverständnis parteienübergreifend durchsetzen. Etliche damit verbundene Konzepte und Strategien, wie etwa die Stärkung der Teilhabegerechtigkeit (z.B. durch kulturelle Bildung), die Förderung neuer (sozio-)kultureller Szenen und Formate, die Kulturentwicklungsplanung und die Verbindung von Kultur und Stadt- und Regionalentwicklung gehören zum Markenkern sozialdemokratischer Kulturpolitik, auch wenn sie längst in den kulturpolitischen Mainstream (fast) aller Parteien (bis auf die AfD) eingesickert sind. Dies kann als Erfolg sozialdemokratischer Kulturpolitik gewertet werden.

Ein Blick zurück in eine andere Zeit

Stand der Aufbruch der Neuen Kulturpolitik in den 1970er Jahren exakt an der Schwelle des Übergangs von der Industrie- zur nachindustriellen Gesellschaft und damit am Beginn einer Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, die Soziologen als „Spätmoderne“ bezeichnen, befinden wir uns heute – wenn die Gesellschaftswissenschaften Recht behalten – erneut in einem Umbruch mit noch gewaltigeren Veränderungen. Er hat mit dem Begriff der „Zeitenwende“ (Olaf Scholz) die öffentlichen Debatten längst erreicht. Dieser beschreibt die offenkundigen Veränderungen allerdings nur unzureichend. Denn die neue Präsenz des Krieges in Europa markiert nur eine Dimension des epochalen Wandels, die die Kulturpolitik, zumal als Gesellschaftspolitik, vor ganz neue Herausforderungen stellt. Deren Reflexion ist für eine neue Programmatik sozialdemokratischer Kulturpolitik essenziell, auch wenn sie alte Gewissheiten und Glaubenssätze infrage stellt oder in einem anderen Licht erscheinen lässt. An einigen Stichwörtern soll dies im Folgenden angedeutet werden.

Öffnung und Entgrenzung

Eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Neuen Kulturpolitik war die Er-

¹ Alle genannten Personen und natürlich auch Alfons Spielhoff waren Gründungsmitglieder der parteiunabhängigen Kulturpolitischen Gesellschaft, die in den 1970er Jahren im Kontext der damaligen demokratischen Bewegungen und Reformen entstand und am 10. Juni 2026 auf den Tag genau ihren 50. Geburtstag gefeiert hat. Sie war eine der wichtigsten Motoren der Kulturpolitikreformen in den letzten Jahrzehnten. Die zu diesem Anlass erschienenen Jubiläumsbücher zur Organisations- und Diskursgeschichte der Kulturpolitischen Gesellschaft (vgl. Sievers 2026 und Sievers, Knoblich, Mandel 2026) geben darüber Auskunft. Siehe dazu auch die Hefte 192 und 193 der Kulturpolitischen Mitteilungen (<https://kupoqe.myshopify.com/collections/kulturpolitische-mitteilungen>).

weiterung des Kulturbegriffs, weil erst dadurch neue Perspektiven eröffnet werden konnten. Vor allem durch die Stärkung der Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit im Sinne einer „Kultur für alle und von allen“, die Aufnahme der Vielfalt als kulturpolitisches Leitziel und die Entgrenzung des Kulturbegriffs in den Alltag der Menschen hinein steigerten sich die Förderoptionen und -bedarfe enorm. Auch die thematischen Felder und Anwendungsbereiche der Kulturpolitik vervielfältigten sich, weil Kultur vor allem in den 1980er Jahren als Additivum vielen gesellschaftlichen Themen beigefügt wurde: Kultur und Frieden, Kultur und Gesundheit, Kultur und Alter, etc.

In der Konsequenz führte dies einerseits zu mehr Kreativität bei der Erfindung neuer Kulturformate und -strategien (häufig im Kontext von Projekten und Programmen), aber auch zu einer gewissen Unklarheit mit Blick auf den originären Gegenstandsbereich der Kulturpolitik. In wissenschaftlichen Kommentaren wurde angesichts der kulturpolitischen Grenzenlosigkeit von „polit-ästhetischen Omnipotenzphantasien“ (Peter Alheit) und „endogenen Destruktionspotenzialen“ (Gerhard Schulze) gesprochen und mehr Realitätssinn angemahnt. Für das Feuilleton war der weite Kulturbegriff ohnehin der Sündenfall der Kulturpolitik schlechthin, weil darin ein Angriff auf den Eigensinn der Künste und der Ästhetik gesehen wurde, die deren Instrumentalisierung für außerkulturelle Zwecke befürchten ließ. Die Dynamik der kulturbegrifflichen Erweiterung schoss insofern offenbar über das Ziel hinaus, weil das Gutgemeinte in der praktischen Kulturpolitik nicht oder nur unzureichend umgesetzt werden konnte. Selbst in der spätmodernen Multioptionsgesellschaft mit ihrem postmodernen Mantra „anything goes“ war zu viel Öffnung und Erweiterung offenbar ein Problem.

Teilhabe, Vielfalt und Wachstum

Die Warnung vor der programmatisch geforderten Entgrenzung war insofern nicht unbegründet. Der erweiterte Kulturbegriff hat sich dennoch durchgesetzt und gehört heute – auch wegen seiner internationalen Anerkennung – zum Grundverständnis demokrati-

scher Kulturpolitik. Doch das Problem seiner Übersetzung in praktische Kulturpolitik ist damit nicht gelöst. Im Gegenteil: Immer wieder taucht in kulturpolitischen Debatten die Frage auf, ob „Kultur für alle und von allen“, also Teilhabegerechtigkeit, wirklich möglich ist oder nicht zu jenen Utopien zählt, die den Realitätstest in den vergangenen Jahrzehnten nicht bestanden haben. Denn die statistisch vergleichsweise geringe kulturelle Teilhabe an öffentlichen Kulturangeboten hat sich rein quantitativ in dieser Zeit kaum verändert, sondern scheint trotz aller Bemühungen wie in Stein gemeißelt zu sein.

Auch die Repräsentationsfrage, also die Berücksichtigung möglichst vieler sozialer Gruppen mit ihren kulturellen Interessen und Bedürfnissen, ist trotz vieler erfolgreicher und ermutigender Ansätze (etwa in der inter- oder transkulturellen Praxis, in der inklusiven Kulturarbeit, in der Genderfrage) immer noch nicht gelöst und kann in der „superdiversen“ (Steven Vertovec) Gesellschaft womöglich auch gar nicht gelöst werden. Die Kulturpolitik reagiert darauf seit Jahrzehnten mit der Steigerung und Diversifizierung ihrer Angebote und Konzepte und – weil sie auf nichts verzichten kann und niemanden vor den Kopf stoßen will – mit einer „additiven Kulturpolitik“. Das „Neue“ wird so stets als Ergänzung und nicht als Ersatz zugelassen, sodass die Kosten immer weiter steigen. Dies stellt die Kulturpolitik unter den Bedingungen zunehmender Haushaltsprobleme nicht nur finanziell vor immer größere Probleme, sondern verfestigt auch den latenten strukturellen Konflikt zwischen dem „Alten“ und dem „Neuen“, der bisher nur um den Preis des Wachstums verdeckt werden konnte. Bleibt das Wachstum aufgrund finanzieller Engpässe aus, wird der Konflikt manifest – zumal dann, wenn selbst für kleinste soziale Gruppen (etwa aus dem postkolonialistischen Spektrum) eine ‚angemessene‘ Repräsentation und Sichtbarkeit eingefordert wird.

Fortschritt und Modernisierung

Die SPD galt lange und gilt für viele auch heute noch als Fortschrittspartei. Den Begriff der Modernisierung hat sie stets für sich reklamiert.

miert und der Anspruch der Gestaltung gehörte wie selbstverständlich zu ihrem Wortschatz. Auch die Neue Kulturpolitik, die viele Schnittmengen mit sozialdemokratischen Positionen hat, steht in dieser Tradition. In ihren Konzepten ging es immer auch darum, das „Neue“ zu programmieren und die Kulturpolitik konzeptionell und instrumentell darauf auszurichten. Die Themen und Prioritäten haben sich inzwischen jedoch verändert.

In den 1970er und 1980er Jahren wurden vor allem neue Kulturformate kreiert und neue Zielgruppen angesprochen, um mehr Teilhabegerechtigkeit zu erzielen. In den 1990er Jahren war das Modernisierungsbemühen dann zusätzlich vor allem darauf gerichtet, die kommunalen Kulturverwaltungen im Sinne einer dezentralen Ressourcenverwaltung und betrieblichen Verselbstständigungen zu reformieren. In den Nullerjahren wurden dann im Kontext einer aktivierenden Kulturpolitik zusätzlich neue Governance-Formen ins Gespräch gebracht, um eine gesellschaftliche Verantwortungsteilung („Trisektoralität“) und mehr Kooperation zu erreichen und politische Steuerung neu zu definieren. Aktuell stehen aufgrund neuer Herausforderungen Begriffe wie Nachhaltigkeit, Diversität und Digitalität für das programmatisch „Neue“ im Zentrum des kulturpolitischen Diskurses. An ihnen wird unter anderem festgemacht, was heute modern und fortschrittlich ist und woran sich Kulturpolitik orientieren soll.

Die gesellschaftspolitische Grundierung ist nach wie vor erkennbar und wird durch aktualisierte Gerechtigkeitsvorstellungen und Partizipationsansprüche, die etwa in den Debatten zum Thema Diversität oder im Zusammenhang mit der Klimakatastrophe geäußert werden, bisweilen hochmoralisch aufgeladen. So entsteht der Eindruck, als hätten sich die öffentlichen Kultureinrichtungen auf einen Weg der Dauermodernisierung oder, aktueller formuliert, der permanenten Transformation zu begeben, der vordringlich und „agil“ zu begehen ist. Die Folge ist – zumindest diskursiv – ein hoher Veränderungsdruck, der bei den Adressaten eine gewisse Transformationsaversion hervorgerufen hat.

Ernüchterung und Selbstkritik

Schon diese wenigen Überlegungen vermitteln ein Bild von der aktuellen Lage und zeigen, dass neu über Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik nachgedacht werden sollte. Viele Ideen aus der „utopischen Phase“ (Gerhard Schulze) der Neuen Kulturpolitik in den 1970er und 1980er Jahren waren der Euphorie und dem Zeitgeist der aufkommenden Spätmoderne geschuldet und konnten im damaligen Reformklima nach und nach mit gesellschaftlicher Zustimmung rechnen. Zukunft war damals noch ein positiver Begriff und Hoffnung allgegenwärtig – jedenfalls hierzulande und in den sozial abgesicherten Kreisen. Heute müssen die Utopien auf der Grundlage neuer Problemlagen und -sichten, dem „Ende der Illusionen“ (Andreas Reckwitz) und einer anderen gesellschaftlichen Grundstimmung neu bewertet werden.

Die aktuelle Lage und die Aussicht auf die kommende Zeit zwingen zu einer nüchternen Einschätzung. Die Begriffe Fortschritt und Modernisierung verlieren womöglich an programmatischer Überzeugungskraft. Ihre Versprechen sind gesellschaftspolitisch ohnehin fragwürdig geworden, denkt man etwa an das Thema Künstliche Intelligenz. Sie stehen nicht mehr nur für die gute Zukunft, sondern auch für die gefährdete und gefährvolle Zukunft, die bei vielen Menschen zurecht Befürchtungen und Sorgen hervorruft. Diese Situation gilt es ernst zu nehmen und ggf. auch in geeigneter Form zu besprechen.

Die „Verlustbearbeitung“, die Andreas Reckwitz (2024) so eindringlich empfiehlt, ist auch ein kulturpolitisches Thema, weil auch die Kulturpolitik Verluste hinnehmen werden muss. Die Kunst wird darin bestehen, darüber ins Gespräch zu kommen, ohne den Mut zu verlieren und auch weiterhin Neues zu ermöglichen. Vielleicht ist dafür der Soziologe Armin Nassehi mit seiner „Kritik der großen Geste“ im Zusammenhang mit dem Begriff „Große Transformation“ ein guter Ratgeber. Er warnt vor radikalen Veränderungszumutungen und schlägt statt großer Erzählungen und Zukunftsvisionen eine Politik der kleinen konkreten Schritte vor, „in konkreten Gegenwarten, mit konkreten

Zielen“, die dem notwendigen Wandel das „Bedrohliche“ nimmt (Nassehi 2024: 198, 215ff.). Zu viel „Agilität“ und appellative Dringlichkeit können auch kontraproduktiv sein, wenn mehr Handlungsfähigkeit und konkrete Problemlösungen erwartet werden. Transformation ist insofern auch eine Frage der mentalen Bereitschaft.

Dennoch? Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik

Sozialdemokratische Kulturpolitik war in den letzten Jahrzehnten – zumindest diskursiv – mit einem Überschuss an Ideen und Utopien verbunden und konnte damit in der spätmodernen Gesellschaft reüssieren. Sie befand sich im Einklang mit einem eher links-liberalen gesellschaftlichen Werteklima und konnte – vor allem für die neue Mittelklasse und für Teile des konservativen Bürgertums – glaubwürdige und erfolgreiche Kulturpolitik betreiben, häufig in Kooperation mit anderen demokratischen Parteien.

Angesichts des konstatierten Verlustes der linksliberalen Hegemonie in der „postliberalen Moderne“ (Blühdorn 2026) ändert sich die Situation. Das bisher Gutgemeinte und Gute-dachte wird womöglich nicht mehr ausreichen, um die erforderliche Zustimmung in der Gesellschaft zu bekommen. Notwendig ist jetzt vielmehr ein konkreter Erwartungshorizont dafür, was Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik heute zu leisten in der Lage ist und wie viel sie von ihren Zielen und Projekten bewahren und retten kann. Sie ist in vielerlei Hinsicht aufgefördert, mehr Realitätssinn und Pragmatismus an den Tag zu legen und auf den tatsächlichen Mehrwert von Kunst und Kultur (Hermann Glaser sprach von „Benefit“ und meinte damit das gesellschaftliche „Wohlbefinden“, das „Behagen in der Kultur“) für die Menschen zu verweisen. Im politikbegleitenden Diskurs wäre sicherzustellen, dass die Fallhöhe aus dem Himmel der Ideen auf den Boden der Tatsachen nicht zu groß wird. Die Begriffe Steuerung und Gestaltung sollten zurückhaltend eingesetzt werden, weil damit zu viel annonciert wird und die Gefahr besteht, dass die Erfolge zeitnah nicht erkannt werden und der Vorwurf des

Scheiterns immer präsent ist. Auch ist es an der Zeit, in diesem Diskurs weniger ideologische Anerkennungs- und Identitätsfragen zu diskutieren, sondern die anstehenden Sachfragen wie etwa bei der Bearbeitung des Sanierungsstaus in den Kultureinrichtungen wieder in den Mittelpunkt zu rücken, um auf mehr Resonanz in der Gesellschaft zu stoßen.

Sozialdemokratische Kulturpolitik braucht jetzt mehr denn je den Nachweis ihrer handwerklichen Kompetenz, ohne ihre Programmstärke und ihre Grundüberzeugungen zu vernachlässigen. Wenn dies gelingt und sich die Kulturpolitik darauf besinnt, was sie kann und wozu sie berufen ist, sollte eine Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik auch in Zeiten klammer Kassen möglich sein, wenn auch auf kleinerer utopischer Flamme. Es versteht sich von selbst, dass dies nicht bedeutet, die Analyse der Gesellschaft aus dem Blick zu verlieren. Denn schon Willy Brandt wusste, dass es notwendig ist, „auf der Höhe der Zeit zu sein, wenn Gutes bewirkt werden soll“.

Literatur:

- Blühdorn, Ingolfur (2026): Neue Kulturpolitik in der postliberalen Moderne. Ende oder Wende der alten Reformagenda? In: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 123, H. II/2026, S. 42-46
- Nassehi, Armin (2024): Kritik der großen Geste. Anders über gesellschaftliche Transformation nachdenken. München: C. H. Beck
- Reckwitz, Andreas (2024): Verlust. Ein Grundproblem der Moderne. Berlin. Suhrkamp
- Sievers, Norbert (2026): 50 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft – Organisationsgeschichte. Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft
- Sievers, Norbert/Knoblich, Tobias J./Mandel, Birgit (Hrsg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2025/26. 50 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft – Diskursgeschichte. Bielefeld: transcript Verlag

Zum 90. Jahrestag des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkrieges

von Frank Schauff



⇒ Frank Schauff hat studiert in Köln und Wolgograd, Master of Science der London School of Economics (LSE), Promotion an der Universität zu Köln zur Politik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939; veröffentlichte zur europäischen, russischen und spanischen Geschichte und Politik, lebt und arbeitet in Berlin.

Foto: © privat

Der Spanische Bürgerkrieg nahm am 17. Juli 1936 mit einem Militärputsch seinen Anfang und weitete sich in seinem weiteren Verlauf zum „Kreuzzug gegen den die Roten“ aus. Auf Seiten des Militärs konnte sich General Franco durchsetzen, da es ihm gelang, woran andere aufständische Militärs in den Tagen zuvor gescheitert waren: er sicherte sich die Unterstützung Mussolinis und Hitlers, der seine Entscheidung zur Unterstützung spontan und gegen das Votum des Auswärtigen Amtes in Bayreuth spätabends noch unter dem Eindruck einer Wagner-Oper traf. Durch die Entsendung moderner Flugzeuge – die spanische Marine war der Republik gegenüber loyal geblieben – konnte Franco mit der ersten Luftbrücke der Geschichte seine Truppen über die Straße von Gibraltar übersetzen. Dies war auch der Beginn der bald als „Achse Berlin-Rom“ bezeichneten Kooperation beider Diktaturen.

Aber nicht allein wegen dieser an sich bereits unerhörten Ereignisse verdient der Spanische Bürgerkrieg auch zum 90. Jahrestag seines Beginns als wichtige historische Wegmarke Erinnerung. Er stellt den Höhepunkt der europäischen Linken im Kampf gegen den Faschismus vor dem kurz darauf beginnenden Weltkrieg und gleichzeitig den letzten Versuch subalternen Klassen in Europa dar, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Vorbedingungen des Konfliktes

Spanien, am westlichen Rande des Kontinents gelegen und von europäischen Entwick-

lungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts isoliert, nahm einen eigenen Weg, der sich in vielem von seinen östlichen Nachbarn unterschied. Nach der Befreiung von napoleonischer Besetzung sagten sich die meisten der lateinamerikanischen Kolonien von Spanien los, sodass das Land auch in dieser Hinsicht geschwächt wurde. Die Säkularisierung von Kirchengütern begünstigte insbesondere im Süden die Etablierung großer Latifundien, die von Tagelöhnern bearbeitet wurden, was zu einer scharfen sozialen Spaltung führte. Dies trug zur Entwicklung einer zunächst stark von Bakunin geprägten anarchistischen Bewegung bei, die bis 1936 den größeren Teil der spanischen Arbeiterschaft mobilisieren konnte. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden zudem stärker ausgeprägte Regionalismen, insbesondere im Baskenland und Katalonien, die zunehmend mit dem zentralistischen Machtanspruch Kastiliens kollidierten, zumal beide nördliche Regionen eine dynamischere industrielle Entwicklung aufwiesen.

Im Laufe der Jahrzehnte kam es immer wieder zu Militärputschen, aber auch zu dynastisch angelegten Bürgerkriegen, da insbesondere in Navarra die karlistische Strömung der Monarchisten in Opposition zum herrschenden Teil der Bourbonen verwurzelt war. Diese militante reaktionäre Bewegung konnte sich ebenfalls bis 1936 halten und eine wichtige Rolle auf Seiten des aufständischen Militärs im Norden des Landes spielen. Ende des Jahrhunderts verlor Spanien im Krieg mit den USA sowohl Cuba als auch die Philippinen, die beiden wichtigsten verbliebenen Kolonien. Die Herrschenden und insbesondere das geschlagene, auf Revanche abzielende Militär begaben sich dafür umso verbissener in einen jahrelangen, verlustreichen und brutalen Kolonialkrieg in Marokko.

Einerseits entwickelte sich Spanien zu einer konstitutionellen Monarchie, andererseits war das Regierungssystem von Korruption gekennzeichnet, wobei es in erster Linie darum

ging, die Arbeiterbewegung außen vor zu lassen, die sich gegen die Willkür der Bourgeoisie im landwirtschaftlich geprägten Süden, im sich industrialisierenden Norden und im nun auch langsam nachziehenden Zentrum des Landes zur Wehr setzte. Hier schreckten die Anarchisten, die sich zu einer inhaltlich wie organisatorisch heterogenen Bewegung entwickelt hatten, auch nicht vor terroristischen Anschlägen oder periodisch ausbrechenden regionalen Aufständen zurück, die mit der Waffengewalt des Militärs oder der verhassten *Guardia Civil* niedergeschlagen wurden. Als eine der ersten sozialistischen Parteien überhaupt wurde Ende der 70er Jahre die marxistische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) in Madrid gegründet, die sich allerdings in den ersten Jahrzehnten organisatorisch langsam entwickelte und gegenüber dem übermächtigen anarchistischen Zweig der Arbeiterbewegung von untergeordneter Bedeutung blieb. Dies sollte sich erst im 20. Jahrhundert ändern.

Spanien blieb während des 1. Weltkriegs neutral und belieferte somit beide kriegführenden Seiten mit Exportgütern. Dies brachte ein starkes Wachstum insbesondere der industriellen Produktion und somit eine weitere Verschärfung der regionalen Unterschiede mit sich. Aber auch soziale und politische Gegensätze verschärften sich, sodass es 1917 – auch entfernt inspiriert durch die Vorgänge in Russland – zu Streiks und Unruhen unter Beteiligung der von der PSOE kontrollierten Gewerkschaft (UGT) kam, die allerdings mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden. Insbesondere die Anarchisten mit dem 1910 entstandenen organisatorischen Kern der syndikalistischen Gewerkschaften (CNT) sorgten jedoch auch in den folgenden Jahren weiter für Konflikte, zumal Spanien mit dem Ende des Weltkrieges eine scharfe Krise erlebte.

Das Militär beendete diese Krisensituation durch einen Putsch 1923, aber diesmal trat es die Macht nicht nach ein paar Monaten an eine zivile Regierung ab, sondern Diktator Primo de Rivera orientierte sich an Italien und etablierte eine Modernisierungsdiktatur mit Hilfe einer Partei nach faschistischem Vorbild. Da-

mit hatte Spanien – wiederum gegen europäische Tendenz – die bürgerlich-demokratische durch eine diktatorische Regierungsform ersetzt. Während die Diktatur die CNT wie auch die gerade von der PSOE abgespaltene kleine kommunistische Partei (PCE) unterdrückte, wurde die sozialistische UGT als Mittel zur Integration der Arbeiterklasse in das Herrschaftssystem genutzt. Dies führte einerseits zu auch später noch relevanten Konflikten in der PSOE, ermöglichte andererseits aber der UGT, sich unter dem Generalsekretär Francisco Largo Caballero organisatorisch weiterzuentwickeln. Mit beginnender und Spanien hart treffender Weltwirtschaftskrise geriet das Regime zunehmend in Schwierigkeiten. 1930 trat Primo de Rivera zurück. Da sein Nachfolger die Situation aber nicht stabilisieren konnte, ging König Alfonso XII., Großvater des späteren Königs Juan Carlos I., ohne abzudanken ins italienische Exil.

Die Spanische Republik wurde – während in anderen Teilen Europas demokratische durch diktatorische Regime ersetzt wurden – durch ein Bündnis zwischen PSOE und kleineren linksliberal-antiklerikalen Parteien im April 1931 ausgerufen. Bei den ersten Parlamentswahlen errang dieses aufgrund des Wahlsystems eine klare Mehrheit der Abgeordneten. Die Koalitionsregierung mit Largo Caballero als Arbeitsminister weckte mit ihrem Programm große Erwartungen bei ihrer Basis und tatsächlich wurden im sozialen Bereich erste Erfolge erzielt. Aber die angestrebte Landreform blieb in Halbheiten stecken, was sowohl die neu gegründete, schnell anwachsende sozialistische Landarbeitergewerkschaft (FNTT) als auch Grundbesitzer auf die Barrikaden brachte. Dem Baskenland und Katalonien wurden Autonomierechte zugestanden. Des weiteren führten gegen die katholische Kirche gerichtete Reformen wie das Verbot des Jesuiten-Ordens, die staatliche Kontrolle des Schulunterrichts oder die Einführung von Zivilehe und Ehescheidung ebenfalls zu massivem Widerstand. Dieser manifestierte sich in der Bildung einer rechtsgerichteten, katholischen Sammlungsbewegung (CEDA), die frontal die linksliberale Regierung und die Republik als solche attackierte.

Diese Regierung zerbrach insbesondere am Unwillen der Sozialisten zu ihrer Fortsetzung. Bei den folgenden Wahlen erhielten Mitte-rechts-Parteien die Mehrheit der Sitze. Unter Führung der korrupten Radikalen wurde eine durch die CEDA geduldete Regierung gebildet, die sofort daran ging, Teile der Reformen rückgängig zu machen. Nach den Erfahrungen der kampflosen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung wollte die sozialistische Linke sich nicht einfach der aus ihrer Sicht drohenden faschistischen Gefahr ergeben. Ausgerechnet der zuvor mit der Militärdiktatur verbundene Largo Caballero setzte sich an die Spitze eines sich zunehmend radikalisierenden linken Partei- und Gewerkschaftsflügels, zu dem auch die Jungsozialisten unter Santiago Carrillo, später jahrzehntelang Generalsekretär der PCE, zählten. Als die CEDA im Oktober 1934 in die Regierung eintrat, kam es zu einem schlecht vorbereiteten Aufstand, der insbesondere in Asturien nach tagelangen Kämpfen von Truppen unter Franco brutal niedergeschlagen wurde. Die Führung des Aufstands wurde inhaftiert, Largo Caballero zog sich von der Parteiführung zurück, was dem nun übernehmenden gemäßigten Flügel der PSOE erlaubte, unter der Bezeichnung *Frente Popular* eine Neuaufgabe der linksliberalen Koalition anzustreben.

Sieg der Volksfront

Im Februar 1936 gewann dieses Bündnis, dem sich im letzten Moment auch die stalinistische PCE anschließen konnte und zu dem bezeichnenderweise ebenso die von ihrer abgespaltene sowie an Trotzki orientierte POUM gehörte. Dies gelang, da die Anarchisten diesmal nicht zur Wahlenthaltung aufriefen. Als die Volksfrontregierung, der die Sozialisten zunächst nicht angehörten, sich an die Fortführung der 1933 unterbrochenen Reformpolitik machte, sah sie sich einerseits einer Mobilisierung eines Teils der Landarbeiter gegenüber, die Landbesetzungen begannen, andererseits traf sie auch auf den nun gewaltsamen Widerstand der extremen Rechten, deren radikalster Teil, die faschistische Falange unter dem Sohn des früheren Diktators Primo de Rivera immer größere Teile der sich

nun wieder auflösenden CEDA an sich ziehen konnte.

Parallel dazu planten mehrere rechtsgerichtete Generäle einen erneuten Putsch. Dieser, dem sich neben dem größten Teil der Armee auch die *Guardia Civil* weitgehend anschloss, wurde ausgelöst, als Mitte Juli ein bekannter monarchistischer Politiker ermordet wurde. Aber diese „präventive Konterrevolution“ (Luigi Fabbri) traf diesmal auf den erbitterten Widerstand weiter Teile der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterorganisationen unter Einschluss der Anarchisten. Hieraus entwickelte sich der Bürgerkrieg, der im April 1939 mit der Niederlage der Republik endete, die den Beginn der dreieinhalb Jahrzehnte andauernden Diktatur Francos markierte.

Spanische und internationale Verwicklungen

Ohne auf die einzelnen militärischen oder die auf beiden Seiten insbesondere in den ersten Tagen des Konfliktes gegen tatsächliche oder mutmaßliche Gegner begangenen Gewalttaten detailliert einzugehen, sollen hier mehrere wichtige spanische wie internationale Verwicklungen des Konflikts hervorgehoben werden: Der Putsch weitete sich zu einem Bürgerkrieg aus, der wiederum eine soziale Revolution auslöste. In weiten Teilen des sich in zwei verfeindete Zonen spaltenden Landes, schlugen Arbeiter Militäraufstände nieder, besetzten Land und Fabriken. Daran beteiligten sich nicht nur die Anarchisten, sondern auch große Teile der UGT sowie der POUM. Während sich die bürgerlichen Parteien innerhalb der Republik weitgehend auflösten, stemmte sich der rechte Flügel der Sozialisten, bemerkenswerterweise unterstützt durch die aus der Moskauer Komintern-Zentrale gesteuerte PCE, gegen die spontanen Enteignungen der ersten Wochen und Monate. Diese beiden Kräfte bemühten sich um Eindämmung der sozialen Revolution zugunsten einer Stärkung staatlicher Strukturen, einschließlich der Eingliederung der Parteimilizinen in die Volksarmee vor allem unter dem Eindruck der sich ungünstig entwickelnden militärischen Lage und ironischerweise unter dem Ministerpräsi-

dentem Largo Caballero, der durch seine Politik revolutionäre Erwartungen befeuert hatte.

Innerhalb der Republik liefen Prozesse zunehmender politischer Fragmentierung ab. Die Aufständischen dagegen zwangen ihre verschiedenen politischen Strukturen trotz ideologischer Unvereinbarkeit unter Francos Führung in eine einheitliche Organisation. Währenddessen nahmen die Antagonismen innerhalb der Republik unter dem Druck der drohenden militärischen Niederlage zu und entluden sich zunächst im Aufstand von Anarchisten und POUM in Barcelona im Mai 1937, der von Regierungstruppen niedergeschlagen wurde – ein Bürgerkrieg im Bürgerkrieg. Die gewaltsame Disziplinierung der Revolutionäre setzte sich in anderen Teilen der Republik, insbesondere an der aragonesischen Front fort. Dies erhöhte zwar die Disziplin, ließ aber ebenso den revolutionären Elan verfliegen. Es war aber sicherlich richtig im Sinne der Stabilisierung der Volksarmee von Seiten der Zentralregierung regelnd einzugreifen. In diese Richtung hatten auch die in Spanien anwesenden Komintern-Berater gewirkt, die dies aufgrund der Erfahrung der Russischen Revolution taten. Im Zuge der folgenden Umbildung wurden Kommunisten erstmals außerhalb der UdSSR Teil einer nationalen Regierung.

Internationalisierung des Konfliktes

Von erheblicher Bedeutung für den Konflikt insgesamt war die internationale Einmischung. Das Deutsche Reich und Italien entschieden wenige Tage nach dem Putschversuch, Franco mit Waffen und Soldaten zu unterstützen. Die deutsche „Legion Condor“, die über den Verlauf des Einsatzes knapp 20.000 Mann durchliefen, ist auch heute noch ein Begriff. Ihr italienisches Pendant, CTV, umfasste im gesamten Verlauf rund 80.000 Mann. Beide nahmen an den Kampfhandlungen aktiv teil, so bei der Zerstörung der baskischen Stadt Guernica durch die deutsche Luftwaffe.

Das ebenfalls von einem Volksfrontbündnis regierte Frankreich war durch Weltwirtschaftskrise sowie innenpolitische Konflikte geschwächt und agierte weitgehend im Fahr-

wasser des konservativ regierten Großbritanniens, das erstmals bei der Abessinien-Krise wenige Monate zuvor *appeasement* gegenüber Mussolini verfolgt hatte und dies ebenso in Bezug auf Spanien tat. Auch in diesem Falle setzte die britische Regierung – wohlgemerkt zu jener Zeit *die* Weltmacht – darauf, den Völkerbund auszuschalten und initiierte einen in London tagenden Nicht-Interventionsausschuss europäischer Staaten. Dieser wurde in seiner Funktionsweise zum Feigenblatt für die weithin bekannte Intervention der Achsenmächte zugunsten der Aufständischen einer- und die weitgehende Untätigkeit der Westmächte gegenüber der Republik andererseits. Dieser Ausschuss, ebenfalls eine historische Innovation, nahm allein schon wegen seiner Funktion, die legitime spanische Regierung von Waffenlieferungen abzuschneiden, eine völkerrechtlich höchst problematische Rolle ein.

Neu war auch die sowjetische Unterstützung, deren Charakter eine jahrzehntelange Kontroverse in der internationalen Linken hervorrief. Die Sowjetunion jener Jahre – keineswegs mit der aus dem 2. Weltkrieg hervorgehenden Supermacht zu verwechseln – war dabei, die Folgen der Stalinschen Politik der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft zu überwinden, hatte den Kurs der forcierten Industrialisierung eingeschlagen, und die Führung war sich einer seit 1933 drohenden deutschen Aggression bewusst. Für das stalinistische Regime kam der Spanische Bürgerkrieg einerseits wegen der innenpolitischen Situation zu einem ungünstigen Zeitpunkt, andererseits konnte es aber nun auch versuchen, sich an der Seite der Spanischen Republik als zuverlässiger Partner in Umsetzung der von ihm selbst entworfenen und sich an die Westmächte zur Eindämmung der faschistischen Gefahr in Europa wendende Konzeption der „Kollektiven Sicherheit“ zu beweisen. Deshalb und wegen Restbeständen an proletarischem Internationalismus griff die UdSSR unter Stalins Führung erstmals in einem anderen europäischen Staat mit militärischer Unterstützung ein, auch wenn dies nicht öffentlich zugegeben wurde. Dieser Internationalismus zeigte sich auch in den zum Teil sicherlich

auch orchestrierten Solidaritätsbekundungen der Belegschaften industrieller Betriebe. Hier wurde das Schicksal der Spanischen Republik mit der drohenden Gefahr für die Sowjetunion selbst – in Ostasien kam es bereits 1937/38 zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit Japan – verknüpft. Sie dienten somit der Erhöhung eigener Verteidigungsbereitschaft und Arbeitsdisziplin. Dies wiederum verband sich mit der ebenfalls seit Sommer 1936 einsetzenden Suche nach Spionen, Saboteuren und Feinden des Volkes, wie sie durch die Schauprozesse bis 1938 beispielhaft vorgeführt wurde. Die entfesselte Dynamik des Terrors, „eine Art Bürgerkrieg innerhalb der herrschenden Elite selbst“ (Gábor Tamás Rittersporn), ließ keinen der mit der Hilfe für die Spanische Republik befassten zentralen Apparate unberührt: die Volkskommissariate für Äußeres, Inneres und Verteidigung ebenso wie der zentrale Apparat der Kommunistischen Internationale wurden durch den Terror hart getroffen. Dies schwächte den Einsatz in Spanien. Alle führenden Diplomaten, rund ein halbes Dutzend an der Zahl, wurden nach ihrer Rückkehr aus Spanien hingerichtet. Dies traf ebenso mit einer gewissen Zeitverzögerung auf manche der militärischen Spitzenberater zu. Andere jedoch, wie der spätere sowjetische Verteidigungsminister Rodion Malinowski, machten noch Karriere.

Militärisches Gewicht hatte die Entsendung von Beratern ab August 1936 sowie militärischer Ausrüstung seit dem Frühherbst, also deutlich später als von Seiten Deutschlands oder Italiens. Die Zahl der entsandten Militärs belief sich bis zum Ende des Konflikts auf insgesamt rund 3.000, also auch signifikant weniger als von faschistischer Seite. Dennoch spielte das entsandte sowjetische Luftkommando bei der Verteidigung Madrids im Herbst 1936 beispielsweise eine wichtige Rolle. Dabei bezahlte die Republik die Waffenhilfe zum Großteil mit den nach Moskau evakuierten Goldreserven ihrer Zentralbank.

Internationale Brigaden

Ein Restbestand an internationaler proletarischer Solidarität manifestierte sich im seitens

der Komintern-Führung im Spätsommer gefassten Beschluss, Internationale Brigaden zu organisieren. Die Bewegung hatte bereits in den Wochen zuvor spontan begonnen. Nun wurden insbesondere über die französischen Kommunisten systematische Rekrutierung und Schleusung der zumeist kommunistischen, aber auch sozialistischen, anarchistischen oder linksliberalen Freiwilligen abgesichert. Die Brigaden, die Teil der Spanischen Volksarmee waren, brachten unter den Älteren Kriegserfahrung mit und waren sicherlich vom Kampf gegen den Faschismus beseelt. Die legendären, 1938 aufgelösten Internationalen Brigaden spielten mit rund 40.000 Mann Stärke in einigen Schlachten des Kriegs eine durchaus wichtige militärische, aber sicherlich vor allem eine politische Rolle. Sie waren vermutlich der einzige Erfolg der seit 1939 weitgehend funktionslosen und 1943 aufgelösten Komintern.

Die Frage, ob die Sowjetunion die Spanische Republik unter ihre Kontrolle bringen wollte oder konnte, ist definitiv zu verneinen, dazu war sie viel zu schwach. Spanien ist trotz zum Teil semantischer Ähnlichkeiten keine Volksrepublik im Sinne Osteuropas seit 1945 gewesen, anders herum hat die Sowjetunion jedoch Schlüsse aus dem spanischen Beispiel gezogen.

Gründe für das Scheitern

Die Spanische Republik scheiterte an mehreren Faktoren: Während die Aufständischen ein hohes Maß an militärischer Erfahrung und Disziplin mit massiver Unterstützung Hitlers und Mussolini und zunehmender politischer Geschlossenheit vereinen konnten, nahm die bereits vor Beginn des Bürgerkrieges vorhandene Fragmentierung politischer Kräfte in der Tendenz noch zu, auch wenn dem entgegen gesteuert wurde.

Hier ist zunächst auf die tiefe Spaltung der Arbeiterbewegung zwischen anarchistischem und marxistisch inspiriertem Zweig, aber insbesondere auf die Konflikte innerhalb der PSOE, der wichtigsten Partei der Republik zu verweisen. Von den beiden mächtigsten euro-

päischen Staaten allein gelassen, hatte die Republik in der Sowjetunion einen eher schwachen, selbst von inneren Konflikten belasteten Unterstützer gefunden. Die innersowjetischen Probleme trugen zum Misstrauen der Westmächte bei und ließen eine Zusammenarbeit zugunsten der Spanischen Republik und kollektiver Sicherheit unmöglich werden.

Auch wenn sich die Republik bemerkenswerterweise fast drei Jahre lang gegen einen militärisch übermächtigen Feind behaupten konnte, wurde der Druck dieser Übermacht mit zunehmenden territorialen Verlusten immer höher und ihre Ressourcen, dem zu widerstehen, immer geringer. Daran zerbrach die fragile innere Einheit der Republik, die nach einem weiteren Putsch erneut in einen Bürgerkrieg im Bürgerkrieg verfiel. Die letzten Wochen waren für Franco ein leichtes Spiel.

Ein Denkmal im Hafen von Alicante erinnert heutzutage an das Ende, als insbesondere italienische Kräfte dort die letzten paar Tausend republikanischer Soldaten, die nicht mehr hatten fliehen oder Selbstmord begehen können, festsetzten. Die Gefangenen sahen in den Lagern der Diktatur Francos einem grausamen Schicksal entgegen. ■

Rezension von Franziska Drohsel und Ingo Siebert



☞ **Franziska Drohsel** ist Rechtsanwältin, war Juso-Bundesvorsitzende und ist Mit-Herausgeberin der spw.

Foto: © Daniel Reitzig



☞ **Ingo Siebert** ist Stadtsoziologe und lebt und arbeitet in Berlin. Er ist Mitglied im Bundesvorstand des Forum DL 21 und Co-Vorsitzender der Regionalgruppe Berlin sowie Mitglied im Vorstand des Instituts solidarische Moderne.

Foto: © privat

Ralf Hoffrogge

Das laute Berlin – Deutsche Wohnen & Co enteignen und die Wiederkehr der Vergesellschaftung

Brumaire Verlag, Berlin 2025

24 €

Berlin ist zum Labor einer neuen sozialen Frage geworden. Steigende Mieten, Verdrängung und die Macht börsennotierter Wohnungskonzerne prägen den Alltag vieler Menschen. In seinem Buch „Das laute Berlin“ beschreibt der Autor Ralf Hoffrogge, wie die Mietenkrise zum demokratischen Aufbruch wurde und die Berliner Mietenbewegung in Zeiten des Rechtsrucks nicht nur solidarische Alternativen zur Hetze geschaffen, sondern Vergesellschaftung wieder auf die politische Tagesordnung gehoben hat. Er zeigt in seinem Buch: Vergesellschaftung ist kein radikaler Bruch, sondern ein demokratisches Versprechen, was inmitten der Sozialdemokratie gut

aufgehoben wäre. Deshalb ist es für links denkende Menschen in der Sozialdemokratie ein äußerst lohnendes Buch.¹

1. Artikel 15 als sozialdemokratische Tradition

Hoffrogge erinnert daran, dass Artikel 15 Grundgesetz nie als Randnotiz gedacht war. Die Möglichkeit, Grund und Boden sowie Produktionsmittel in Gemeineigentum zu überführen, gehört zum demokratischen Instrumentarium der Bundesrepublik. Es war die Sozialdemokratie, die darum kämpfte, Artikel 15 im Grundgesetz zu verankern und ihre Zustimmung an diesen Artikel knüpfte.

Hoffrogge legt die historische Linie offen. Vergesellschaftung steht in der Tradition sozialdemokratischer Kämpfe um demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Sie ist keine nostalgische Idee, sondern eine Antwort auf ein aktuelles Problem: die Konzentration von Eigentum und die Entkopplung zentraler Lebensbereiche vom Gemeinwohl. Über eine Million Berliner:innen stimmten 2021 für die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände. Dieses Votum war kein Protestsignal, sondern ein politischer Auftrag.

2. Neue Formen des Klassenkampfs in der Stadtgesellschaft

Die Stärke des Buches liegt in der Analyse der Bewegung „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Hoffrogge beschreibt sie als Ausdruck einer neuen Klassenpolitik, wenngleich sie „keine Arbeiteridentitäten und kaum sozialistische Rhetorik“ nutzt (S. 422). Die neue Mietenbewegung kam nicht aus der Arbeiter:innenbewegung, sondern kämpfte vielmehr um die „Wiederherstellung von Klassenkompromissen der Vergangenheit“, die von anderen längst vergessen schienen (S. 422). Ihr Ansatz-

¹ Siehe auch: Drohsel, Franziska/Karnietzki, Michael/Siebert, Ingo (2023): Sozialisierung und Sozialdemokratie – am Beispiel „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ in Berlin. In: spw 254 – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

punkt war die Rekommunalisierung und damit das Erbe kommunalsozialistischer Ideen.

So entsteht ein Klassenkampf, der nicht spaltet, sondern verbindet. Ein Klassenkampf, der im Alltag beginnt: im Mietvertrag, im Kiez, in der Angst vor der nächsten Mieterhöhung.

3. Daseinsvorsorge jenseits des Finanzmarktkapitalismus – und der Erfolg der Bewegung

Die Privatisierung des Wohnraums in Berlin „führte in den Wohnungsmangel, Deregulierung und Finanzialisierung machten aus dem Mangel eine Preisexplosion“ (S. 469). Im Zentrum steht die Kritik an börsennotierten Wohnungsunternehmen wie Vonovia oder Deutsche Wohnen. Hier wird besonders deutlich, was es heißt, wenn Wohnen zur Finanzanlage wird. Mietzahlungen fließen dann nicht mehr in Instandhaltung oder Verwaltung. Sie werden Teil globaler Finanzströme. Wohnungen dienen als Sicherheiten für Kredite. Immobilien werden als Aktien gehandelt. Renditeerwartungen treiben die Mieten in die Höhe. Das bedeutet konkret: Wohnen wird zur Ware – mit gravierenden sozialen Folgen.

Hoffrogge zieht daraus eine klare Konsequenz: Die Daseinsvorsorge darf nicht dem Finanzmarkt unterworfen sein. Über Wohnraum muss im Sinne des Gemeinwohls und der Demokratie entschieden werden. Vergesellschaftung ist keine ideologische Idee, sondern eine praktisch-pragmatische Antwort.

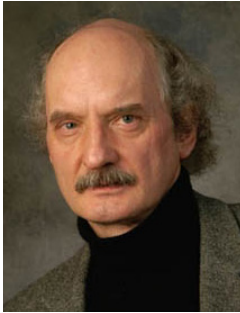
Der Erfolg der Bewegung erklärt sich aus mehreren Faktoren: Erstens betrifft sie einen existenziellen Alltagskonflikt, den viele erleben. Zweitens bietet sie mit Artikel 15 Grundgesetz ein konkretes, rechtlich verankertes Instrument. Drittens ermöglicht sie reale Beteiligung und kollektive Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Viertens schließt sie eine politische Lücke, die lange offen war. Genau daraus entsteht ihre Mobilisierungskraft.

Fazit

„Das laute Berlin“ ist mehr als eine Analyse, es ist ein politischer Weckruf. Hoffrogge zeigt, dass die Vergesellschaftung wieder im Zentrum politischer Auseinandersetzungen steht. Die Bewegung „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ steht für eine erneuerte Klassenpolitik: Sie ist vielfältig, konkret und durchsetzungsfähig. Ihr Erfolg zeigt: Wenn die soziale Frage, eine demokratische Praxis und politischer Mut zusammenkommen, wird Veränderung möglich.

Berlin macht vor, was möglich ist: eine Politik, die soziale Konflikte ernst nimmt, demokratische Instrumente nutzt und kollektive Lösungen organisiert. Und Hoffrogge hat ein Buch geschrieben, dessen Erkenntnisse der Sozialdemokratie gut zu Gesicht stünden. ■

Rezension von Michael Krätke



⇒ Michael R. Krätke war Professor für Politische Ökonomie an der Universität von Amsterdam, an der Universität Lancaster (UK) und an der Tohoku Universität in Sendai, Japan. Er lebt in Amsterdam.

Foto: © privat

Sven Beckert

Kapitalismus – Geschichte einer Weltrevolution

Rowohlt Verlag Hamburg 2025

1279 Seiten, 42 €

Mit seinem Werk hat der in Harvard lehrende Historiker Sven Beckert einen Coup gelandet: Die Presse ist begeistert, das Buch verkauft sich trotz seines gewaltigen Umfangs. Auf Englisch ist im Titel von der „Globalgeschichte“ des Kapitalismus die Rede, auf Deutsch wird uns die „Geschichte einer Weltrevolution“ versprochen.

Die Darstellung wird den meisten Leser:innen gefallen, manche auch verstören. Denn Beckert erzählt die Geschichte des Kapitalismus in einer Folge von Anekdoten und Geschichten, die an verschiedenen Orten der Welt spielen. Das entspricht seinem Credo, dass der Kapitalismus nicht an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit entstanden ist. Ebenso wenig wie den Anfang will er zudem das Ende des Kapitalismus eindeutig bestimmen.

Der Autor spart nicht an Daten, Fakten und Illustrationen. Ihm gelingen treffende Metaphern, mit denen er die lange historische Abfolge von Revolutionen und Transformationen des Kapitalismus nachzeichnet. Seine Geschichte beginnt im Hochmittelalter, im 12. Jahrhundert. Das Leitmotiv heißt Veränderung: Denn der Kapitalismus, das hat Beckert von Marx gelernt, ist nicht als ein „fester Kristall“, sondern als ein „umwandlungsfähiger

und stets im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus“ zu verstehen.¹ Mehr als zwei Drittel des Buchs sind den großen Veränderungen des Kapitalismus seit Anfang des 18. Jahrhunderts gewidmet. Mit bemerkenswertem Mut führt der Autor seine Darstellung bis zur Gegenwart fort. Die dreißig goldenen Jahre nach 1945 werden ebenso behandelt wie das darauffolgende Zeitalter des Neoliberalismus und die jüngste Entwicklung seit der Finanzkrise von 2008/09.

Schwach ist das Buch in der Theorie. Beckert begnügt sich mit einer minimalistischen Vorstellung von Kapitalismus: Als ununterbrochene, im Prinzip grenzenlose Vermehrung von Kapital. Wie aus Geld immer mehr Geld werden kann, wie endlose Kapitalverwertung und Kapitalvermehrung (Akkumulation) möglich sind und möglich bleiben, auf eine Diskussion dieser Fragen lässt er sich nicht ein. Die politischen Ökonomen, die sich darüber die Köpfe zerbrochen, er kennt und nennt sie wohl. Er unterscheidet zu Recht verschiedene Arten des Kapitals – Handelskapital, industrielles Kapital, Finanzkapital – und verschiedene Formen des Kapitalismus. Aber diese Formen tauchen in aufeinanderfolgenden Episoden oder Epochen der Kapitalismusgeschichte immer wieder auf, als gleichbleibende Elemente des Kapitalismus, wie es scheint.

Ohne die Geschichte des Staates bzw. der Staaten (oder des jeweiligen Staatensystems von unterschiedlich gewichtigen „Mächten“) ist eine Geschichte des Kapitalismus nicht zu schreiben. Vom Anfang bis zum denkbaren Ende sind Staat und Kapitalismus miteinander verknüpft. Der Kapitalismus, so Beckert,

¹ So hat Karl Marx den Kapitalismus im Vorwort zur ersten Auflage des ersten Bandes des „Kapital“ treffend charakterisiert (siehe Karl Marx, Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, in: Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Band 23, Berlin 1968, S. 16). Allerdings hat Marx das Wort Kapitalismus in seinem umfangreichen Werk nur wenige Male gebraucht und stets im zu seiner Zeit üblichen Sinne einer bestimmten Verhaltensweise der Kapitalisten, ihren „Bereicherungsdrang“ und „Expansionsdrang“ beschreibend. Für den Begriff des „Kapitalismus“ allerdings ist und bleibt Marx' Theorie unverzichtbar (vgl. dazu: Michael R. Krätke, Capitalism, in: Marcello Musto (Hrsg.), The Marx Revival. Key Concepts and New Interpretations, Cambridge – New York 2020, S. 1–23).

war und ist abhängig vom Staat und „staatszentriert“. Das ist der stärkste Punkt dieser Kapitalismusgeschichte – und zeigt zugleich die größte Schwäche seines Autors. Er betont den notwendigen Zusammenhang von Staat und Kapital fortlaufend, ohne sich je darüber klar zu werden, dass „der Staat“ nicht immer derselbe bleiben kann. Indem Staaten in die kapitalistische Entwicklung eingreifen, verändert sich nicht nur der Kapitalismus, sondern auch der Staat. Beckert sieht den Zusammenhang – Kapitalisten brauchen den Staat, aber keinen bestimmten Staat, sie können mit allen möglichen Staaten und Staatsformen leben und umgekehrt – aber er belässt es bei der allgemeinen Formel. Diese ist leider völlig unzureichend, um die vielen Wandlungen im Verhältnis von Staat und kapitalistischer Wirtschaft (und Gesellschaft) im Lauf der Geschichte des Kapitalismus zu erfassen.²

Das ist nicht die einzige Ungereimtheit in dieser überaus lebendigen und detailreichen Darstellung. Beckert behauptet, der Kapitalismus sei von Anfang an ein Weltsystem gewesen. Er zeigt aber gerade, dass erst mit und durch die industrielle Revolution ein Weltmarkt und eine kapitalistische Weltwirtschaft entstand. Erst in der Periode nach 1850 konnte sich die kapitalistische Revolution – als Revolution der Produktionsweise und Revolution der Lebensweise – weltweit durchsetzen. Und erst um das Jahr 2000 herum kann man davon sprechen, dass der Kapitalismus in alle Ecken der Welt vorgedrungen ist und alle Aspekte des Lebens auf diesem Planeten durchdrungen hat. Beckert meidet jede Auseinandersetzung mit der langen Folge von „Globalisierungen“ (und gelegentlichen Deglobalisierungen), die die Geschichte des Kapitalismus auszeichnet. Das mag mit der wohlbegründeten Skepsis des Historikers gegenüber dem ohrenbetäubenden Geschwätz der Soziologen- und Politolo-

genzunft über die „Globalisierung“ zusammenhängen. Ganz meiden kann und sollte man diese langen Wellen der Globalisierung aber nicht.³

Die Erzählstränge in diesem Buch sind bestechend: Beckert beginnt mit vielen kleinen „kapitalistischen Inseln“ an vielen Orten der Welt, die nach und nach durch stets weiter gespannte Handelsnetzwerke verknüpft werden. In Ozeanen der Natural- und Subsistenzwirtschaft werden die kapitalistischen „Inseln“ zu kapitalistischen „Archipelen“, die zu Kontinenten heranwachsen – und dank der enormen Produktivitätssprünge der industriellen Revolutionen entsteht daraus ein Weltreich des Kapitalismus. Ohne feste Grenzen, aber immer in Bewegung, immer weiter expandierend.

Epochenbrüche und Zeitenwenden gibt es in dieser Kapitalismusgeschichte, aber die großen und kleinen Krisen spielen kaum eine Rolle; die Krisenzyklen, die langen und die kurzen Wellen ebenso wenig – abgesehen von der Finanzkrise 2008/09. Das kann man machen, sollte es aber begründen. Klassenkämpfe, soziale Bewegungen, Revolten nehmen viel Raum ein, ebenso die Aktionen der Kapitalisten. Natürlich auch die Staatsaktionen – und daher eben die Ideen. Es bleibt angesichts der hier von Beckert ausgebreiteten Materialfülle ein Desiderat, den großen und kleinen Krisen des Kapitalismus die Bedeutung einzuräumen, die ihnen gebührt: Als Auslöser und Treiber der meisten uns bekannten großen Transformationen, die die Geschichte des Kapitalismus geprägt haben.

Was verändert sich von Episode zu Episode? Die räumliche Struktur des Kapitalismus durch Verlagerung von Schwerpunkten, Zentren und Rändern der kapitalistischen Wirtschaft. Die Kapitalzusammensetzung durch den Auf- bzw. Abstieg von Handelskapital, Industriekapital, Finanzkapital. Die Arbeitsverhältnisse durch diverse Reorganisationen. Und

2 In der langen Tradition des europäischen Marxismus war diese Einsicht bei einigen Autoren, z.B. beim vielgeschmähten Karl Kautsky oder bei seinen Meisterschülern Otto Bauer und Rudolf Hilferding, sehr präsent. In jüngster Zeit haben die Autoren der Regulationsschule einige wenige Anläufe gemacht, um die Geschichte des Kapitalismus – in Gestalt wechselnder „Akkumulationsregimes“ oder „Regulationsweisen“ – wieder mit der Geschichte der modernen Staaten zu verschränken. Der entscheidende Punkt dabei, nämlich der Zusammenhang der altbekannten Triade von Rechtsstaat – Steuerstaat – Sozialstaat mit der kapitalistischen Entwicklung, ist leider rasch vergessen worden.

3 Vgl. hierzu: Michael R. Krätke, Eine Globalisierung oder viele? Zur langen Geschichte des großen Weltmarkts, in: Marcel van der Linden / Christoph Lieber (Hrsg.), Kontroversen über den Zustand der Welt, Hamburg 2007, S. 231–251.

die Beziehungen zwischen Kapital und Staat mit Blick auf Territorien und Ressourcen. Mit diesem Schema geht Beckert den verschiedenen historischen Formen des Kapitalismus zu Leibe, ohne allerdings je die Veränderungen in der Dynamik des Kapitalismus erklären zu können. Sicher, die Grundformen des Kapitals verschwinden nicht, aber sie verändern sich. Handels- und Finanzkapital heute sind etwas anderes als Handels- und Finanzkapital vor einem halben Jahrhundert.

Doch Veränderungen der räumlichen (und zeitlichen) Struktur des Kapitalismus sind nicht in allen kapitalistischen Epochen dieselben. Wenn sich die Knotenpunkte der globalen Handelsnetze verschieben, wenn Handelsstädte auf- oder absteigen, verschieben sich die kapitalistischen Zentren (und die jeweiligen Peripherien gleich mit). Allerdings nicht in der gleichen Weise. Denn Nationalstaaten und kapitalistische Nationalökonomien entstanden erst im 19. Jahrhundert, es gab sie keineswegs schon immer. Und ein klares räumliches Zentrum des Kapitalismus im Sinne einer dominanten Zentralregion gab es auch erst seit und infolge der industriellen Revolution, die zum ersten Mal eine durch Weltmärkte verknüpfte kapitalistische Weltwirtschaft schuf. Nicht zufällig in Europa und getrieben von der Expansion der europäischen Hauptländer (auch, aber nicht immer in kolonialen Formen). Der vom linken Zeitgeist geschmähte Eurozentrismus der politischen Ökonom:innen, auch der Marxist:innen, war daher unvermeidlich und für wenigstens drei Jahrhunderte auch richtig.

Dennoch: Wer Geschichten über den Kapitalismus einst und jetzt liebt und wen unscharfe Begriffe nicht stören, wird beim Lesen dieses Buchs viel lernen können. Neben gelungenen Metaphern werden auch viele Bilder geboten. Mehr politische Ökonomie, weniger Anekdoten hätten dem Buch aber gutgetan. ■

Rezension von Andreas Fisahn



☞ **Andreas Fisahn** ist Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht, Rechtstheorie an der Universität Bielefeld. Er ist Mit-Herausgeber der spw.

Foto: © privat

Rezension II:

Sven Beckert

Kapitalismus – Geschichte einer Weltrevolution

Rowohlt Verlag Hamburg 2025

1279 Seiten, 42 €

Sven Beckert zeigt, dass aus Inseln des Kapitals im Laufe der Jahrhunderte ein weltumspannendes System Kapitalismus wurde, das bis in die hintersten Winkel der Erde vorgedrungen ist. Das könne die sozialistische Theorie aufgreifen: Aus sozialistischen Inseln könne sich der Sozialismus ausbreiten und das kapitalistische System ersetzen. Mit „sozialistischen Inseln“ war nicht Kuba gemeint, sondern eine Organisation der Wirtschaft, die der Logik des Kapitals, der Logik von Konkurrenz, Verzinsung und Reproduktion auf immer höherer Stufenleiter entzogen ist, wie die öffentliche Infrastruktur oder Genossenschaften. Unabhängig von der Frage, ob diese zunächst sympathische Idee erfolgreich sein kann – die Inseln waren ja schon mal deutlich größer – reizen solche Überlegungen, sich mit Beckerts Geschichte des Kapitalismus auseinander zu setzen.

Das über 1000 Seiten starke Buch beginnt – man staunt – im 12. Jahrhundert in der jemenitischen Hafenstadt Aden. Beckert hat also keine eurozentrische Perspektive. Er schaut auf die „Inseln des Kapitals“ aus einer globalen Perspektive und verlegt die „Ursprungsorte des Kapitalismus“ nicht nach Europa, lässt sie nicht wie Marx mit der „ursprünglichen Akkumulation“ in England beginnen. Die Darstellung, nicht der Kapitalismus, endet bei Beckert in der Gegenwart und einer Prognose: „Doch irgendwann

wird der Kapitalismus ein Ende finden. Ganz gleich, ob wir dieses Ende fürchten oder erhoffen, wie alles in der Geschichte der Menschheit ist auch er endlich, selbst wenn man heute noch nicht sagen kann, wann oder wie er enden und was ihn ersetzen wird. (...) Wenn wir die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus selbst als Maßstab nehmen, ist es denkbar, dass, was immer nach dem Kapitalismus kommt, lange brauchen wird, um sich zu entwickeln, und über einen langen Zeitraum mit dem Kapitalismus verflochten sein wird, so wie der Kapitalismus über Jahrhunderte hinweg in nicht kapitalistische Gesellschaften eingebettet war. In dieser alten Ordnung trat der Kapitalismus zunächst auf Inseln auf, manche real, wie Barbados, andere metaphorisch.“ (S.1055)

Da wären sie, die sozialistischen Inseln im Kapitalismus.

Die Fülle an Material, die Beckert quer durch die Jahrhunderte und über den Globus verteilt und ausbreitet, ist beeindruckend und vielleicht auch ein wenig erschlagend, aber lehrreich. Und er schreibt vor allem in Geschichten. So etwa die Geschichten über Kaufleute wie Andrea Barbarigo aus Venedig, die East India und die Vereenigde Oost Indische Compagnie, über den vom Kaufmann zum Plantagenbesitzer und Sklavenhändler „aufgestiegenen“ Johann Jakob Bethmann oder über Hermann Röchling, der sich als Chef der Völklinger Hütte im Saarland den Nazis andiente. Eindrückliche Geschichten, die Spaß machen und dann in einen theoretischen Kontext gestellt werden, mit dem Beckert die verschiedenen Stadien der Entwicklung zusammenfasst.

Hier nur einige Stichworte zu diesen Entwicklungsstadien: Vom Handelskapital über koloniales Kapital, das auch Plantagenwirtschaft und Sklavenhandel betreibt, die Verlagswirtschaft und Manufaktur bis zum Industriekapitalismus und neoliberalen Kapitalismus mit seiner umfassenden Kommodifizierung aller Lebensbereiche. Letzterer gerät auch für Beckert 2008 in eine Krise und die gegenwärtige Entwicklung ist für Beckert noch im Fluss.

Beckert erzählt aber nicht nur die Wirtschaftsgeschichte, sondern bettet sie ein in eine Soziografie der jeweiligen Zeit, berichtet über Versklavung, Verdrängung oder Dequalifizierung und über den Widerstand gegen diese Prozesse. Er berichtet über die Lebensweise und den kulturellen Hintergrund oder die theoretische Verarbeitung.

Interessant sind Beckerts historische Befunde. Nun gibt es eine lange Diskussion – nicht nur von links – über die Entwicklungsbedingungen oder -voraussetzungen des Kapitalismus. Auch hier können nur Stichworte referiert werden: Beginnen muss man sicher mit den angesprochenen Überlegungen von Marx zur ursprünglichen Akkumulation, es folgt Weber mit seiner Theorie zur protestantischen Ethik, dem Sombart widerspricht und eher den Katholizismus für die Entstehung des Kapitalismus verantwortlich macht. Braudel und Conert finden die Ursprünge im Handelskapital, während Kofler eher das Handwerk als Ursprung des Wandels der Produktion sieht (Überblick bei Fisahn, Die Saat des Kadmos, 143 ff.). Beckert schreibt, dass es zunächst „Kapitalisten ohne Kapitalismus“ gab, die Inseln des Kapitalismus bildeten. Wann aber wird der Kapitalismus zum System, wann dominiert er Wirtschaft und Gesellschaft und warum entwickelt sich dieses System ausgerechnet in Europa und nicht etwa in China, das zivilisatorisch und auch technisch lange Zeit weit voraus war? Oder anders gefragt: Wann wurde aus dem gut kalkulierenden Kaufmann, der natürlich Gewinn erwirtschaften wollte, ein durch die Konkurrenz Getriebener, der seine Geschäfte bei Strafe des Untergangs zwanghaft erweitern muss oder besser: warum und wie setzte sich die konkurrenzorientierte Profitwirtschaft durch, die zur Reproduktion auf immer höherer Stufenleiter zwingt? Der Kaufmann des Mittelalters, auch wenn er nicht in Gilde oder Zunft organisiert war, musste wenig Konkurrenz fürchten und konnte sich auch auf seinem Reichtum ausruhen. Wie und warum wurde aus der Orientierung auf die Vergrößerung des Landbesitzes, die nicht nur die alten Römer, sondern auch die Sklavenwirtschaft der Plantagenbesitzer und den Kolonialismus in der Neuzeit prägte, ein Streben nach besserer Verzinsung des eingesetzten Kapitals? Oder kurz: Wie

wurde der Schatz, d.h. schlichter Reichtum, zu Kapital, das „arbeiten“ muss, also als ein gesellschaftliches Verhältnis begriffen werden muss?

Die globale Sicht hat hier ihre Grenzen, weil die spezifischen Bedingungen in Europa, wo sich der Kapitalismus zu einem System entwickeln konnte, in den vielen Geschichten über die Anhäufung von Reichtum in aller Welt unterbelichtet bleiben. Beckert beschreibt durchaus die guten Beziehungen von „Kapitalbesitzern“ jeder Epoche zum Staat und dass dieser ihre Geschäfte unterstützte oder ermöglichte. Aber warum entwickelt sich in Europa die spezifische Form des bürokratischen, rechtlich gesteuerten Staates, der wohl Voraussetzung für den Kapitalismus als System war – vielleicht nicht mehr ist?

Auch hier einige Stichworte zu möglichen Antworten, auf die Frage, die Beckert nicht beantwortet: In Europa herrschte Kleinstaaterei und Konkurrenz unter den vielen vergleichsweise kleinen Staaten, was Europa von den Riesenreichen der Geschichte (China, das osmanische Reich, usw.), die erheblich weiterentwickelter waren als Europa, unterschied. Die militärische Konkurrenz führte zu wirtschaftlicher und technischer Konkurrenz. Europa konnte auf das „rationale Recht“ der Römer zurückgreifen, das intensiv rezipiert wurde. Die katholische Kirche hatte mit dem Zölibat eine Verwaltung entwickelt, die nach berechenbaren, rationalen Maßstäben funktionierte und sich von den Interessen ihrer Träger emanzipierte. Schließlich: die ökonomisch dominierende Klasse hatte sich von der politisch herrschenden Klasse emanzipiert; der Staat hatte sich von der Ökonomie „besondert“, wie es bei Marx heißt.

Wenn es stimmt, dass solche „Randbedingungen“, also mehr oder weniger kontingente Voraussetzungen es ermöglichten, dass sich der Kapitalismus in Europa und nicht andersorts zum System entwickelte, dann reicht es offenbar nicht aus, auf die gleichsam naturwüchsige Ausdehnung, die „Vernetzung“ von Inseln zu hoffen. Womit Beckert sicher recht hat: Änderungen des Systems verlaufen selten disruptiv, sondern basieren auf einer langen Entwicklung. ■

Rezension von Thilo Scholle

Otto Bauer

Der Kampf um Wald und Weide

Herausgegeben und mit einer Einleitung

von Lisa Francesca Rail

Mandelbaum Verlag, Wien 2024

372 Seiten, 23 €

Otto Bauer (1881 – 1938) gehört sicherlich zu den programmatisch-strategisch produktivsten sozialdemokratischen Parteiführern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Obwohl nie Parteivorsitzender, beeinflusste er vor allem durch seine Schriften und Wortmeldungen die inhaltliche Aufstellung der österreichischen Sozialdemokratie in entscheidender Weise. Ausdruck dieser ausgesprochen produktiven Arbeit ist auch der nun neu aufgelegte Band „Der Kampf um Wald und Weide“. Verfasst hat Bauer den Text ursprünglich als inhaltliche Eingabe für die auf dem Salzburger Parteitag der 1924 eingesetzte Agrarkommission, die im Zuge der Klärung von inhaltlichen Fragen zur Landwirtschaftspolitik auch das Verhältnis der Sozialdemokratie zur meist christlich-konservativ wählenden Landbevölkerung und ihren politischen Interessen adressieren sollte.

Bauer skizziert die Entwicklung der Rechts- und Eigentumsverhältnisse in Wald und Weidelandchaft im Gebiet des damaligen Österreichs seit dem sechsten Jahrhundert. Dabei geht es ihm vor allem um das Zusammenspiel der Fragen von Recht, Herrschaft und Ökonomie, sowie um deren Veränderungen über die Jahrhunderte. Bauers roter Faden ist dabei die Frage, welchen Zugang zu agrarischen Gütern die jeweiligen Dorfgemeinschaften gemeinschaftlich hatten und welche Güter der exklusiven Kontrolle verschiedener Varianten von (Grund-) Herrschaftlichkeit unterlagen. Bauer zeichnet nach, wie sich im Laufe der Zeit der Zusammenhang zur Entstehung des Kapitalismus entwickelt: „Die Ausschließung der Bauernsöhne und Söllner von der Waldbnutzung erzeugte die Proletarier, die sich in Berg-, Schmelz- und Hammerwerken und Salinen als Lohnarbeiter verdangen oder ihnen als Fuhrknechte Holz und Holzkohle aus den Wäldern

zuführten. So schuf der gewaltsame Raub der alten Waldbnutzungen das Kapitalverhältnis (...).“ (110) Mit der zugleich wachsenden Bevölkerungszahl sei die bis dahin unbeschränkte Waldbnutzung zu regeln gewesen. Planmäßige, auf Reproduktion der Bestände angelegte Fortwirtschaft wurde notwendig, das entstehende Dorfproletariat wurde von Bauern und Grundherren vom alten Gemeindebesitz ausgeschlossen. Als ein politisches Ziel macht Bauer daher die Sozialisierung der Forste aus. Zudem sei neuer Gemeinbesitz in den Dörfern zu schaffen und der landwirtschaftliche Großbesitz zu verstaatlichen. „Es gilt, das Landvolk zu lehren, dass nur diese sozialistische Umwälzung der Grundeigentumsverhältnisse – Hand in Hand mit der sozialistischen Umwälzung der Eigentumsverhältnisse in der Industrie und im Bergbau, im Handel und im Bankwesen – mit der Lohnknechtschaft der Arbeiter auch die Schuldknechtschaft der Bauern aufheben kann. Gelingt es, die Landarbeiter, die Häusler, die Kleinbauern zu diesen Erkenntnissen zu führen, dann werden sie sich um das industrielle Proletariat scharen, um mit ihm vereint die politische Macht zu erobern, im gemeinsamen Besitz der Macht die große Umwälzung der Eigentumsverhältnisse zu vollziehen.“ (370)

In einer lesenswerten Einleitung stellt die Herausgeberin Lisa Francesca Rail dar, warum der Text auch aktuell relevant ist: Zwar macht sie eine deutliche Lücke im Text aus – die Situation von Frauen kommt bei Bauer nicht vor – zugleich sei er mit Blick auf die Rolle der Gemeingüter („Commons“) und dem Zugang zu Land erstaunlich aktuell. Neben dieser zutreffenden Beobachtung ist der Text auch methodisch interessant, zeigt er doch – mit allen der Entstehungszeit geschuldeten Einschränkungen – wie sich aus der Betrachtung historischer Entwicklungen aktuelle politische Einschätzungen ableiten lassen. ■



SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und
Wirtschaft seit 1978.

Gedruckte Zeitschrift viermal im Jahr.

Im Verein möglich machen:
Zeitschrift und Öffentlichkeit, Theorie und Diskurs.

Eine neue spw-Plattform im Netz schaffen:
E-Paper, Podcast, Netzwerke.

Jetzt Vereinsmitglied werden. Gemeinnützig.



spw.de